

1 **Leitantrag zum Landesparteitag am 15./16.3.2025**

2 Antragsteller: Landesvorstand

3 **Kommunalpolitische Leitlinien**

4 **Einleitung**

5 **Für lebenswerte, sozial gerechte, friedliche und klimaneutrale Kommunen**

6 Die Linke in Nordrhein-Westfalen steht für eine Kommunalpolitik, die den Menschen in den
7 Mittelpunkt stellt. Wir setzen uns ein für lebenswerte, sozial gerechte, friedliche und
8 klimaneutrale Kommunen, in denen alle Menschen gute Lebensbedingungen vorfinden. Unser
9 Ziel ist es, gut bezahlte Arbeitsplätze, bezahlbaren Wohnraum und kostenfreie, barrierefreie
10 Mobilität für alle zu gewährleisten.

11 In den letzten fünf Jahren haben unsere Kommunalpolitiker:innen an vielen Orten bewiesen,
12 dass sie die Garantie für eine Kommunalpolitik im Sinne der Menschen sind: Sie haben
13 verpflichtende Quoten für geförderten sozialen Wohnungsbau durchgesetzt und somit
14 tausenden Menschen bezahlbaren Wohnraum gesichert. Sie haben die Kita-Gebühren gerechter
15 gestaltet, auch wenn die Landespolitik einer gebührenfreien Kindertagesbetreuung bisher noch
16 im Weg steht, und damit Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen entlastet. Im Bereich
17 der Mobilität haben wir uns für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs sowie sichere Fuß-
18 und Radwege stark gemacht und auf Barrierefreiheit bei Bussen und Bahnen gedrängt. Wir
19 haben uns gegen Kürzungen bei Bildung, Kultur und Sport gewehrt und für aktiven Umwelt- und
20 Klimaschutz stark gemacht.

21 Unsere parlamentarischen Gruppen und Fraktionen sind häufig erste Anlaufstellen für
22 Menschen, die etwas verändern wollen, aber auch für Menschen, die sich von der herrschenden
23 Politik alleingelassen fühlen. Bei uns finden sie nicht nur Rat und Hilfe in Alltagsfragen, sondern
24 auch die Möglichkeit, sich zu organisieren und politisch mitzugestalten.

25 Als sozialistische Menschenrechtspartei unterstützen wir das Engagement von Einwohner:innen
26 und Initiativen für solidarisches Zusammenleben und für den Erhalt der Demokratie. Nicht die
27 Geflüchteten sind verantwortlich für kaputte Infrastruktur, Mietenwahnsinn und zu wenig
28 Lehrer:innen und Erzieher:innen, sondern die Politik der letzten Jahrzehnte. Wir müssen die
29 Fluchtursachen bekämpfen, nicht die Menschen, die zur Flucht getrieben wurden.

30 Antifaschismus findet bei uns nicht nur in Sonntagsreden statt, sondern jeden Tag. Wir leisten
31 Widerstand gegen die Militarisierung aller Lebensbereiche und arbeiten dabei eng mit
32 Friedensgruppen und Gewerkschaften zusammen. Wir unterstützen das friedenspolitische
33 Engagement auf kommunaler Ebene und setzen uns dafür ein, dass unsere Kommunen
34 entsprechenden Bündnissen wie den Mayors for Peace beitreten.

35 Neben der Friedensfrage ist die Klimakrise die zentrale Herausforderung unserer Tage. Unter
36 den Folgen der Erderwärmung leiden diejenigen am meisten, die am wenigsten dazu beigetragen
37 haben: Menschen, die in dicht bebauten Vierteln mit schlecht isoliertem Wohnraum leben, alte
38 und pflegebedürftige Menschen, Menschen die körperlich und im Freien arbeiten – sie alle
39 brauchen eine Politik, die sie vor Hitze und Unwettern besser schützt. Mehr Grünflächen,
40 besseres Wassermanagement, Schattenzonen und Hitzeschutzräume in den Städten – neben
41 Klimaschutz wird auch Klimaanpassung immer wichtiger.

42 Wir machen keine Politik für diejenigen, die sich alles kaufen können, sondern für diejenigen, die
43 im Alltag auf funktionierende Kitas und Schulen, Straßen, Busse, Krankenhäuser und
44 Pflegedienste angewiesen sind.

45 Eine zentrale Aufgabe der Stadtplanung muss es sein, sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung
46 zu orientieren. Dies bedeutet, dass Kultur, Bildung, Pflege und Gesundheitsversorgung für alle
47 zugänglich und gut ausgebaut sein müssen. Unsere Vision ist eine Gesellschaft, in der Solidarität
48 und Zusammenhalt gelebt werden und in der jede:r die Möglichkeit hat, ein erfülltes und
49 selbstbestimmtes Leben in Gemeinschaft mit anderen Menschen zu führen.

50 Doch diese Vision kann nur verwirklicht werden, wenn die Kommunen finanziell ausreichend
51 ausgestattet sind. Hier zeigt sich die Schwäche der aktuellen Politik von Bundes- und
52 Landesregierung, die den Kommunen immer wieder neue Aufgaben zuweisen, ohne eine
53 auskömmliche Finanzierung sicherzustellen. Stattdessen werden die finanziellen Mittel gekürzt
54 und die Kommunen in eine prekäre Lage gebracht, die es ihnen erschwert, ihre Aufgaben im
55 Interesse der Bevölkerung zu erfüllen. Die Linke steht für starke, selbstbewusste Kommunen und
56 einen staatlich finanzierten Altschuldenfonds, der verhindert, dass Städte und Kreise erneut in
57 die Haushaltssicherung geraten und damit ihren Handlungsspielraum verlieren.

58 Es zeichnet sich zudem ab, dass auf die Städte und Gemeinden durch massive Aufrüstung noch
59 weitere Einschnitte der öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur zukommen. In dieser
60 Auseinandersetzung wird die Linke eine starke Gegenstimme sein, die den Zusammenhang von
61 Aufrüstung und dem Abbau sozialer Infrastruktur benennt.

62 Die vergangenen Jahrzehnte waren geprägt von Umverteilung von unten nach oben und von
63 Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wenn Kommunen nicht ausreichend finanziert
64 werden, steigt der Druck, Leistungen zu privatisieren. Das machen wir nicht mit!

65 Die Linke sagt: Öffentliche Daseinsvorsorge muss unter öffentlicher Kontrolle bleiben, um
66 sicherzustellen, dass sie den Bedürfnissen der Bevölkerung gerecht wird und nicht den
67 Profitinteressen privater Unternehmen dient.

68 Privatisierung führt häufig nicht nur zu einer Verschlechterung der Qualität und Zugänglichkeit
69 von Dienstleistungen, sondern auch zur Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse da private
70 Unternehmen immer Kosten senken und Gewinne maximieren wollen. Die Vergabe von
71 öffentlichen Aufträgen an private Unternehmen muss daher immer an die Einhaltung von
72 Umwelt- und Sozialstandards sowie Tarifverträgen gebunden werden.

73 Öffentliche Dienstleistungen spielen eine entscheidende Rolle bei der Förderung der sozialen
74 Gerechtigkeit, indem sie allen Einwohner:innen unabhängig von ihrem Einkommen oder
75 sozialen Status Zugang zu wichtigen Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheit und öffentlichem
76 Verkehr bieten. Obwohl Privatisierung kurzfristig Einsparungen bringen kann, sind die
77 langfristigen Kosten für die Gesellschaft höher, da private Unternehmen möglicherweise höhere
78 Gebühren erheben und weniger in die Infrastruktur investieren.

79 Ohne eine grundlegende Änderung dieser Politik werden wir keine lebendigen und
80 lebenswerten Kommunen schaffen können. Daher ist es unabdingbar, dass die Linke stark
81 vertreten ist, um diese Veränderungen herbeizuführen. Nur mit der Linken kann ein soziales,
82 gerechtes und zukunftsfähiges NRW geschaffen werden, in dem die Gemeinden nicht nur
83 existieren, sondern auch florieren.

84 Ohne eine starke Linke keine lebendigen Kommunen!

85 **Thema: Antifaschismus**

86 Die rechte Szene ist eine alltägliche Bedrohung für zahlreiche Menschen in den Kommunen. Es
87 brennen geplante oder bereits bewohnte Flüchtlingsunterkünfte. Geflüchtete, Migrant:innen,
88 Angehörige der LGBTIQ-Community, Antifaschist:innen, Gewerkschafter:innen und viele andere,
89 die nicht in ein autoritäres rechtes Weltbild passen, werden verbal und körperlich attackiert.

90 Die Verbrechen des Faschismus in Erinnerung zu rufen, ist ein wichtiger Beitrag für den Kampf
91 gegen rechts in der heutigen Zeit. Da die Zeitzeug:innen immer weniger werden, sind Orte des
92 Erinnerns und kulturelle Beiträge der Erinnerungskultur in den Kommunen zu organisieren.

93 Das Andenken an den vielfältigen Widerstand gegen das Naziregime verpflichtet uns, gerade in
94 der heutigen Zeit, zu einer klaren Haltung. Angesichts der Verharmlosung der Verbrechen des
95 Faschismus durch die extreme Rechte ist es wichtig, Orte des Gedenkens an die Strukturen und
96 Opfer sowie an den antifaschistischen Widerstand stärker zu betonen.

97 Deshalb engagieren wir uns für eine generationsübergreifende Geschichtsarbeit, welche die
98 Auseinandersetzung mit der faschistischen, kolonialen und imperialistischen Vergangenheit
99 Deutschlands fördert. Wir fordern eine spezifische Erinnerungskultur, die auch die Opfer rechter
100 Gewalt der Gegenwart einbezieht, etwa durch die Benennung von Straßen, Plätzen und Schulen.

101 Unsere Städte und Kommunen sollen weltoffen und engagiert gegen jede gruppenbezogene
102 Menschenfeindlichkeit aufgestellt sein. Das bedeutet, die Bedürfnisse und Interessen aller
103 Einwohner:innen gleichberechtigt zu berücksichtigen, unabhängig von Hautfarbe, Herkunft oder
104 Aufenthaltsstatus, von Geschlecht oder sexueller Orientierung, sozialem Status, Alter oder
105 Behinderung. Im kommunalen Alltag setzen wir auf offene Diskussionen und die Beteiligung
106 aller, um fremdenfeindlichen und nationalistischen Deutungen entgegenzuwirken. Breite
107 Bündnisse auf lokaler Ebene stärken unsere demokratische Kultur und helfen, neonazistische
108 und rassistische Strömungen zurückzudrängen.

109 Dafür setzen wir uns ein:

- 110 - für eine klare Positionierung kommunaler Gremien und Verwaltungen gegen
111 Antisemitismus, Rassismus und andere Formen gruppenbezogener
112 Menschenfeindlichkeit durch öffentliche Stellungnahmen und die Förderung
113 zivilgesellschaftlicher Projekte,
- 114 - für die Unterstützung und Vernetzung selbst organisierter Gruppen, interkultureller
115 Vereine und Initiativen zur Geflüchtetenhilfe,
- 116 - für Beratungsstellen, die sich Antidiskriminierung, Antirassismus und der Unterstützung
117 von Opfern rechter Gewalt widmen.

118 Antifaschismus ist ein zentraler Auftrag linker Kommunalpolitik, die sich entschlossen dafür
119 einsetzt, rechten Organisationen den Nährboden zu entziehen. Wir setzen auf einen
120 konsequenten, antirassistischen Antifaschismus und legen Wert auf:

- 121 - Widerstand und Selbstschutz gegen rechte Angriffe,
- 122 - Eine stabile Brandmauer im Umgang mit Rechten.
- 123 - Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften gegen rechts
- 124 - Ein Verbot aller (neo-)faschistischer Organisationen einschließlich der AfD

125 Dafür brauchen wir breite gesellschaftliche Bündnisse und gelegentlich auch zivilen
126 Ungehorsam, um rechten Strukturen entgegenzutreten. Ein wichtiger Bestandteil dieser
127 Strategie ist, dass es in Kommunalparlamenten keinerlei Zusammenarbeit mit Rassist:innen und
128 Faschist:innen geben darf. Unterstützung für ihre Anträge oder die Teilnahme an
129 interfraktionellen Initiativen mit ihnen führen zur Normalisierung rechter Positionen und sind
130 konsequent zu vermeiden.

131 Unsere kommunale Erinnerungskultur trägt dazu bei, dass die Verbrechen des Faschismus nicht
132 in Vergessenheit geraten. Die Verlegung von Stolpersteinen, die Aufarbeitung von
133 Euthanasieverbrechen, die Erinnerungen an die Schicksale von Zwangsarbeitenden sowie
134 Fahrten zu Gedenk- und Erinnerungsstätten sind wichtige Beiträge dazu. Öffentliche
135 Ausstellungen und Theateraufführungen zur Erinnerung an die nationalsozialistischen
136 Verbrechen tragen ebenso dazu bei, das historische Bewusstsein wachzuhalten, wie moderne
137 Multimedia-Projekte, die sich mit Erinnerungskultur auseinandersetzen.

138 Die Linke stellt sich gegen jede Form von Rassismus und Diskriminierung und kämpft für eine
139 multikulturelle Gesellschaft ohne Ausgrenzung. Wir setzen uns dafür ein, dass rechte
140 Organisationen keinen Raum für ihre Ideologie finden – sowohl in der Politik als auch im
141 öffentlichen Raum.

142 **Thema: Arbeit**

143 **Arbeit: Eine gerechte und zukunftsfähige Beschäftigungspolitik für alle**

144 Viele Menschen in den Städten und Landkreisen in Nordrhein-Westfalen leiden unter prekären
145 Arbeitsbedingungen. Sie müssen sich von Befristung zu Befristung hangeln, werden schlecht
146 bezahlt und können ihren Job nicht mit ihren Familien in Einklang bringen. Neoliberale Politik
147 und der wirtschaftliche Strukturwandel haben ihre Spuren hinterlassen. Besonders in
148 industriellen Regionen hat es einen massiven Arbeitsplatzabbau gegeben, der immer noch
149 anhält. Das belastet die Kommunen und schränkt ihre Handlungsfähigkeit ein. Die kommunale
150 Selbstverwaltung und die Politik im Interesse der Einwohner:innen werden dadurch infrage
151 gestellt.

152 Wir setzen uns für Arbeitsplätze ein, die den Bedürfnissen der Beschäftigten gerecht werden.
153 Wir brauchen Jobs, die unbefristet sind, Existenzsicherheit bieten, sozial abgesichert sind,
154 tariflich entlohnt werden und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern.

155 Dafür müssen öffentliche Investitionen in soziale Bereiche wie Bildung, Gesundheit, Verkehr und
156 Infrastruktur gesteigert werden. Der Öffentliche Dienst muss ausgebaut werden.

157 **Für eine fortschrittliche Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik auf kommunaler Ebene**

158 In den vergangenen Jahren wurden in vielen kommunalen Verwaltungen und Einrichtungen
159 trotz wachsender Aufgaben viele Stellen abgebaut. Dies hat zu einer Überlastung des
160 Öffentlichen Dienstes geführt, hohe Krankenstände verursacht und die Qualität der
161 Daseinsvorsorge verschlechtert. Zudem ist Fachwissen in den Verwaltungen verloren gegangen.
162 Gleichzeitig ist die Abhängigkeit von teuren externen Dienstleistern und Beratern gewachsen,
163 besonders bei Bau- und Infrastrukturprojekten. Dies wiederum fördert die Anfälligkeit für
164 Korruption.

165 Eine bessere öffentliche Daseinsvorsorge und der Ausbau kommunaler Einrichtungen erfordern
166 einen klaren Kurswechsel in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. Deshalb setzen wir
167 uns für folgende Maßnahmen ein:

- 168 - Kein weiterer Stellenabbau im Öffentlichen Dienst
- 169 - Unbefristete Übernahme von Auszubildenden
- 170 - Unbefristete Arbeitsverträge für alle im öffentlichen Dienst
- 171 - Einführung kommunaler Personalentwicklungs- und -aufbaupläne
- 172 - Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- 173 - Ausbau kommunaler Eigenbetriebe für die öffentliche Daseinsvorsorge
- 174 - Stopp aller Ausgliederungen öffentlicher Aufgaben an private Dienstleister
- 175 - Keine Vergabe öffentlicher Aufträge ohne klare soziale und ökologische Vorgaben
176 (Tarifbindung, faire Lieferketten, Umweltstandards)
- 177 - Entwicklung kommunaler Stadtwerke und Energieversorger zu Vorreitern regenerativer,
178 dezentraler Energieerzeugung und Dienstleistern für lokale Energiegenossenschaften

179 **Fortschrittliche Kommunalpolitik heißt: Gute Arbeit durch öffentliche Förderung**

180 Trotz der gestiegenen Beschäftigungsquoten bleibt die Zahl der Langzeiterwerbslosen in vielen
181 Regionen hoch. Nur über den ersten Arbeitsmarkt schaffen es viele Menschen derzeit nicht

182 wieder einen Job zu bekommen. Die bisherigen Maßnahmen des Bürgergeldsystems, wie Ein-
183 Euro-Fünfzig-Jobs oder Weiterbildungsprogramme, haben den Betroffenen in der Regel nicht
184 geholfen. Drohende Sanktionen schaden sogar. Diese „Arbeitsmarktinstrumente“ sind
185 gescheitert und demütigend. Sie müssen abgeschafft werden.

186 Besonders junge Menschen ohne Berufsausbildung und ältere Arbeitslose in strukturschwachen
187 Regionen brauchen neue Perspektiven. Statt sie weiterhin auf den Arbeitsmarkt zu verweisen,
188 müssen die Städte und Landkreise sozialpolitische Verantwortung übernehmen und
189 Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen – vor allem in kommunalen Einrichtungen und durch
190 spezielle Beschäftigungsträger. Diese Beschäftigung muss durch öffentliche Mittel und
191 Förderprogramme finanziert werden.

192 Für uns als Linke sind unbefristete, sozialversicherte Arbeitsverhältnisse, tarifliche Entlohnung
193 und die Möglichkeit zur beruflichen Weiterbildung zentrale Bedingungen für gute Arbeit.
194 Langzeiterwerbslosen dürfen keine prekären Beschäftigungsverhältnisse zugemutet werden.
195 Arbeitsverhältnisse, die keine Arbeitslosenversicherung bieten, müssen verbessert und rechtlich
196 auf das Niveau regulärer Arbeitsverhältnisse angehoben werden.

197 **Unsere Forderungen: Gute Arbeitsbedingungen durch öffentlich geförderte Beschäftigung**

- 198 - Die angebotene Beschäftigung muss freiwillig sein und darf nicht zwangsweise vom
199 Jobcenter zugewiesen werden.
- 200 - Beschäftigung im öffentlichen Dienst muss unbefristet sein. Befristungen sind nur in
201 Ausnahmefällen zulässig.
- 202 - Die Beschäftigung muss tarifgebunden und fair entlohnt werden.
- 203 - Es muss Anspruch auf bezahlte Weiterbildungen und Qualifikationen geben.
- 204 - Unterstützung für die Beschäftigten, wie z.B. Kinderbetreuung, psychologische Hilfe oder
205 Arbeitsassistenz für Menschen mit Behinderungen, muss garantiert werden.
- 206 - Es muss Unterstützung bei der Suche nach anderen Arbeitsplätzen geben.
- 207 - Beschäftigte dürfen keine Sanktionen fürchten, wenn sie eine geförderte Stelle beenden.

208 **Öffentliche Beschäftigung im sozialen Bereich ausbauen**

209 Wir fordern den Ausbau von Stadtteilzentren in benachteiligten Stadtteilen. Dort sollen soziale,
210 technische und handwerkliche Dienstleistungen angeboten werden, die sich Erwerbslose und
211 Geringverdienende auf dem „freien“ Markt nicht leisten können. Diese Angebote müssen durch
212 öffentlich geförderte Beschäftigung geschaffen werden.

213 Zudem setzen wir uns für mehr Unterstützung für ältere Menschen und Menschen mit
214 Behinderungen im Alltag ein. Die Städte sollen Angebote zur Begleitung und Hilfe entwickeln, die
215 diese Gruppen unterstützen.

216 Die Linke fordert eine Arbeitsmarktpolitik, die nicht den Markt, sondern die Menschen in den
217 Mittelpunkt stellt. Beschäftigung muss den sozialen und ökologischen Bedürfnissen der
218 Gesellschaft dienen, und nicht den Profitinteressen einiger weniger.

219 **Thema: Armut**

220 **Die Armut in NRW überwinden**

221 Die offene und die verdeckte Massenerwerbslosigkeit sowie die ständige Zunahme unsicherer,
222 schlecht bezahlter Beschäftigungsverhältnisse sind die wesentlichen Gründe für die Verarmung
223 von Menschen in den Kommunen. In zahlreichen Städten in NRW leben inzwischen mehr als 35
224 % der Menschen von Bürgergeld beziehungsweise Grundsicherung. Im Verhältnis stärker
225 betroffen sind alleinerziehende Frauen, Langzeiterwerbslose, Rentner:innen sowie Menschen
226 mit internationaler Familiengeschichte. Zusätzlich wächst mit steigender Kinderzahl in einer
227 Familie die materielle Armut. Aktuelle Statistiken sprechen davon, dass jetzt schon jedes 4. Kind
228 in Armut aufwächst. In vielen Stadtteilen des Ruhrgebiets sind es bis zu 50%.

229 Ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis reicht heute nicht zum Ausstieg aus
230 der Armut. Bei mehr als der Hälfte derer, die den Bürgergeld-Bezug verlassen, erhalten bei
231 Arbeitsaufnahme Löhne unterhalb der Armutsgrenze. Ein arbeitsmarktpolitischer Skandal ist,
232 dass trotz gesetzlichem Mindestlohn ein Viertel aller Bürgergeld-Beziehenden aufstockende
233 Leistungen von den Jobcentern erhalten, weil ihr Lohn zum Leben nicht ausreicht.

234 Deshalb fordert Die Linke

- 235 - Eine bedarfsgerechte Mindestsicherung von derzeit 1.400 Euro statt Bürgergeld.
- 236 - Ein individueller Anspruch statt Bedarfsgemeinschaften. Dies schützt die
237 Menschenwürde und vermeidet Abhängigkeiten, die mit Gewalt einhergehen können.
- 238 - Einen Mindestlohn von 15 Euro, der sich jährlich automatisch mindestens gemäß der
239 Inflation erhöht. Denn alles andere bedeutet Altersarmut.
- 240 - Die Ausnahmen für Langzeiterwerbslose, Jugendliche unter 18, Menschen mit
241 Behinderung und Praktika müssen gestrichen werden.

242 **Kommunalpolitische Handlungsmöglichkeiten**

243 Das Bürgergeld-System beruht zwar auf einer bundesgesetzlichen Regelung. Auf kommunaler
244 Ebene gibt es aber zahlreiche Möglichkeiten, besonders repressive Maßnahmen deutlich
245 einzuschränken oder eine menschenwürdige Praxis durchzusetzen.

246 Wir kämpfen besonders auf kommunaler Ebene für eine sanktionsfreie Mindestsicherung.

247 Ein wichtiges Moment ist darüber hinaus das Angebot der Sozialberatung auf kommunaler
248 Ebene. Auch wir engagieren uns entsprechend in vielen Orten und sind nicht bereit, uns mit den
249 unzureichenden Beratungen in den Jobcentern und dem oftmals fragwürdigen Umgang mit den
250 zu beratenden Menschen abzufinden.

251 Derzeit gibt es viele Sozialberatungsstellen in NRW, die durch geschulte Mitglieder der Partei Die
252 Linke durchgeführt werden. Dort können Menschen, die im Leistungsbezug sind, Hilfe
253 bekommen. Dieses Angebot wollen wir ausbauen.

254 Wir kämpfen gemeinsam mit Sozialverbänden und Gewerkschaften für die Überwindung der
255 Armut. Entscheidend hierfür sind sichere Arbeitsplätze mit tariflicher existenzsichernder
256 Entlohnung.

257 Der aktuell wieder steigende Arbeitsplatzabbau führt in den Kommunen zu weiter sinkender
258 Kaufkraft. In der Arbeitsmarktpolitik muss dringend ein Kurswechsel eingeleitet werden.
259 Öffentlich geförderte Beschäftigungsprogramme sind ein Beitrag hierzu.

260 Deshalb fordern wir auf kommunaler Ebene:

- 261 - Perspektivlose und armutsfördernde Ein-Euro-Fünfzig-Jobs, Kombilohnstellen und prekäre
262 Beschäftigung in allen ihren Formen wollen wir beenden. Stattdessen müssen ausschließlich
263 unbefristete, tarifgebundene, sozialversicherungspflichtige Stellen geschaffen werden, die
264 aufstockende Bürgergeldleistungen überflüssig machen.
- 265 - Die Übernahme der Wohnkosten (KDU)) durch die Jobcenter und Sozialämter muss sich am
266 Mittelwert des jeweiligen kommunalen Mietspiegels beziehungsweise entsprechender
267 örtlicher Vergleichsmieten orientieren und grundsätzlich in voller Höhe übernommen
268 werden. Zwangsumzüge wollen wir abschaffen.
- 269 - Strom- und Gassperren sind menschenunwürdig und ausnahmslos zu untersagen. Die
270 Kommunen sollen verpflichtet werden, einen kommunalen Härtefonds einzurichten, der im
271 Falle der Zahlungsunfähigkeit die rückständigen Kosten übernimmt.
- 272 - Durch die Einführung eines Sozialpasses wollen wir Menschen mit Einkommen unterhalb
273 des Pfändungsfreibetrages kostenlosen Zugang zu kommunalen Einrichtungen wie
274 Schwimmbädern, Bibliotheken, Theater etc. ermöglichen.
- 275 - Mitbürger:innen, die als Wohnungslose im öffentlichen Raum leben, haben Anspruch auf
276 kommunale Unterstützung. Sollten sie den Wunsch haben, sich gesellschaftlich wieder
277 einzugliedern, erwarten wir von den Kommunen ein Angebot von Beratung, Begleitung und
278 ein bezahlbares Angebot von Wohnraum, um Integration zu fördern.
- 279 - Die Linke möchte das System von „Streetworkern“ ausbauen. Auch bei vorübergehender
280 Wohnungslosigkeit müssen die Kommunen menschenwürdige und kostenlose
281 Schlafgelegenheiten anbieten.

282 **Thema: Bildung**

283 In der Kommune ist vielfach nur von KiTa-, Schul-, VHS-Gebäuden die Rede, viel zu wenig von
284 Bildung und den Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, die in diesen Einrichtungen leben und
285 lernen.

286 Das ändert Die Linke: Wir nehmen Kinder, Jugendliche und Erwachsenen in den Blick und
287 verbinden die Aufgaben des „Trägers“ mit denen von Bildung, also der Entfaltung aller
288 Fähigkeiten und Fertigkeiten von Menschen.

289 **Schulbau bedarfsgerecht gestalten und finanzieren**

290 Schulbau in den Kommunen scheitert in NRW oftmals an den Bedingungen „armer Städte“, die
291 durch den Stärkungspakt Stadtfinanzen und den Zwang zum Personal- und Ausgabenabbau nicht
292 die benötigten Kredite für Investitionen aufnehmen können.

293 Daher will Die Linke Möglichkeiten vor Ort prüfen, wie die benötigten Schulneubauten durch
294 Zusammenarbeit mit rein öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften sofort errichtet werden
295 können und in einem Miet-Kauf-Modell dennoch in der Verfügungsgewalt und dem Eigentum der
296 Schulträgerin bleiben. Neue Schulbauten sollten so geplant werden, dass sie nicht nur den
297 gegenwärtigen Ansprüchen von Schulen genügen, sondern auch als Stadtteilzentren und Orte
298 der Erwachsenenbildung genutzt werden können.

299 Wie sollten gute Schulgebäude aussehen? Kinder brauchen Sonne, Luft und Freiraum für
300 Bewegung, Kommunikation und Gestaltung in der gesamten Schule. Sie brauchen
301 multifunktionale Räume ausgestattet mit vielfältigen Materialien, so dass das Lernen an ihren
302 Bedürfnissen ausgerichtet werden kann. Es muss Räume geben für kleinere und größere
303 Lerngruppen, für Recherche, Forschung und Übung in Einzelarbeit, für die Arbeit an Projekten
304 und Werkstücken sowie für Präsentationen auf einer Bühne für die ganze Schulgemeinschaft.
305 Dazu kommen moderne und gut ausgestattete Sporthallen und zusätzliche Räume im Rahmen
306 der Inklusion. Auch für die interkulturelle Öffnung sind weitere Begegnungs- und
307 Beratungsräume nötig.

308 **Was tun?**

- 309 • Aktualisierung der Schulentwicklungspläne durch die Schulämter, damit diese
310 steigenden Geburtenzahlen, Migration und modernen pädagogischen Konzepten gerecht
311 werden
- 312 • stärkere Zusammenarbeit zwischen den Nachbarkommunen bei der
313 Schulentwicklungsplanung und insbesondere eine gemeinsame
314 Schulentwicklungsplanung benachbarter kreisangehöriger Kommunen
- 315 • Schulneubau sowie Neugestaltung und Ergänzung bestehender Schulgebäude orientiert
316 an den Erkenntnissen fortschrittlicher Pädagogik und neuen Anforderungen durch
317 Inklusion
- 318 • Naturräume als Lernorte in die Planungen von Schulneu- und -umbauten einbeziehen
- 319 • Errichtung neuer Schulgebäude durch die öffentliche Hand orientiert an den
320 Erkenntnissen moderner Pädagogik und neuen Anforderungen durch Inklusion
- 321 • digitale Infrastruktur auf den modernsten Stand ausbauen

322

323 **Armut als Bildungshemmnis**

324 Armut beschämt, Armut grenzt aus, Armut macht krank. Alles, was man aus der
325 Armutforschung weiß, trifft auch auf Kinder und Jugendliche in den Schulen zu. Dass Armut der
326 Schüler*innen ein Resultat der familiären Einkommensarmut ist und nur durch ausreichendes
327 Familieneinkommen geändert werden kann, ist unstrittig. Dennoch kann auch vor Ort etwas
328 getan werden. Um soziale Ungleichheit zu bekämpfen, fordert Die Linke eine Schule für ALLE als
329 Ganztagschule. Das gegliederte Schulsystem wollen wir überwinden. Forscher*innen und
330 Studien zeigen regelmäßig auf, wie schlecht dieses im internationalen Vergleich abschneidet.

331 **Mehrsprachigkeit garantieren**

332 In den NRW-Schulen sind sehr viele natürlich-mehrsprachig. Das trifft nicht nur auf neu
333 Zugewanderte und Geflüchtete zu, sondern auch auf die Kinder und Enkel der
334 „Gastarbeitergenerationen“. Das Recht auf Erhalt der Familiensprache ist sowohl in der
335 Europäischen Union als auch in den Europaratsstaaten garantiert.

336 Die Mehrheit der Kinder und Jugendlichen mit familiärer Mehrsprachigkeit sind deutsche
337 Staatsbürger:innen, unsere Kinder in der Kommune, die in ihrem Lernprozess unterstützt
338 werden müssen.

339 Kommunalvertretungen der Linken kümmern sich um die Belange aller mehrsprachigen Kinder
340 und Jugendlicher. Durch digitale Lerngruppen können insbesondere die Förderung der „kleinen“
341 Sprachen und aller Sprachen auch im ländlichen Raum gefördert werden.

342 Aber das Kernanliegen muss der Umgang mit familiärer Mehrsprachigkeit im Regelunterricht
343 sein, um den Bedürfnissen aller Kinder gerecht zu werden. Die Kommunen müssen das in den
344 Blick nehmen, um das Scheitern der Kinder beim Spracherwerb und im gesamten Lernprozess
345 zu verhindern.

346 Das Land NRW hat in diesem Feld nicht nur vielfach akademische Expertise, sondern ebenfalls
347 ein breites Fortbildungsangebot, das es vor Ort zu nutzen gilt.

348 **Grundschule**

349 Klassengrößen dürfen Kommunen nach der Schulgesetzänderung kommunal regeln. Dadurch
350 entstehen in vielen Kommunen in dicht besiedelten Quartieren übervolle Klassen, wohingegen in
351 lockerer Bebauung oftmals sehr kleine Klassen vorherrschen. Hier werden Linke-
352 Kommunalvertretungen auf die Verteilung der kommunalen Klassenzahlen achten und kleine
353 Klassen insbesondere in Grundschulen mit vielen sozial und/oder bildungsbenachteiligten
354 Kindern einrichten.

355 Der für 2026 angekündigte Rechtsanspruch auf einen Platz an einer Ganztagsgrundschule birgt
356 für die Kommunen die Herausforderung, die Kapazitäten zügig auszubauen. Zwar sind 90 % der
357 Grundschulen in NRW offene Ganztagschulen, aber weniger als die Hälfte der
358 Grundschüler*innen hat einen Ganztagsplatz. Damit jedes Kind zukünftig einen Ganztagsplatz
359 bekommt und Wartelisten der Vergangenheit angehören, sind große Anstrengungen beim
360 ohnehin problematischen Schulbau nötig: Es braucht vielerorts Investitionen in Räume für
361 Mittagsverpflegung und erweiterte Räume für Ganztagsangebote. Das
362 Bundesinvestitionsprogramm wird dafür nicht ausreichen.

363 Die Linke fordert auf kommunaler Ebene:

- 364 • sofortige Ausbauplanung für eine 100%-Versorgung im Grundschulganztags

- 365 • Ausbau der Ganztagsplätze besonders in benachteiligten Sozialräumen
- 366 • Suche nach neuen geeigneten Ausbaukonzepten bei Platzmangel
- 367 • Die Klassengrößen sind auf 15 bis max. 20 Schüler:innen zu begrenzen

368 Die strukturelle Unterfinanzierung des offenen Ganztags im Primarbereich führt zu einer oft
369 minderen Qualität der Angebote für die Schüler:innen, zu Elternbeiträgen und zu prekären
370 Arbeitsbedingungen für die Ganztagskräfte. Das ist bei offenen Ganztagsmodellen schwerlich zu
371 verhindern, sodass Die Linke sich auf Landesebene für die flächendeckende Einführung
372 gebührenfreier, gebundener Ganztagsangebote einsetzt.

373 Solange diese nicht realisiert sind, fordert Die Linke:

- 374 • die vollständige Finanzierung der Ganztagsgarantie nach dem Konnexitätsprinzip
- 375 • die auskömmliche Finanzierung des offenen Ganztags durch das Land NRW, auch für die
376 Qualitätsverbesserung

377 **Sekundarstufe I**

378 Elternbefragung – kommunale Schulentwicklungsplanung

379 Immer wieder werden Eltern auf der Suche nach einem Gesamtschulplatz oder nach
380 Ganztagschulen abgewiesen. Daher setzen sich LINKE für Elternbefragungen ein, nach denen
381 sich die kommunale/Kreis-Schulentwicklungsplanung laut Schulgesetz richten muss. Dieses
382 Recht der Eltern auf Planung nach ihren Wünschen wird oftmals mit Füßen getreten. Damit
383 könnte auch endlich das Recht auf einen Gesamtschul-/Sekundarschul-/Ganztagsplatz
384 umgesetzt werden.

385 **Sekundarstufe II**

386 Viele Gymnasien und Gesamtschulen haben in der Oberstufe zu wenige Schülerinnen und
387 Schüler, um ein breit gefächertes Wahlangebot an Leistungskursen und Grundkursen
388 aufrechtzuerhalten. Das führt zu einem eingeschränkten Bildungsangebot. Dem versuchen viele
389 Schulen durch Kooperation zu begegnen, was mit zeitraubendem Ortswechsel für Lernende und
390 enormem Aufwand für Lehrkräfte und Schulorganisation verbunden ist. Zudem ist die
391 Kooperation zwischen unterschiedlichen Fächern für Projekte in mehreren Schulen kaum zu
392 bewerkstelligen.

393 Daher setzt sich Linke-Kommunalpolitik für Oberstufenzentren in der gymnasialen Oberstufe
394 ein, die mehrere Oberstufen vor Ort zusammenfasst. Diese Oberstufenzentren könnten auch weit
395 besser als jetzige gymnasiale Oberstufen mit den Berufskollegs zusammenarbeiten.

396 **Inklusion im Bildungsbereich**

397 Inklusion muss von den Beteiligten aus gedacht, nicht nach Ressorts verwaltet werden.

398 Deshalb werden Linke-Kommunalvertretungen eine integrierte Förderplanung einfordern, die
399 die Unterstützung für die Betroffenen aus den verschiedenen Bereichen sicherstellt und die
400 Organisation der verschiedenen Fördermaßnahmen nicht den Eltern aufbürdet.

401 Die bisherigen Maßnahmen zur Inklusion sind so unzureichend, dass sie örtlich teilweise sogar
402 zu erhöhter Nachfrage nach Förderschulen geführt haben. Die Gestaltungsmöglichkeiten der
403 Kommunen sind hier sehr begrenzt, die Landesregierung ist gefordert, die Schulen so

404 auszustatten, dass sie der UNO-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen
405 gerecht werden können.

406 Daher wird Linke Kommunalpolitik eine Raumplanung für Inklusion einfordern.

407 Auch wenn sich Die Linke mit allen Kräften für die Verwirklichung einer inklusiven Gesellschaft
408 ausspricht, so werden Linke-Kommunalvertretungen dennoch in den nächsten Jahren
409 übergangsweise der Einrichtung von inklusiven Schwerpunktschulen zustimmen, um den
410 Prozess der Inklusion nicht auf Kosten der Qualität zu betreiben und die baulichen und
411 personellen Umsetzungen sinnvoll gewährleisten zu können.

412 **Schulentwicklung im ländlichen Raum**

413 Im ländlichen Raum wirkte sich die Prognose der sinkenden Schüler*innenanzahl auf die
414 Schulstruktur massiv aus: Grundschulen wurden geschlossen. Selbst Zusammenschlüsse von
415 Grundschulen, sogenannte Verbundschulen, haben nur eine aufschiebende Wirkung auf die
416 Schließung. Das Prinzip „kurze Beine, kurze Wege“ findet aus Kostengründen nur noch als
417 Lippenbekenntnis statt!

418 Selbst die Kosten für die weitere Beförderung und der gerade für Grundschulkindern nachteilige
419 Mehraufwand an Fahrzeit von bis zu 2 Stunden täglich sind kein Hindernis für den
420 Schließungswahn. Da es schon seit langem keinen reinen Schüler:innenverkehr mehr gibt,
421 kommen noch Wartezeiten im ÖPNV hinzu.

422 Wenn es nach der Grundschule dann zu den weiterführenden Schulen geht, kann sich die
423 Kommune glücklich schätzen, die nach Gründung einer Sekundarschule wenigstens überhaupt
424 noch ein Angebot für Fünftklässler:innen machen kann.

425 Kommunen ohne Schulangebot verlieren an Attraktivität; die Folgen sind sofort spürbar:
426 Abwanderung! Wer ein gutes und breites Bildungsangebot bieten kann, der kann auch jetzt
427 schon mit Zuzug rechnen. Dabei entscheiden sich immer mehr Eltern für einen
428 Gesamtschulplatz; auch auf dem Land liegen die Anmeldezahlen deutlich über denen der
429 vorhandenen freien Plätze.

430 Daher wird sich Linke Kommunalpolitik weiterhin für Gesamtschulen bzw. Sekundarschulen
431 einsetzen sowie für Oberstufenzentren, denn nur so ist auch im ländlichen Raum eine gute
432 Schule für alle realisierbar.

433 **Ausbildung: Berufskollegs – Ausbildungszentren**

434 Trotz angeblichem Mangel an Bewerber:innen suchen viele Jugendliche vergeblich einen
435 Ausbildungsplatz. Vor Ort finden sie zudem sehr viele und sehr unterschiedliche
436 Beratungsangebote, die teilweise eher verwirren als helfen. Das Beratungsangebot muss sich
437 zuvorderst an den Interessen der Jugendlichen ausrichten, nicht an Institutionen bzw.
438 Schulformen.

439 Hier will Linke Kommunalpolitik die kommunale Steuerung stärken: Berufskollegs,
440 Arbeitsagentur, BiZ und kommunale Bildungsberatung sollen verknüpft werden, so dass
441 Jugendliche einen zentralen Anlaufpunkt erhalten.

442 **Weiterbildung**

443 Die Linke NRW setzt sich ein für eine öffentlich verantwortete und getragene Weiterbildung und
444 einen Ausbau der Volkshochschulen, der örtlichen, wohnortnahen Zentren für Weiterbildung.
445 Das Angebot muss alle Bildungsbereiche umfassen, wobei ein besonderes Augenmerk und eine

446 besondere Förderung angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung auf die politische Bildung
447 gerichtet werden müssen.

448 Auch aufsuchende Ansprache- und Motivierungsformen gehören zum Aufgabenkatalog. Andere
449 Einrichtungen und Träger sollten dieses öffentliche Angebot ergänzen, nicht ersetzen.

450 Abwertung und Bedeutungsverlust der Weiterbildung, ihre selektierende Ausrichtung und der
451 Stellenabbau dort müssen dringend geändert werden.

452 **1. Bildungsauftrag auf gesetzlicher Grundlage**

453 Der Ausbau der Weiterbildung zu einem gleichberechtigten Teil des Bildungssystems war bereits
454 die Forderung des Deutschen Bildungsrates im Strukturplan für das Bildungswesen 1970. Der
455 öffentliche Bildungsauftrag für Erwachsenen- und Weiterbildung beinhaltet demnach das Recht
456 auf Lernen in jedem Alter. Dafür müssen staatliche Rahmenbedingungen und ausreichende
457 öffentliche Ressourcen zur Verfügung stehen, um Standards und Strukturen in den
458 Einrichtungen sichern zu können.

459 Verbesserungen erwarten wir von der jüngst gestarteten Initiative zur Novellierung des
460 Landesweiterbildungsgesetzes.

461 Nach wie vor aber müssen die öffentlichen Einrichtungen immer größere Anteile ihrer Haushalte
462 ‚am Markt‘ erwirtschaften, um Projektmittel konkurrieren und die Teilnehmenden immer höhere
463 Kosten tragen. „Nur wer hat, dem wird gegeben!“ Das Postulat des lebenslangen Lernens wird
464 konterkariert. Zentrale Bestandteile des Weiterbildungsgesetzes NRW (WBG NRW) wie die
465 Pflichtaufgabe, der Versorgungsauftrag und die tatsächliche Offenheit für alle sind damit
466 hochgradig gefährdet.

467 Wir fordern:

- 468 • Von der Landesregierung fordern wir Ressourcen für einen tatsächlichen Ausbau des
469 Versorgungsauftrages nach dem Weiterbildungsgesetz NRW (WBG NRW). 1 % des
470 Landesbildungsbudgets sollen für die Förderung der Weiterbildung im Land, für
471 Angebots- und Beschäftigungsqualität kurzfristig zur Verfügung stehen, wie auch die
472 GEW NRW fordert.
- 473 • Von den Kommunen und Gebietskörperschaften als Träger erwarten wir, dass sie die
474 Weiterbildungsangebote im Versorgungsgebiet nicht weiter durch Fusion von
475 Volkshochschulen oder Etatkürzungen ausdünnen, sondern ihre Finanzmittel verlässlich
476 bereitstellen und aufstocken. Eine besondere Förderung der politischen Bildung ist
477 angesichts der gesellschaftlichen Lage und fehlender „aufklärender Bildung“ dringend
478 geboten.
- 479 • eine langfristig kostendeckende Finanzierung und koordinierte Verantwortung in der
480 öffentlichen Weiterbildung durch Bund, Länder und Gemeinden, wie z. B. vorgeschlagen
481 in dem Gutachten „Finanzierung lebenslangen Lernens“ durch die sog. „Timmermann-
482 Kommission“.
- 483 • bundesweite Regelungen für ein kohärentes inklusives Weiterbildungssystem, in dem die
484 allgemeine, kulturelle, politische und berufliche Bildung gleichermaßen gefördert
485 werden und für jeden tatsächlich die Chance auf Teilnahme besteht. Sie ergänzen die
486 länderspezifischen Regelungen für die Weiterbildung. Die Landesregierung wird
487 aufgefordert, bei der Bundesregierung die Umsetzung der Vorschläge für ein
488 Erwachsenenbildungsfinanzierungsgesetz einzufordern.

489 **Öffentliche Strukturen fördern und ausbauen**

490 Gegen die fortschreitende Privatisierung und Kommerzialisierung wollen wir die öffentlich
491 geförderten und verantworteten Weiterbildungsstrukturen ausbauen und stärken. Es muss
492 verhindert werden, dass sich die Volkshochschulen zunehmend dem Bildungsmarkt, seiner
493 kommerziellen Ausrichtung, seinen selektiven Konkurrenzstrukturen und überwiegenden
494 Projektfinanzierung unterwerfen müssen.

495 Viele Volkshochschulen sind außerdem Ansprechpartner für unterschiedlichste Zielgruppen,
496 besonders auch für diejenigen, die zu ‚Verlierern‘ am Bildungsmarkt zählen.

497 Im Aufbau kommunaler und regionaler Bildungsnetzwerke können Volkshochschulen eine
498 wichtige Schnittstelle darstellen und eine flächendeckende Versorgung für alle Erwachsenen
499 sichern.

500 Eine Perspektive der VHS und ihrer Angebote liegt in der Bildungsberatung, der aufsuchenden
501 Bildungsarbeit bis hin zur Sozialraumentwicklung sowie in Aufbau und Anleitung virtueller
502 Lernnetzwerke.

503 Wir fordern:

- 504 • das Angebot zur Grundbildung der Bevölkerung entgeltfrei zur Verfügung zu stellen. Zur
505 Grundbildung gehört für uns dabei alles, was zum Lehr- und Stoffplan der Sek I der
506 allgemeinbildenden Schulen zählt.
- 507 • Neben der Förderung von Menschen mit Grundbildungsbedarf und dem Nachholen von
508 Schulabschlüssen zählen wir auch Folgendes zur grundlegenden,
509 allgemeinwohlbezogenen Weiterbildung: Integrationskurse für Migrant:innen, Zugänge
510 zum Arbeitsmarkt, Übergänge zwischen Schule und Ausbildung, ein Zugang zur
511 Hochschule für Berufstätige, Umgang mit neuen Medien; diese sind ohne oder nur mit
512 geringem Teilnahmeentgelt anzubieten. Die individuell aufzubringenden Entgelte dürfen
513 nicht zum Teilnahmehindernis werden.
- 514 • Besonders die politische Bildung muss wieder eine deutliche Aufwertung erfahren, statt
515 immer mehr marginalisiert zu werden. Gerade in einer immer komplizierter und
516 technischer werdenden Welt ist Aufklärung über gesellschaftspolitische Hintergründe
517 und Zusammenhänge notwendig. Aufgrund dieser Bedeutung der politischen Bildung
518 müssen die Angebote in der Regel entgeltfrei sein.
- 519 • Zur Entfaltung einer eigenen, selbstbewussten Persönlichkeit und zur Teilhabe am
520 gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben haben auch die anderen Bereiche
521 der Volkshochschule, die kulturelle Bildung, Gesundheitsbildung, berufliche Bildung und
522 die Fremdsprachen z. B. ihre Bedeutung für das öffentliche Leben und sind aus- statt
523 abzubauen. Nach dem Prinzip der Einheit der Bildung gehören sie unbedingt dazu.
- 524 • Um Menschen für eine Teilnahme an Weiterbildung zu motivieren, sie über ihre
525 Möglichkeiten zu informieren, sind wohnortnah subjektorientierte, gender- und
526 kultursensible Beratungsstellen in öffentlicher Trägerschaft einzurichten mit
527 klientenzentrierten Konzepten, guten Rahmenbedingungen und professionellem,
528 wissenschaftlich ausgebildetem Personal mit tariflicher Eingruppierung wie bei den
529 Mitarbeiter:innen der Volkshochschulen auch.

530

531 **2. Prekäre Arbeit abschaffen**

532 In keinem anderen Bereich des Bildungswesens wurde völlig selbstverständlich hingenommen,
533 dass Unterrichtstätigkeit – und einiges mehr – vorrangig von Honorarkräften durchgeführt wird.
534 Nach einem wegweisenden Urteil ist das Ende der Honorartätigkeit gekommen.

535 Das bedeutet für die Kommunen die Umwandlung der bisherigen ausbeuterischen Verhältnisse
536 in feste Stellen und damit eine erlässliche und deutlich höhere Finanzierung der Erwachsenen-
537 und Weiterbildung mit mehr festen Stellen und tariflicher Bezahlung.

538 Wir fordern:

- 539 • Den Selbstständigen, die das bleiben möchten, ist ein Honorar pro Unterrichtsstunde von
540 mindestens 45€ zu zahlen; der Mindestlohn nach dem Branchentarifvertrag
541 Weiterbildung kann hier keine Anwendung finden.
- 542 • Mehr Stellen für Festangestellte mit tariflicher Entlohnung nach dem TVöD zu schaffen.
543 Das setzt voraus, dass Maßnahmen- und Kurskosten mit realistischen, tariflichen
544 Personalkosten kalkuliert und ausgeschrieben werden und die Förderung entsprechend
545 ausgerichtet wird. Die Mehrkosten sind nicht auf die Teilnehmenden abzuwälzen.
- 546 • Möglichkeiten einer effektiven und wirkungsvollen Interessensvertretung und
547 Mitbestimmung sind (wieder) einzuführen für das Personal und die Teilnehmenden in
548 der Weiterbildung. (vgl. den Policy Brief 03/2016 des WSI zum Thema „Solo-
549 Selbständigkeit in Deutschland. Aktuelle Reformoptionen“).

550 **Studierende und Hochschulen vor Ort fördern!**

551 Hochschulpolitik ist keine kommunale Aufgabe, aber die Studierenden und auch die Hochschule
552 sind vor Ort. Die Linke vernachlässigt weder die Studierenden noch die Hochschulen.

- 553 • Wohnen: Die Linke nimmt Wohnmöglichkeiten für Studierende vor Ort in den Blick und
554 unterstützt Studierendenwerke beim Bau. Kommunaler Boden kann hierzu in Erbpacht
555 vermietet werden, um der Wohnungsnot entgegenzuwirken.
- 556 • Verkehrsanbindung: Bei der kommunalen Verkehrsplanung muss nicht nur die
557 Anbindung an den ÖPNV gewährleistet sein, sondern auch die Abstimmung der
558 Taktzeiten auf die Hochschulbedürfnisse.
- 559 • Studierenden-Card: Die Linke will die Teilhabe an kulturellen und sportlichen Angeboten
560 auch für Studierende ermöglichen.

561 **Thema: Digitalisierung**

562 Wir wollen eine Digitalisierung, die niemanden zurücklässt. Wir wollen eine Digitalisierung, die
563 nicht in der Abhängigkeit großer Konzerne steht, sondern die auf Open Source und eigene
564 Datenhoheit setzt. Unsere Digitalisierung schützt Personendaten, sie lässt keine Überwachung zu
565 und hat doch Informationsgewinn. Wir setzen uns dafür ein, dass Digitalisierung öffentliche
566 Dienstleistungen für alle zugänglicher macht. Wir bestehen darauf, dass Digitalisierung kein
567 Machtgefälle erschaffen darf und Menschen weder ausschließt noch zurücklässt. Unsere
568 Digitalisierung stärkt die Demokratie anstatt sie zu untergraben.

569 **Public Money – Public Code**

570 Jedes Jahr gehen Milliarden Euro für die Verwendung von Lizenzen vor allem an Microsoft und
571 Apple. Durch Abomodellen und proprietäre Dateiformate sind die Kommunen (sowie Land und
572 Bund) in einem Abhängigkeitsverhältnis zu diesen Großkonzernen und müssen ihnen immer
573 weiter Geld zahlen, um ihren Tätigkeiten nachgehen zu können. Dieses Geld kann sinnvoller
574 genutzt werden.

575 Wir wollen, dass Kommunen ihre digitale Infrastruktur komplett auf Open Source umstellen. Das
576 heißt, dass proprietäre Softwareprodukte von Microsoft, Apple und ähnlichen Konzernen durch
577 quelloffene Alternativen ersetzt werden, wie Linux als Betriebssystem und LibreOffice statt
578 Word.

579 Natürlich bedeutet eine Umstellung der digitalen Infrastruktur großen Aufwand. Software muss
580 eingerichtet und verwaltet, Personal muss geschult werden. Gegebenenfalls muss auch eigene
581 Software entwickelt oder weiterentwickelt werden, um Sonderlösungen für
582 Spezialanwendungen zur Hand zu haben. Dies lässt sich aber durch die eingesparten
583 Lizenzkosten decken. Der organisatorische Aufwand kann durch Kooperation der Kommunen,
584 z.B. über die bestehenden kommunalen Verbände, für gemeinsame digitale Infrastruktur und
585 Softwarelösungen bewältigt werden. Durch Quelloffenheit ergibt sich, dass von einer Kommune
586 entwickelte oder verbesserte Software allen anderen zur Verfügung steht. Insgesamt wollen wir
587 eine Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit in Sachen digitale Infrastruktur und
588 Softwarelösungen, sowie Quelloffenheit und sinnvolle Verwendung öffentlicher Gelder zum
589 Wohle aller.

590 **Die Linke fordert:**

- 591 - Umstellung auf Open Source bei Betriebssystemen und Anwendungen
- 592 - Zusammenschluss von Kommunen bei digitaler Infrastruktur
- 593 - Weiterentwicklung von Open Source Lösungen

594 **Verwaltung digitalisieren, aber behutsam**

595 Die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen kann für Bürger:innen und Unternehmen
596 Entlastung bedeuten, weil komplizierte Verfahren, Anfahrten oder lange Wartezeiten entfallen.
597 Leicht zugängliche und benutzerfreundliche Angebote müssen unter hohen
598 Datenschutzstandards ausgebaut werden. Menschen ohne Zugang zu digitalen Technologien
599 dürfen jedoch nicht von den öffentlichen Dienstleistungen der Kommunen ausgeschlossen
600 werden. Es besteht weiterhin ein Recht auf einen analogen Zugang.

601 Wir streben Datensparsamkeit für Bürger:innen an. Daten sollen nur erhoben werden, wenn sie
602 wirklich benötigt werden. Wir wollen eine bessere Aufklärung darüber, welche Daten erhoben
603 werden und explizite Zustimmung.

604 Bürger:innen haben das Recht auf Informationen von Behörden und öffentlichen Unternehmen.
605 Wir setzen uns ein für die Einführung von Transparenzsatzungen. Diese müssen von sich aus
606 sämtliche öffentliche Daten und Informationen wie Verträge, Treffen mit
607 Interessenvertreter:innen oder Gutachten in einem Transparenzportal online veröffentlichen.
608 Ein solches Portal muss dabei leicht zugänglich und verständlich sein. Gleichzeitig muss es
609 offene Schnittstellen anbieten. Bürger:innen können so leichter an demokratischen Prozessen
610 teilhaben.

611 **Die Linke fordert:**

- 612 - Digitalen Zugang zu öffentlichen Daten und Unterlagen
- 613 - Hohe Datenschutzstandards in der Digitalisierung von Verwaltungsprozessen
- 614 - Datensouveränität für Bürger:innen

615 **Digitale Infrastruktur in öffentlicher Hand**

616 Digitale Infrastruktur muss weiter ausgebaut werden. Gerade im ländlichen Raum gibt es immer
617 noch fehlenden Breitbandausbau. Die Netzinfrastruktur muss dabei immer in öffentlicher Hand
618 sein.

619 Auch Hacker- und Makerspaces, Stadt(teil)bibliotheken und Volkshochschulen sind Orte
620 digitalen Lebens, Lernens und Arbeitens. Diese sowie Bürger*innendatennetze und Freifunk
621 wollen wir unterstützen und fördern.

622 Smart City Projekten in den Kommunen stehen wir kritisch gegenüber. Sie sind vor allem auf
623 Konzernprofite und Datensammeln angelegt. Wir befürworten sie nur, wenn sie einen echten
624 Mehrwert für die Kommunen bringen und die gesammelten Daten und die verwendeten Hard-
625 und Softwarekomponenten nicht in der Hand von Konzernen landen.

626 Wir wollen Digitalisierung basierend auf den gesellschaftlichen Bedürfnissen vorantreiben und
627 nicht auf Basis von Profitinteressen der Konzerne oder staatlicher Überwachung. Sie müssen für
628 die Menschen eine Erleichterung des täglichen Lebens, der Mobilität und der Partizipation
629 bedeuten und die Umwelt schützen. Senior:innen, Menschen mit Behinderung oder geringem
630 Einkommen müssen von solchen Projekten profitieren. Alle Bürger:innen müssen konsequent in
631 einen demokratisch organisierten Digitalisierungsprozess eingebunden werden.

632 Die Linke fordert:

- 633 - Ausbau der Netzinfrastruktur
- 634 - Erhalt und Ausbau von gemeinschaftlichen Orten digitalen Arbeitens

635 **Digitalisierung und Bildung**

636 In der Digitalisierung der Bildung hat sich in den letzten Jahren viel getan. An den meisten
637 Schulen ist eine Ausstattung mit Geräten erfolgt. Doch ist die Digitalisierung als zusätzliche
638 Aufgabe an den Lehrkräften hängen geblieben. Wir fordern, dass Schulen eigenen eigene
639 Fachkräfte im Bereich Systemadministration und IT-Support bekommen, die nur für Wartung
640 und technische Hilfestellung zuständig sind.

641 Wir wollen, dass angeschaffte Geräte möglichst lange verwendet werden, um das Anfallen von
642 Elektroschrott zu vermeiden. Eingestellte Updates können durch die Installation freier
643 Betriebssysteme umgangen werden. Auch braucht es an den Schulen Know-How im Bereich der
644 Reparatur der Geräte. Hier können auch Lehrpersonal und Schüler:innen miteingebunden
645 werden.

646 Wir brauchen Konzepte für eine bessere Bildung im Bereich der Digitalisierung. Wenn das
647 Arbeitsblatt nun von einem Tablet abgelesen wird, anstatt es auszudrucken, dann ist dies kein
648 digitaler Fortschritt, sondern führt eher dazu, dass Schüler:innen abgelenkt werden. Wir wollen
649 die digitale Bildung ausweiten, insbesondere müssen Themen wie Cybersicherheit, Datenschutz
650 und Rechte im digitalen Raum behandelt werden. Auch Querschnittsthemen wie Cybermobbing
651 und Medienkompetenz müssen Teil des Lehrplans sein. Außerdem darf die Anschaffung von
652 Apple-Geräten nicht dazu führen, dass digitale Bildung heißt, die Schüler:innen an einen
653 Hersteller zu gewöhnen. Sie sollen stattdessen lernen, dass es eine große Bandbreite an (freier)
654 Software gibt. Wir fordern, dass die zur Verfügung stehenden offenen Bildungsplattformen
655 genutzt und weiterentwickelt werden und die Nutzung proprietärer Plattformen reduziert wird.

656 Die Linke fordert:

- 657 - Einstellung von Systemadministrator:innen und IT-Support in Schulen
- 658 - Umfassende digitale Bildung auch in den Bereichen Open Source, Datensouveränität,
659 Medienkompetenz und Cybermobbing
- 660 - Keine Herstellerabhängigkeit an Schulen

661 **KI nur maßvoll einsetzen**

662 Wir fordern, dass mit dem Thema KI äußerst vorsichtig umgegangen wird. „Künstliche
663 Intelligenz“ erfährt gerade einen Hype und es werden in vielen Bereichen KI-Lösungen
664 vorgeschlagen, die besser mit Anwendungen ohne KI gelöst werden könnten. KI liefert keine
665 zuverlässig korrekten Antworten, ist äußerst rechenaufwändig und hat damit einen hohen
666 Energiebedarf. Hinzu kommen diverse ethische Probleme und das Unwissen darüber, wie das KI-
667 System zu seinen Entscheidungen kommt. Lösungen ohne KI sind daher immer vorzuziehen.

668 Da KI immer auf bestehenden Daten trainiert wird, werden auch die darin enthaltenen
669 sexistischen, rassistischen und klassistischen Vorurteile übernommen. Diese werden dann von
670 den KI-Systemen in ihren Entscheidungen wiedergegeben oder sogar verstärkt. Wenn KI
671 eingesetzt wird, muss sichergestellt sein, dass kein derartiger Fehler (Bias) in den
672 Trainingsdaten vorliegt. Wir stellen uns gegen die Übergabe von komplette Personendaten in KI-
673 Anwendungen. Belange des Datenschutzes und des Urheberrechtes müssen ebenso immer
674 berücksichtigt werden. Es muss auch im Vorhinein geklärt sein, wie und wann neue
675 Erkenntnisse in ein KI-Programm einfließen sollen, da das erneute Training der KI auf neuen
676 Daten äußerst aufwendig ist.

677 Die Linke fordert:

- 678 - Bevorzugung von Programmen, die ohne KI arbeiten
- 679 - Sicherstellung, dass bei verwendeten KI-Anwendungen kein Bias vorliegt

680 **Cybersecurity**

681 In einer digitalen Stadt, wo immer mehr Objekte und Systeme miteinander vernetzt sind, sind
682 Cyberangriffe allgegenwärtig und gehören zum Alltag. Ohne eine sichere digitale Infrastruktur

683 kann es keine Datensicherheit geben. Eine digitale Stadt muss Bürger:innen und Unternehmen
684 dabei unterstützen. Gerade kleinere Städte und Gemeinden müssen bei diesem Thema
685 zusammenarbeiten.

686 Ein verpflichtendes Informations-Sicherheits-Management-System (ISMS) soll hohe
687 Sicherheitsstandards gewährleisten. Dies soll in Kooperation mit Universitäten und
688 zivilgesellschaftlichen Gruppen geschehen. Ein wichtiger Teil von Cybersicherheit sind dabei die
689 Menschen, die mit den Systemen arbeiten. Hier braucht es verpflichtende Schulungen für
690 Mitarbeitende, aber auch Aufklärungsarbeit für Bürger:innen.

691 **Überwachung verhindern**

692 Als Linke stellen wir uns gegen jede Form der Überwachung. Wir wollen keine
693 Videoüberwachung im öffentlichen Raum, insbesondere wenn diese mit
694 „intelligenten“ Anwendungen verknüpft werden sollen. Wir stellen uns gegen Projekte der
695 Polizei, in der sie einzelne Straßen kurzfristig oder dauerhaft videoüberwachen. Wir sind auch
696 gegen Projekte des kommunalen Ordnungsdienstes, die mit weiterer Überwachung einhergehen,
697 wie z.B. die Einführung von Bodycams.

698 Die Linke fordert:

- 699 - Keine Videoüberwachung
- 700 - Keine Bodycams beim kommunalen Ordnungsdienst

701 **Thema: Friedenspolitik**

702 **Städte und Gemeinden für Frieden und globale Gerechtigkeit**

703 Internationale Politik ist Bundesaufgabe. Trotzdem fragen sich viele Menschen, was sie in ihrer
704 Stadt oder Gemeinde tun können, um sich für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt einzusetzen.
705 Und da gibt es eine ganze Menge mehr als man so denkt.

706 Die Linke widersetzt sich auf kommunaler, landesweiter und bundesweiter Ebene der
707 umfassenden Militarisierung der Gesellschaft und setzt sich für eine friedensfähige Gesellschaft
708 ein. Wir wehren uns nicht nur gegen die Aufstockung der Militärausgaben und die damit
709 einhergehende Kürzung von Sozialausgaben, sondern gegen die Mobilmachung der Bevölkerung
710 für den Krieg: Wiedereinführung der Wehrpflicht, Veränderung des Lehrplans in Schulen, um
711 Kinder auf den Krieg einzustimmen, die Aufhebung der Zivilklauseln an den Universitäten – all
712 das soll der Kriegstauglichkeit der Gesellschaft dienen. Sogar Krankenhäuser sollen nun für den
713 Kriegsfall „ertüchtigt“ werden, dabei steht schon die Versorgung der Bevölkerung im Normalfall
714 in Frage.

715 Wir Linken setzen uns in den Kommunalparlamenten dafür ein, dass die Städte, Kreise und
716 Gemeinden das Friedensengagement ihrer Bewohner:innen aktiv unterstützen. Das geht zum
717 Beispiel so:

- 718 - Wir fordern ein, dass unsere Städte, Gemeinden und Landkreise sich zur
719 atomwaffenfreien Zone erklären und den Städteappell der Internationalen Kampagne
720 zum Atomwaffenverbot (ICAN) unterschreiben.
- 721 - Wir engagieren uns gegen die Anlage städtischer Gelder in Finanzprodukten, die im
722 Zusammenhang mit der Rüstungsindustrie, der Atomindustrie und den fossilen
723 Energiekonzernen stehen.
- 724 - Wir engagieren uns gegen Standorterweiterungen von Rüstungskonzernen und
725 Militärstandorten und setzen uns für die Umwandlung militärischer in zivile
726 Arbeitsplätze ein (Rüstungskonversion).
- 727 - Wir streiten gegen die Militarisierung von Verwaltung, Gesundheits- und
728 Sozialeinrichtungen und gegen die Verschwendung öffentlicher Mittel für Bunkerbau.
729 Der Katastrophenschutz muss ausgebaut werden und zivil bleiben. Zivil-militärische
730 Übungen lehnen wir ab.
- 731 - Wir wehren uns gegen Bundeswehrwerbung in Bildungseinrichtungen und bei
732 Jobmessen für Schüler:innen und setzen uns für Erziehung zum Frieden und für
733 gewaltfreie Konfliktaustragung ein. Wir informieren Jugendliche und Eltern über ihr
734 Recht, die Weitergabe von Meldeamtsdaten an die Bundeswehr zu untersagen.
- 735 - Wir fördern Projekte von Bildungs- und Kultureinrichtungen, in denen sich mit den
736 Ursachen und Folgen von Krieg, Aufrüstung und gesellschaftlicher Militarisierung
737 beschäftigt wird.
- 738 - Wir hören den Menschen zu, die aus Kriegsgebieten in unsere Kommune geflüchtet sind
739 und beziehen sie als wichtige Augenzeug:innen in die kommunale Friedensarbeit ein. Mit
740 migrantischen Selbstorganisationen arbeiten wir in Solidaritätsprojekten für politisch
741 Verfolgte und/oder Kriegs- und Bürgerkriegsopfer zusammen.
- 742 - Wir unterstützen den bedarfsgerechten Ausbau von psychosozialen Zentren für Kriegs-
743 und Folteropfer und setzen uns dafür ein, dass auch Bund und Land hier wieder mehr
744 finanzieren.

- 745 - Wir schützen verfolgte Deserteure und Kriegsdienstverweigerer, die in unsere Kommune
746 geflohen sind, vor der Abschiebung in ihr Herkunftsland, egal ob sie aus Russland,
747 Belarus, der Ukraine, dem Sudan, Syrien oder Eritrea kommen.
- 748 - Wir pflegen internationale Beziehungen im Rahmen von Städtepartnerschaften und
749 werben auch in diesem Rahmen für Einhaltung des Völkerrechts, Wahrung des Friedens,
750 Abrüstung und globale Gerechtigkeit.
- 751 - Wir treten dafür ein, dass Waren aus fairem Handel in städtischen Einrichtungen wie
752 Schulen, Jugendzentren, Bibliotheken oder bei Volksfesten einen festen Platz auf den
753 Einkaufslisten erhalten. Wir unterstützen nicht kommerzielle Fair-Trade-Läden.
- 754 - In Hochschulstädten kämpfen wir gemeinsam mit den Studierenden und Beschäftigten
755 für starke Zivilklauseln, die Forschung und Lehre zugunsten von Aufrüstung und
756 Kriegsvorbereitung ausschließen.
- 757 - Wir dulden keine Gewaltverherrlichung und keine Relativierung von Kriegsverbrechen
758 oder Verletzungen von Völker- und Menschenrecht. Unsere Haltung zu den
759 Menschenrechten ist eindeutig: Wir stehen immer an der Seite derjenigen, denen
760 Menschenrechte vorenthalten werden.
- 761 - Wir stellen uns gegen jegliche Kooperationen von Rüstungskonzernen mit kulturellen
762 Einrichtungen, Sportvereinen und Bildungsstätten.
- 763

764 **Thema: Geschlechtergerechtigkeit**

765 **Das Leben ins Zentrum stellen: Gleichberechtigung und Gerechtigkeit für alle**
766 **Geschlechter**

767 Eine gerechte Gesellschaft beginnt mit einer konsequenten Gleichstellungspolitik, die Frauen
768 gleichberechtigte Teilhabe im Beruf, in der politischen Aktivität, in der Bildung und in der
769 öffentlichen Wahrnehmung sichert und sie vor Diskriminierung und Gewalt schützt.
770 Benachteiligungen wie der nach wie vor bestehende Lohnunterschied von mehr als 17 Prozent,
771 der geringe Anteil von Frauen in Positionen mit Entscheidungsmacht, sexistische Behandlung
772 und Menschenrechtsverletzungen sind kein Zufall, sondern Folgen gesellschaftlicher
773 Herrschaftsstrukturen, die überwunden werden müssen. Deshalb reicht Gleichstellung allein
774 nicht aus.

775 Die ehemals klaren Grenzen zwischen den Bereichen Arbeit und Privatleben verwischen,
776 verstärkt durch die zunehmende Arbeit im Homeoffice. Ein selbstbestimmtes Leben aber
777 erfordert ein eigenständiges Bestimmen über die eigene Zeit: für Erwerbsarbeit, Sorgearbeit für
778 Familie, Bildung und Engagement im Kultur- und auch im politischen Bereich und für die eigene
779 Erholung. Das setzt eine Tätigkeit mit einem existenzsichernden Einkommen voraus.

780 Die Realität sieht anders aus: Frauen sind besonders stark von Niedriglöhnen und prekärer
781 Beschäftigung betroffen. Besonders schwierig ist die Lebenssituation von Alleinerziehenden. Die
782 geringe Anrechnung von Kindererziehungs- und Pflegezeiten tragen dazu bei, dass Frauen dann
783 auch im Alter mit Armutsrenten auskommen müssen.

784 Der erste mögliche Schritt hin zu einer geschlechtergerechten Aufteilung von bezahlter und
785 unbezahlter (Pflege) Arbeit ist die Erwerbszeitverkürzung auf 30 Wochenstunden für Frauen
786 und Männer bei vollem Lohnausgleich, gleichwertiger Bezahlung und familien- und
787 bildungsfreundlichen Arbeitszeitmodellen.

788 Professionelle Sorgearbeit und personenbezogene Dienstleistungen müssen durch eine würdige
789 Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen aufgewertet werden.

790 Für alle von Mehrfachdiskriminierung Betroffenen sind verbindliche Maßnahmen erforderlich,
791 um diese Diskriminierungen aufzuheben. Selbstbestimmung über den eigenen Körper und die
792 eigene Lebenssituation ist zu garantieren.

793 Ungewollt Schwangere haben das Recht auf ergebnisoffene Beratung und sichere
794 Schwangerschaftsabbrüche. Deswegen fördern wir in den Kommunen
795 Schwangerschaftsberatungsstellen von nicht konfessionell gebundenen Trägern und
796 unterstützen die Niederlassung von Gynäkolog:innen, die Schwangerschaftsabbrüche nach dem
797 aktuellen Stand der Medizin durchführen.

798 **Die Linke fordert:**

- 799 - Das Ende der Benachteiligungen und der Armut von Frauen durch Niedriglöhne;
800 insbesondere Alleinerziehende brauchen soziale und existenzsichernde Unterstützung;
- 801 - Maßnahmen zur gerechten Unterstützung Alleinerziehender aller Geschlechter vor Ort,
802 unter anderem bei der Wohnungsbeschaffung;
- 803 - einen langfristig bezahlbaren Wohnraum;
- 804 - die Sicherung bestehender Wohnmöglichkeiten;
- 805 - die Sicherstellung von Betreuungsplätzen in Kitas und den weiteren Kita-Ausbau, sowie
806 verlässliche Betreuungszeiten;

- 807 - eine Kinderbetreuung und Versorgung im Krankheitsfall;
- 808 - den Erhalt von wohnortnahen Krankenhäusern und derer mit Geburtsabteilungen;
- 809 - die Unterstützung für Hebammen sowie den freien Zugang zu Beratungsstellen,
- 810 Arztpraxen und anderen Einrichtungen;
- 811 - die Rekommunalisierung der Pflegeeinrichtungen und das Profitverbot in der
- 812 Altenpflege;
- 813 - die Erhöhung der Sicherheit im öffentlichen Raum, z.B. durch Straßenbeleuchtung,
- 814 Notrufsäulen, kostenfreie Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs

815 **Sicherheit vor Gewalt und Gewaltprävention**

816 Der Schutz von Frauen, Kindern und anderen gefährdeten Menschen vor Gewalt muss auf
 817 kommunaler Ebene garantiert sein. Schutz und qualifizierte Hilfe in Bedrohungs- und
 818 Gefährdungssituationen durch Stellen wie Frauenhäuser und andere Schutzräume sowie
 819 Beratungsstellen muss sichergestellt sowie unbürokratisch und bedarfsgerecht zur Verfügung
 820 stehen. Dabei muss gewährleistet sein, dass diese Stellen unabhängig vom körperlichen Zustand,
 821 Aufenthaltsstatus oder der Lebenssituation von Betroffenen zugänglich sind. Eine
 822 bundeseinheitliche Finanzierung ist dafür unerlässlich, und diese Finanzierung muss auf
 823 kommunaler Ebene zuverlässig verteilt werden. Kommunen müssen entsprechende Zuschüsse
 824 gewährleisten. Opfer von Zwangsheiraten bedürfen besonderer Hilfe.

825 Schutz- und Hilfseinrichtungen sind einzelfallunabhängig, pauschal und verlässlich zu
 826 finanzieren. Das weit verbreitete und unzulängliche Finanzierungsmodell von Hilfsangeboten
 827 über Tagessätze muss endlich beendet werden. Die Finanzierung der Frauenhäuser ist
 828 Bestandteil einer Schutzpflicht und darf nicht länger eine freiwillige Leistung bleiben. Diese
 829 Forderungen sind längst Bestandteil internationaler Abkommen, welche die Bundesrepublik
 830 Deutschland ratifiziert hat, und für die sie in der Pflicht steht.

831 Die Politik trägt die Verantwortung dafür, dass staatliche Behörden wie Polizei, Gerichte und
 832 Ämter für das Thema Gewalt gegen Frauen sensibilisiert werden und das Gewaltschutzgesetz
 833 einheitlich umgesetzt wird. Besondere Aufmerksamkeit muss dem Umgangs- und Sorgerecht
 834 gelten, wenn Kinder als Zeugen oder selbst von Gewalt betroffen sind.

835 Alle Formen von Gewalt sind öffentlich zu verurteilen, und hinsichtlich der gesellschaftlichen
 836 Ursachen muss Aufklärung geleistet werden. Verherrlichung von Gewalt gegen Frauen in
 837 unterschiedlichsten Medien muss konsequent angeprangert und gesellschaftlich bekämpft
 838 werden.

839 **Die Linke fordert:**

- 840 - die Stärkung von Gleichstellungsbeauftragten gegenüber Politik und Verwaltung;
- 841 - die Unterstützung von Frauenprojekten statt Kürzungen und Gebührenerhöhungen;
- 842 - die Förderung von sicheren Treffpunkten für Mädchen und junge Frauen;
- 843 - den Ausbau der Beratungsangebote und der Förderung von jungen Frauen;
- 844 - die existenzsichernde Unterstützung der bestehenden Frauenhäuser;
- 845 - die Anzahl der Frauenhäuser zu erweitern;
- 846 - die Förderung von sicheren Treffpunkten für Lesben, Schwule, Trans- und Interpersonen;
- 847 - die geschlechtergerechte Verteilung von Ressourcen und finanziellen Mitteln;
- 848 - die Abgabe von Verhütungsmittel auf Rezept ohne Zuzahlung;
- 849 - die Quotierung von Entscheidungsgremien und keine Beschränkungen der Teilhabe von
- 850 Frauen an politischen Diskursen und Entscheidungen.

852 **Thema: Gesundheit**

853 Mit der Coronapandemie ist deutlich geworden, dass unser, von Wirtschaftlichkeit geprägtes und
854 über Fallzahlen berechnetes Gesundheitssystem weit entfernt ist von dem, was uns in der
855 Vergangenheit als sichere Versorgung verkauft wurde. Trotz wiederkehrender Wahlversprechen
856 ist es seit Jahrzehnten nicht gelungen, das klassenorientierte Kranken- und Pflegekassensystem
857 zu erweitern und finanziell zu sichern. Besonders Kinder und Alte sind gesundheitlich
858 inzwischen deutlich unterversorgt und das spüren wir in den Kommunen durch Insolvenzen im
859 Altenpflegebereich und die in NRW angeordneten Schließungen von Kliniken der
860 Grundversorgung ganz besonders.

861 Unser Gesundheitssystem kollabiert und braucht weit mehr als punktuelle Reformen:
862 Überlastete Arztpraxen, überfordertes Pflegepersonal, monatelange Wartezeiten auf
863 Facharzttermine und steigende Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung erfordern
864 dringende Maßnahmen. Schwangere, die in NRW mit großer Sorge den zunehmend weiten Weg
865 zur Entbindung fürchten und Eltern die, verzweifelt einen Platz in einer Kinderklinik für ihr
866 schwer erkranktes Kind suchen zeigen die sich weiter zuspitzende Lage der
867 Gesundheitsversorgung. Die aktuellen Reformen sind unzureichend und verschärfen die
868 Probleme. Eine Krankenhausreform, die auf Zentralisierung setzt und ländliche Regionen
869 vernachlässigt, sowie eine Apothekenreform, die die Qualität der Beratung mindert, führen nicht
870 zu einer besseren Versorgung.

871 Die Linke sagt: Gesundheit ist öffentliche Daseinsvorsorge und muss entsprechend organisiert
872 werden. Wirtschaftlicher Wettbewerb steht im Widerspruch zu guter Versorgung. Wir setzen uns
873 für ein Gesundheitssystem ein, das die Bedürfnisse der Menschen in den Vordergrund stellt und
874 eine solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung schafft, in die Alle einzahlen und von der
875 alle Mitglieder profitieren.

876 Eine flächendeckende Versorgung mit Gesundheit, Pflege, Therapeut:innen, Ärzt:innen und
877 Krankenhäusern besonders im ländlichen Raum ist sicherzustellen. Von den Landkreisen
878 betriebene Gesundheitszentren mit fest angestellten Ärzt:innen sind einzurichten.

879 **Für gesunde Städte und Gemeinden wollen wir:**

- 880 - Bedarfsorientierte, wohnortnahe und präventive Gesundheitsversorgung.
- 881 - Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen gehören in öffentliche Hand.
- 882 - Stärkung kommunalpolitischen Handelns für gezielte Gesundheitsbildung und
883 -förderung vor Ort, besonders in Kitas und Schulen.
- 884 - Regionale Gesundheitskonferenzen zur gemeinsamen Planung von Angeboten.
- 885 - Mobile Arztpraxen und ambulant-stationäre Versorgungszentren.
- 886 - Kommunale Gesundheitszentren mit bei den Kommunen oder Landkreisen angestellten
887 medizinischen Personal

888 **Gesundheitspolitik auf kommunaler Ebene** muss die gesundheitliche Ungleichheit besonders
889 da bekämpfen, wo Armut krank macht: Auf dem Land, wie in den Stadtteilen und großen
890 Wohnquartieren ist die pflegerische und gesundheitliche Versorgung mit sozialer Beratung zu
891 verknüpfen und durch entsprechendes Fachpersonal zu koordinieren.

892 Die Politik vor Ort braucht hierfür finanzielle Mittel und rechtliche Kompetenzen. Vorschläge wie
893 besondere Ambulanzen für Unversicherte und kommunale Übernahme freier Arztsitze sind
894 notwendig. Das System der Kassenärztlichen Vereinigungen muss reformiert und zumindest zur
895 kommunalen Zusammenarbeit verpflichtet werden.

896 **Gute Gesundheitsversorgung auf dem Land** erfordert mobile Praxen und spezialisierte
897 Gesundheitsfachkräfte. Die Rekommunalisierung von Krankenhäusern ist entscheidend, um
898 Schließungen zu verhindern und die demokratische Planung zu gewährleisten.

899 **Pflege kommunal unterstützen:** Menschen haben ein Recht auf eine würdevolle Pflege.
900 Diese überwiegend in die Hände von Angehörigen zu geben ist nur verantwortlich, wenn
901 fachliche Begleitung und Unterstützung organisiert und finanziert ist. Die Linke fordert eine
902 solidarische Pflegeversicherung auf Bundesebene und will vor Ort kommunale
903 Pflegeeinrichtungen stärken.

904 **Gesundheit fördern durch Armutsbekämpfung:** Armutsbekämpfung ist die wirksamste
905 Präventionsmaßnahme. In kommunalen Jobcentern sollte die Gesundheit von
906 Armutsbetroffenen im Fokus stehen. Die Priorität muss auf Ermutigung liegen, nicht auf
907 Sanktionen.

908 **Zugang zu Schwangerschaftsberatung und Schwangerschaftsabbrüchen sichern:**
909 Ungewollt Schwangere haben das Recht auf ergebnisoffene Beratung und sichere
910 Schwangerschaftsabbrüche. Deswegen fördern wir in den Kommunen
911 Schwangerschaftsberatungsstellen von nicht konfessionell gebundenen Trägern und
912 unterstützen die Niederlassung von Gynäkolog:innen, die Schwangerschaftsabbrüche nach dem
913 aktuellen Stand der Medizin durchführen.

914 **Für eine akzeptanzorientierte Drogenpolitik** setzt sich die Linke für eine umfassende
915 Regulierung aller Drogen ein. Suchtprävention muss auf kommunaler Ebene stattfinden und
916 auch die Verfügbarkeit von alkoholischen Getränken in Frage stellen. Ambulante Suchthilfe muss
917 als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge finanziert und ausgebaut werden.

918 **Thema: Inklusion**

919 **Selbstbestimmung und Teilhabe – für eine inklusive Gesellschaft**

920 Seit 2008 gilt die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK), die von Deutschland
921 unterzeichnet worden ist. Die Kernaussage der Konvention ist: Im Mittelpunkt steht der Mensch.
922 Sie fordert, den vollen und gleichberechtigten Genuss aller Rechte und Grundfreiheiten durch
923 alle Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten und die
924 Achtung der ihnen innewohnenden Würde zu fördern.

925 In der Staatenprüfung 2023 in Genf stellte der zuständige Fachausschuss der UN fest, dass es in
926 Deutschland erhebliche Mängel in der Umsetzung der Rechte für Menschen mit Behinderungen
927 und in der Barrierefreiheit gibt. Es gibt immer noch Förderschulen, es gibt keinen inklusiven
928 Arbeitsmarkt und Geflüchtete mit Behinderungen bekommen keine ihrer Beeinträchtigung
929 entsprechende Gesundheitsversorgung.

930 Zwei Millionen schwerbehinderte Menschen leben in NRW. Aber immer noch gibt es in NRW z.B.
931 zu wenig barrierefreie Wohnungen oder einen Maßregelvollzug, der Menschen mit
932 Behinderungen länger die Freiheit entzieht als Menschen ohne Behinderungen bei der gleichen
933 Straftat.

934 Wir wollen die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und das gesellschaftliche Bewusstsein in
935 NRW für alle Menschen, mit oder ohne Behinderungen so verändern, dass die Teilhabe an allen
936 gesellschaftlichen Bereichen, dass ein barrierefreies und inklusives Leben gewährleistet ist.

937 Mit dem Landeshaushalt 2025 hat die Landesregierung von CDU und GRÜNEN die Teilhabe für
938 viele Menschen erheblich verschlechtert: Im Bereich der Inklusion wurden z.B. die Mittel für die
939 berufliche Inklusion, die Agentur Barrierefrei und die Mittel für die Gleichstellung von Menschen
940 mit Behinderungen massiv gekürzt, teilweise über 50%!

941 Als Linke streiten wir für ein selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderung und viele
942 andere Menschen, die von Teilhabe ausgeschlossen sind, weil sie arm sind, alt oder jung, eine
943 andere Religion, Hautfarbe, ein anderes Geschlecht oder eine andere geschlechtliche
944 Orientierung haben. Wir treten entschieden ein für eine vielfältige Gesellschaft.

945 Dazu gehören:

- 946 - Die barrierefreie, inklusive, gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe an der
947 Gesellschaft
- 948 - Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und des Ergebnisses der
949 Staatenprüfung in Genf

950 Denn Teilhabe an der Gesellschaft und deren gleichberechtigte Gestaltung sind ein
951 Menschenrecht.

952 Was wir dafür brauchen, ist ein echtes Teilhabekonzept, nicht einen halbherzigen „Aktionsplan
953 NRW inklusiv“, das

- 954 - bauliche, kommunikative, rechtliche, administrative und soziale Barrieren überwindet,
- 955 - gleiche Bedingungen für Menschen mit und ohne Behinderungen schafft.

956 Dafür muss ein umfassender Inklusionsplan erarbeitet werden, ausgestattet mit ausreichend
957 personellen und finanziellen Ressourcen und danach konsequent umgesetzt werden

958 **Inklusion ermöglichen, Sondereinrichtungen abschaffen oder umwandeln**

959 Die Linke kämpft für das Recht aller Menschen auf volle Teilhabe und ein gutes Leben. Das
960 schließt inklusive Bildung, reguläre Arbeit und selbstbestimmtes Wohnen in der Gemeinde
961 ebenso ein wie barrierefreie Teilhabe an Erholung, Kultur, Freizeitaktivitäten, Reisen und Sport.

962 Alle Sondereinrichtungen, in denen Menschen mit Behinderungen ausgegrenzt werden, müssen
963 nach und nach abgeschafft oder umgewandelt werden. Dies gilt für Förderschulen, Werkstätten
964 sowie Wohnheime für Menschen mit Behinderungen. Stattdessen muss es in der Regelschule,
965 dem 1. Arbeitsmarkt oder im Wohnbereich genug Assistenz, Barrierefreiheit und ein
966 barrierefreies Umfeld geben, damit selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderungen
967 möglich ist. Dazu gehört auch ein neuer Blick auf Lernziele und Arbeit: Es geht um Teilhabe und
968 nicht um höchstmögliche Leistung.

969 Barrierefreiheit ist eine Voraussetzung für Inklusion. Eine inklusive Gesellschaft schließt alle
970 Menschen ein, ob mit oder ohne Behinderungen. So profitieren von den Aufzügen in den
971 Bahnhöfen zu den Bahnsteigen Menschen mit kleinen Kindern, Menschen mit viel Gepäck,
972 Senioren:innen, Fahrradfahrer:innen und Menschen mit Behinderungen. Mit barrierefreier
973 Sprache z. B. können alle Menschen eher und selbstständiger ihre Rechte kennenlernen und
974 durchsetzen wie z. B. ihre Rente beantragen.

975 **Wir fordern deshalb für unsere Kreise, Städte und Gemeinden in NRW:**

- 976 - Erarbeitung und Erstellung eines Inklusionsplanes unter breiter Beteiligung der
977 Selbsthilfegruppen und -organisationen der Menschen mit Behinderungen und ohne
978 Behinderungen gleichermaßen
- 979 - Schulung von Mitarbeiter:innen der Stadtverwaltung und offensive Information der
980 Verwaltung zum persönlichen Budget, damit Menschen mit Behinderung selbstbestimmt
981 wohnen, leben, lernen und arbeiten können
- 982 - Unterstützung von Initiativen und Förderung von öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen,
983 um auf allen Ebenen der Gesellschaft einschließlich der Familie, das Verständnis für
984 Menschen mit Behinderung zu erhöhen und die Achtung ihrer Rechte und ihrer Würde
985 zu fördern
- 986 - umfassende Barrierefreiheit bei Wahlen (Wahllokal, Wahlverfahren, Wahlmaterialien z.B.
987 Wahlschablonen für Sehbehinderte und Blinde, Wahleinrichtungen)
- 988 - Bildung von Behindertenbeiräten in allen Kommunen, deren Mitglieder von den
989 Betroffenen demokratisch gewählt werden und die Rederecht und Antragsrechte in den
990 Räten und Ausschüssen haben
- 991 - Ernennung einer/s Inklusionsbeauftragte(n) in jeder Kommune; diese(r) soll u. a.
992 Ansprechpartner*in für alle Bezugsgruppen sein
- 993 - Die Einrichtung von Inklusionsbüros, in denen Inklusionsbeauftragte, Migrations-
994 Senioren-, und Gleichstellungsbeauftragte gemeinsam für die Teilhabe aller Menschen
995 zusammenarbeiten können

996 **Bauen, Wohnen und Verkehr:**

- 997 - flächendeckende aufsuchende Wohnraumberatung für Senior:innen und Menschen mit
998 Behinderungen, zum barrierefreien Umbau der Wohnung und der Förderung dafür damit
999 sie die Möglichkeit haben, länger und selbstständig zu Hause zu wohnen.
- 1000 - systematische Überprüfung der öffentlichen Gebäude auf Barrierefreiheit unter
1001 Einbeziehung der Selbsthilfeorganisationen von Menschen mit Behinderungen

- 1002 - Der Neubau sowie die Sanierung von kommunalen Gebäuden müssen ohne Ausnahme
- 1003 barrierefrei geschehen. Dazu soll verpflichtend die Agentur Barrierefrei NRW
- 1004 eingeschaltet werden
- 1005 - Ausstattung der öffentlichen Gebäude und der kulturellen Einrichtungen mit Höranlagen
- 1006 und optischen Signalen in Aufzügen und für Notfälle
- 1007 - flächendeckender Ausbau von Leitsystemen für blinde und sehbehinderte Menschen im
- 1008 ganzen öffentlichen Raum
- 1009 - Ausstattung des ÖPNV sowie der Haltestellen mit Sprachausgabe
- 1010 - verbindlicher Ausbau der Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs in Richtung
- 1011 Barrierefreiheit mit Zeitplan und ausgestattet mit den notwendigen finanziellen Mitteln
- 1012 - Umrüstung der Fahrzeuge des ÖPNV in Richtung Barrierefreiheit
- 1013 - Erstellung eines kommunalen Stadtplanes zu barrierefreien Einrichtungen und
- 1014 Dienstleistungen
- 1015 - Schulung der Fahrer:innen des ÖPNV zum Umgang mit älteren Menschen und Menschen
- 1016 mit Behinderungen

1017 **Bildung, Kultur und Arbeit:**

- 1018 - Förderung der Inklusion in Kitas und Schulen durch bessere Sach- und
- 1019 Personalausstattung
- 1020 - Stadtbibliotheken barrierefrei ausbauen und bedarfsgerecht mit barrierefreien Medien
- 1021 ausstatten, z. B. Bücher in Großschrift, Hörbücher, Bücher in Leichter und Einfacher
- 1022 Sprache, Brailleschrift und in anderen Sprachen
- 1023 - Barrierefreiheit bei Kulturveranstaltungen und in kulturellen Einrichtungen
- 1024 - Schaffung von mehr Arbeits- und Ausbildungsplätzen und Inklusionsabteilungen für
- 1025 Menschen mit Behinderungen in in den kommunalen Verwaltungen und Unternehmen
- 1026 - Vergabe von kommunalen Aufträgen und des Catering von Schulen und öffentlichen
- 1027 Einrichtungen an Inklusionsbetriebe
- 1028 - Förderung eines inklusiven Arbeitsmarktes durch die kommunalen Jobcenter

1029 **Gesundheit und Pflege:**

- 1030 - „Daheim statt im Heim“ – diese Forderung ist umzusetzen durch eine Förderung des
- 1031 barrierefreien und sozialen Wohnungsneu- und -umbaus bei den kommunalen
- 1032 Wohnungsbaugesellschaften
- 1033 - Aufstockung des Personals der Heimaufsicht, auch um die Einhaltung von
- 1034 Gewaltschutzkonzepten zu überprüfen
- 1035 - Erstellen einer kommunalen Karte von barrierefreien Gesundheitseinrichtungen (z. B.
- 1036 Arzt- und Physiopraxen, Apotheken, Hebammen, Krankenhäuser)

1037 **Beratung, Kommunikation und Information:**

- 1038 - Es ist eine barrierefreie und transparente Verwaltung zu schaffen – vom Formular über
- 1039 die Webseite bis zum Gebäude
- 1040 - Beratungsangebote in Leichter Sprache
- 1041 - Sämtliche von der Kommune zur Verfügung gestellten Dienste müssen barrierefrei sein.
- 1042 - Alle Schriftstücke der Verwaltung sind auch in Leichter und Einfacher Sprache und als
- 1043 Audiodatei herauszugeben, damit alle Bürger*innen ohne Hilfe ihre Leistungen erhalten
- 1044 können.

- 1045 - Alle Sitzungen der kommunalen Gremien und die Sitzungsunterlagen müssen
- 1046 barrierefrei sein, einschließlich Gebärdensprachdolmetschen
- 1047 - Auflistung und Veröffentlichung aller barrierefreien Beratungsangebote (EUTB,
- 1048 Rechtsanwälte usw.)

1049 **Thema: Kinder- und Jugendpolitik**

1050 **Städte und Gemeinden fit machen für die nächste Generation**

1051 Wir möchten, dass alle Kinder und Jugendlichen in den Städten und Gemeinden Nordrhein-
1052 Westfalens gut und sicher aufwachsen können. Ein gerechter Zugang zu Bildung schon von klein
1053 auf ist eine der wichtigsten Voraussetzungen zum Abbau sozialer Ungleichheit. Obwohl die
1054 Landesverfassung jedem Kind und Jugendlichen Würde und Schutz vor Gefahren zusichert und
1055 nach seinen Bedürfnissen Förderung verspricht, ist die Situation fast im gesamten Bereich der
1056 Kinder- und Jugendhilfe katastrophal.

1057 **Jedem Kind einen Kita-Platz**

1058 Der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung kann in unseren Städten und Gemeinden vielfach nicht
1059 gewährleistet werden. Noch immer müssen einige Eltern den Platz für ihr Kind erst einklagen.
1060 Das Problem des Personalmangels bekommt die Landesregierung seit Jahren nicht in den Griff.
1061 Immer öfter müssen die Kitas deshalb ihr Angebot einschränken. Wir brauchen also dringend
1062 weitere Maßnahmen des Landes zur Überwindung des Personalmangels. Dazu gehören auch
1063 intelligente Konzepte der Kommunen, um die Arbeitsbedingungen für das bestehende Personal
1064 zu verbessern. Wir fordern, dass im Bereich aller Jugendämter Nordrhein-Westfalens die
1065 Beschäftigten so unterstützt werden, dass sie ihren Beruf auch langfristig gerne und gesund
1066 ausüben können. Kitas sind keine Verwahranstalten, während die Eltern mit etwas anderem
1067 beschäftigt sind, sondern wichtige Orte des sozialen Zusammenlebens und des frühkindlichen
1068 Lernens, denn das beginnt nicht erst in der Grundschule. Sie müssen unserer Überzeugung nach
1069 deshalb auch für alle Kinder komplett gebührenfrei sein.

1070 **Kinderarmut wirksam bekämpfen!**

1071 NRW versagt seit Jahren bei der Bekämpfung der Armut von Kindern und Jugendlichen.
1072 Schätzungsweise 800.000 leben unter der Armutsgrenze. Besonders betroffen sind Familien mit
1073 Migrationsgeschichte. In kaum einem anderen hochindustrialisierten Land hängen die Chancen
1074 auf ein erfülltes und selbstbestimmtes Leben so eng mit den finanziellen Verhältnissen im
1075 Elternhaus zusammen. Eine gute soziale Infrastruktur wäre eine wesentliche Voraussetzung, um
1076 den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen gerecht zu werden und ihnen gute
1077 Zukunftsperspektiven zu bieten. Aber daran mangelt es nicht nur, die Landesregierung will in
1078 diesem Bereich sogar drastisch kürzen. Das ist fahrlässig, verschärft die soziale Ungleichheit und
1079 damit die Konflikte im Land.

1080 Die Linke fordert die Rücknahme aller angedrohten Kürzungen im sozialen Bereich. Wir
1081 brauchen nicht weniger, sondern mehr Investitionen in Integration und Teilhabe. Kommunale
1082 Einrichtungen sollten, wo das möglich ist, ganz auf Gebühren für Kinder und Jugendliche
1083 verzichten. Ein diskriminierungsfreier Sozialpass sollte allen berechtigten Familien
1084 unkompliziert ausgegeben werden, mit dem sie freien oder stark ermäßigten Eintritt in Museen,
1085 Schwimmbäder, Theater und andere öffentliche Einrichtungen erhalten. Dazu sollen die Städte
1086 und Gemeinden in NRW zusammenarbeiten und gegenseitig ihre Berechtigungsnachweise
1087 anerkennen.

1088 Wir wollen, dass kein Kind hungrig bleibt. Dazu gehört, dass es in allen Kitas und Schulen ein
1089 kostenloses und gesundes Mittagessen für alle Kinder gibt.

1090 Viele Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche sind privatwirtschaftlich organisiert und
1091 teilweise richtig teuer. Sie schließen damit Kinder aus finanziell benachteiligten Familien aus.
1092 Wir brauchen dagegen nicht weniger, sondern mehr kostenlose Angebote in Kultur, Bildung,
1093 Sport und Freizeit für Kinder und Jugendliche.

1094 **Jedem Kind ein gutes Zuhause**

1095 Die schwierigen Bedingungen der Corona-Jahre, der wirtschaftliche Druck auf die Familien und
1096 gesellschaftliche Spannungen haben zu einer starken Zunahme von häuslicher Gewalt geführt.
1097 Doch die Jugendämter und Schutzeinrichtungen in unseren Städten und Gemeinden sind in
1098 dieser Zeit nicht in entsprechendem Umfang besser ausgestattet worden. Für Kinder, die vor
1099 ihrer eigenen Familie geschützt werden müssen, fehlen in so dramatischer Weise
1100 Unterbringungsmöglichkeiten, dass die Jugendämter oft bundesweit suchen müssen, wo noch
1101 ein guter Platz für ein schutzbedürftiges Kind zu finden ist. Hier muss das Land die Kommunen
1102 dringend stärker unterstützen und dafür sorgen, dass in ausreichender Zahl gute
1103 Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen werden, die diesen besonders schutzbedürftigen
1104 Kindern und Jugendlichen gerecht werden. Wo das noch nicht geschieht, sollten die Jugendämter
1105 enger interkommunal zusammenarbeiten. Zugleich muss sichergestellt bleiben, dass die
1106 Angebote der Kinder- und Jugendhilfe sehr genau auf die Situation in den einzelnen Städten und
1107 Gemeinde zugeschnitten werden.

1108 **Unsere Städte und Gemeinden gehören nicht bloß den Erwachsenen**

1109 Wir wollen, dass sich alle Menschen in unseren Städten und Gemeinden wohlfühlen können,
1110 auch die jüngsten. Dazu gehören Straßen und Wege, die sich nicht bloß am Autoverkehr
1111 orientieren, sondern für alle Verkehrsteilnehmer:innen sicher sind: mit Verkehrsberuhigung,
1112 getrennten Radwegen und weniger Gedränge. Wir wollen weniger Lärm und Feinstaubbelastung,
1113 aber mehr Grün- und Freiflächen und mehr gute Spielplätze. Mittel für Stadtentwicklung müssen
1114 dazu besonders in benachteiligte Sozialräume und ihre Aufwertung fließen.

1115 Nach der UN-Kinderrechtskonvention haben Kinder und Jugendliche das Recht, bei allen
1116 Rechtsverfahren angehört zu werden, die sie unmittelbar betreffen. Ihre Meinung muss nicht
1117 immer das letzte Wort sein, aber doch altersgemäß berücksichtigt werden. Es muss also in
1118 unseren Kreistagen, Stadt- und Gemeinderäten selbstverständlich werden, dass Kinder und
1119 Jugendliche bei sie betreffenden Entscheidungen mit einbezogen werden – und zwar nicht nur in
1120 der Kinder- und Jugendhilfe. Einrichtungen, in denen Jugendliche selbstbestimmt mitwirken
1121 können, müssen besonders gefördert werden. Jugendzentren dürfen nicht der Sparpolitik
1122 geopfert werden.

1123 **Thema: Klimaschutz, Energiewirtschaft, Agrarpolitik, Umwelt- und Tierschutz**

1124 Umwelt und Natur sind wie nie zuvor bedroht. Auch Teile von NRW waren in den vergangenen
1125 Jahren von verheerenden Extremwetterereignissen betroffen. Wir dürfen die Klimakrise weder
1126 leugnen noch vor ihr resignieren. Als Linke wollen wir darum kämpfen, dass unsere Städte und
1127 Gemeinden einen großen Beitrag zum Klimaschutz leisten und zugleich selbst besser auf die
1128 Effekte des Klimawandels vorbereitet sind. Wir ringen dabei um sozial gerechte Lösungen, denn
1129 Klimaschutz, den sich nur Reiche leisten können, spaltet die Gesellschaft und bringt uns alle
1130 nicht weiter. Unsere linke Klimapolitik ist sozial und ökologisch zugleich und orientiert sich am
1131 Pariser Klimaabkommen und dem 1,5-Grad-Ziel. Denn Klima- und Umweltschutz auf
1132 kommunaler Ebene bedeutet für uns, alles zu tun, um Vorsorge für die Folgen des Klimawandels
1133 zu treffen und alles zu tun, um die CO2-Neutralität der Kommunen bis zum Jahr 2035 zu
1134 erreichen.

1135 **Kommunaler Klimaschutz**

1136 Trotz klimapolitischer Rückschläge und Verzögerungen lohnt es sich, gegen die Klimakrise
1137 anzukämpfen. Für besseren Klimaschutz brauchen wir eine kommunale Kreislaufwirtschaft,
1138 Ressourcensparsamkeit und Recyclingkonzepte, sowie eine dezentrale Energieversorgung.

1139 Unsere Ziele sind Klimaneutralität und klimaresilientere Städte und Gemeinden. Damit wir uns
1140 vor den Folgen der Klimakrise schützen und eine komplette Katastrophe noch aufhalten können,
1141 brauchen wir nicht zuletzt die Rekommunalisierung der für die Daseinsvorsorge wichtigen
1142 Konzerne. Klimaschutz braucht die Steuerung der öffentlichen Hand und kann mit
1143 kapitalistischer Profitwirtschaft nicht gelingen.

1144 Mit konsequenter Beteiligung der Einwohner:innen unserer Städte und Gemeinden müssen wir
1145 gemeinsam Pläne entwickeln und umsetzen, die uns vor den Folgen des Klimawandels besser
1146 schützen, dabei zugleich dem Klimawandel entgegenwirken und einen Beitrag zum Umwelt- und
1147 Artenschutz leisten.

1148 Nahezu alle kommunalen Politikfelder betreffen auch den Klimaschutz: Wohnen, Verkehr,
1149 Energieversorgung, die Wirtschaftsförderung, das Grün- und Waldflächenmanagement, und
1150 vieles andere. Wir müssen die betreffenden Politikfelder den Zwecken der Kapitalmehrung und
1151 des kurzfristigen Gewinnstrebens so weit wie möglich entziehen. Wir brauchen ab sofort

- 1152 - Die Rekommunalisierung und die nötige Umstellung auf erneuerbare Energieträger bis
- 1153 2035
- 1154 - Die Erzeugung des Großteils der Energie vor Ort aus regenerativen Quellen
- 1155 - Ein hohes Tempo bei Entwicklung und Bau von Energiespeichern

1156 Wir wollen alle Aspekte eines sozial-ökologischen Umbaus verbinden, hin zu
1157 Gemeinwohlorientierung, kooperativem Wirtschaften und ökologischer Nachhaltigkeit.

1158 **Schutz vor den Folgen des Klimawandels**

1159 Wo dies noch nicht geschehen ist, müssen Städte einen Klimafolgen-Anpassungsplan erarbeiten.
1160 Bestehende Pläne müssen an die beschleunigte Entwicklung der Klimaerwärmung angepasst
1161 werden. Diese Pläne zeigen Möglichkeiten, wie die Durchlüftung der Stadt verbessert,
1162 Frischluftschneisen erhalten oder gegebenenfalls wiederhergestellt werden können, wie mehr
1163 Bäume gepflanzt, Fassaden und Dächer begrünt werden können. Dafür wird ein
1164 Gründachpotential-Kataster angelegt. Gründächer sorgen für bessere Luft und binden Feinstaub.
1165 Sie können zusätzlichen Lebensraum für Vögel und Insekten schaffen.

1166 Gegen Starkregenereignisse müssen Vorkehrungen getroffen werden. Die Bevölkerung muss für
1167 die Gefahren sensibilisiert werden, Starkregengefahrenkarten müssen angelegt werden,
1168 Frühwarnsysteme müssen eingerichtet werden, die Kommunen müssen städtebauliche
1169 Maßnahmen gegen Überflutungen ergreifen. Flächen müssen entsiegelt werden. Fließgewässer
1170 müssen ebenso renaturiert werden wie trockengelegte Feuchtgebiete.

- 1171 - Hitzeinseln werden erfasst und auf das Vorhandensein kritischer Einrichtungen
1172 überprüft, wie z. B. Krankenhäuser, Pflegeheime, Kitas, Schulen, Spielplätze. Maßnahmen
1173 zum Schutz dieser Einrichtungen werden ergriffen.
- 1174 - Bei der Neupflanzung von Bäumen werden heimische, tiefwurzelnde Sorten bevorzugt,
1175 sofern sie auch den veränderten Bedingungen der Klimaerwärmung noch angepasst sind.
- 1176 - Linke Kommunalpolitik setzt sich für die Einrichtung von Baumschutzsatzungen sowie
1177 Baumkatastern in allen Kommunen ein.
- 1178 - Kommunen erstellen Aktionspläne für Hitzewellen.

1179 **Agrarpolitik**

1180 Linke Kommunalpolitik hat zum Ziel, dass Agrarpolitik sozial, ökologisch und am Tierwohl
1181 orientiert ist. Dem Naturschutz und dem Schutz der Artenvielfalt kommt durch die Folgen des
1182 menschengemachten Klimawandels eine besondere Rolle zu.

1183 Was wir tun, um sozialökologische Landwirtschaft zu stärken und die Natur zu schützen:

- 1184 - Große Teile des Grünlands werden derzeit bewirtschaftet. Auf größeren Ackerschlägen
1185 sollen künftig feste Wild- und Insektenschutzstreifen eingerichtet werden. Kommunales
1186 Agrarland soll ökologisch und ohne den Einsatz von synthetischen Pestiziden
1187 bewirtschaftet werden. Nicht verpachtete oder von der Kommune selbst bewirtschaftete
1188 Flächen sollen als Insekten- und Wildschutzraum umgestaltet werden. Bestehende
1189 Pachtverträge sollen in den kommenden zehn Jahren umgestellt oder gekündigt werden,
1190 wo dies möglich ist.
- 1191 - Die Kommune initiiert und unterstützt Projekte der solidarischen Landwirtschaft, wie
1192 auch Möglichkeiten der regionalen und saisonalen Direktvermarktung für Agrarbetriebe
1193 aus der Region.
- 1194 - Linke Kommunalpolitik strebt die Umstellung der Versorgung von allen öffentlichen
1195 Kantinen, Schulen und Kindergärten auf ökologische, saisonal und regional erzeugte
1196 Nahrungsmittel an.
- 1197 - Kommunale Wälder werden erhalten und als standortangepasste Mischwälder naturnah
1198 bewirtschaftet. Teile der städtischen Wälder sollen nicht bewirtschaftet, sondern der
1199 Natur überlassen werden.
- 1200 - Verkehrsinseln und das verkehrsbegleitende Grün werden so gestaltet, dass sie als
1201 Reproduktionsstätten für Biodiversität dienen können, Flugkorridore für Insekten und
1202 Leitsysteme für Kleintiere müssen geschaffen werden. Unnötige Lichtemissionen müssen
1203 vermieden werden.
- 1204 - Die Kommune wirkt der zunehmenden Versiegelung in privaten Gärten durch geeignete
1205 Satzungen entgegen und ergreift Maßnahmen, um Schottergärten zu identifizieren und
1206 ihre Entsiegelung zu erreichen.

1207 **Energiepolitik**

1208 Linke Energiepolitik auf kommunaler Ebene braucht eine sozialökologische Wende. Eine sichere,
1209 nachhaltige, von Importen unabhängige und für alle bezahlbare Energieversorgung ist das Ziel

1210 unserer Politik. Die Versorgung der Einwohner:innen mit Energie gehört in die öffentliche Hand
1211 und darf nicht profitorientiert sein.

1212 Wie eine sozialökologische Energiewende aussieht:

- 1213 - Linke Kommunalpolitik fordert bezahlbaren Strom und bezahlbare Heizenergie für alle.
1214 Den Zugang zu Energie zu ermöglichen, ist eine grundlegende Aufgabe staatlicher
1215 Daseinsvorsorge. Daher fordern wir einen Strom-Sozialtarif für einkommensschwache
1216 Einwohner:innen, um den wachsenden Ungleichheiten bei der Energieversorgung
1217 entgegenzuwirken und das Recht auf Strom für alle zu verwirklichen. Wir wehren uns
1218 gegen Stromabschaltungen bei Zahlungsrückständen durch die Energieversorger.
- 1219 - Die örtlichen Stromnetze und der örtliche Energieversorger gehören in die öffentliche
1220 Hand. Stadt oder Kreis sollen über Energiegenossenschaften oder ihre eigenen
1221 Stadtwerke Ökostromprojekte entwickeln. Sie sollen einen Plan entwickeln, wie sie bis
1222 zum Jahr 2030 ausschließlich hochwertigen Ökostrom anbieten können. Öffentliche
1223 Gebäude von Kreisen und Kommunen sollen schon heute mit hochwertigem Ökostrom
1224 des eigenen Energieversorgers versorgt werden.
- 1225 - Kommunen und Kreise sollen Aktienpakete von Unternehmen, deren Geschäftsfeld die
1226 Extraktion, Verarbeitung und der Vertrieb fossiler Energieträger (Mineralöl-, Erdgas- und
1227 Kohleindustrie) oder die Atomwirtschaft ist, abstoßen.
- 1228 - Städte und Kreise erarbeiten verbindliche Handlungsziele für die CO₂-Reduktion und
1229 den Ausbau regenerativer Energien, wie auch einen Maßnahmenkatalog dazu. Ziel ist, die
1230 Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 in den Kommunen zu erreichen. Die örtlichen CO₂-
1231 Emissionen werden ermittelt und ihre Entwicklung jährlich fortgeschrieben. Für diese
1232 Aufgaben wird in der Verwaltung eine eigene Stelle mit ausreichenden Mitteln und
1233 personeller Ausstattung geschaffen.
- 1234 - Die Sanierung des alten Gebäudebestandes wird mit einer Sanierungsrate von
1235 mindestens fünf Prozent pro Jahr vorangetrieben.
- 1236 - Neue städtische Gebäude werden mindestens nach Effizienzstandard KfW 55, mit einer
1237 Photovoltaikanlage und – wo immer möglich – gleichzeitig mit einem begrünten Dach
1238 gebaut.
- 1239 - Ziel kommunaler Politik muss die Ausstattung aller geeigneten Dächer mit
1240 Photovoltaikanlagen sein. Kommunen erstellen, wo noch nicht vorhanden, ein
1241 Solardachpotential-Kataster. Sie verfolgen das Ziel, Solaranlagen auf allen geeigneten
1242 Dächern städtischer Gebäude einzurichten. Einzelpersonen und
1243 Energiegenossenschaften werden dazu ermutigt, Solaranlagen auf städtischen Dächern
1244 zu bauen. Insbesondere ist es aber die Aufgabe des städtischen Energieversorgers,
1245 Solaranlagen in der Stadt zu errichten. Beim Verkauf städtischer Grundstücke und im
1246 Rahmen von vorhabenbezogenen Bebauungsplänen werden private Bauherr:innen durch
1247 städtebauliche Verträge zur Errichtung von Photovoltaikanlagen verpflichtet. Eine
1248 generelle Verpflichtung zur Errichtung von Photovoltaikanlagen bei Neubauten sollte
1249 angestrebt werden.

1250 Im Wärmeplanungsgesetz des Bundes ist geregelt, dass in Kommunen mit mehr als 100.000
1251 Einwohner:innen bis zum Juni 2026 ein Wärmeplan erstellt werden muss. Für Gemeindegebiete
1252 mit bis zu 100.000 Einwohnern ist dafür Zeit bis zum 30. Juni 2028. Als Linke setzen wir uns
1253 dafür ein, dass diese sozial verträglich gestaltet ist.

1254 Wohnen und Bauen sind für 40 Prozent der Treibhausgase in Deutschland verantwortlich. Eine
1255 Wärmewende ist unerlässlicher Bestandteil von Klimapolitik: Gebäude müssen saniert,
1256 Heizungen umgestellt werden. Das darf nicht zu einer zusätzlichen Belastung für Mieter*innen
1257 und Eigenheimbesitzer*innen mit niedrigen und mittleren Einkommen führen. Eine warme
1258 Wohnung für alle muss bezahlbar sein. Mieter*innen können ihre Heizungen nicht wechseln,
1259 deshalb lehnen wir CO2-Preise im Wärmebereich ab.

1260 Das Heizungsgesetz der Ampel hat die Gesellschaft gespalten, weil es die Sorgen der Menschen
1261 ignoriert hat. Es ist unsozial und torpediert die Klimaziele im Gebäudesektor. Wir wollen die
1262 Leute nicht allein lassen: Keine Normalverdiener*in darf durch Klimaschutz finanziell
1263 mehrbelastet werden. Es braucht flächendeckende Beratungsangebote mit
1264 Sanierungsbeauftragten für alle sanierungsbedürftigen Häuser. Es braucht eine kommunale
1265 Wärmeplanung mit Beteiligung der Bürger*innen, Mieter*innen- und Umweltverbänden.

1266 Wir fordern eine Investitionsoffensive in energetische Sanierungen und Heizungstausch auf
1267 Bundesebene in Höhe von 25 Milliarden Euro pro Jahr. Beim Heizungstausch wollen wir die
1268 Förderung für Zusatzkosten nach Einkommen staffeln: Menschen mit niedrigen Einkommen
1269 kriegen den Heizungstausch mit bis zu 100% bezahlt, Menschen mit mittleren Einkommen
1270 anteilig gestaffelt. Für einen Einpersonenhaushalt wollen wir bei einem Jahreseinkommen von
1271 30.000 Euro zum Beispiel 82% der Kosten, bei einem Einkommen von 60.000 Euro 42% der
1272 Kosten erstatten, inklusive dem Tausch der Heizkörper, wenn dieser technisch notwendig ist.
1273 Ergänzend fordern wir vergünstigte Kredite der KfW, so dass Mehrkosten fürs Heizen vermieden
1274 werden können, da Investitionskosten für effiziente Heizungen so zu günstigen Konditionen
1275 gestreckt werden können. Spitzenverdiener*innen mit einem Einkommen von 250.000 Euro
1276 aufwärts müssen die Sanierung ihrer Luxusvillen selbst bezahlen.

1277 **Natur- und Artenschutz als kommunale Aufgaben**

1278 In NRW sind 25 Prozent der heimischen Arten bedroht, darunter nun auch der Igel. In unseren
1279 Städten und Kreisen setzen wir uns für mehr Natur- und Artenschutz ein. Besonders das
1280 Insektensterben muss aufgehalten werden.

1281 Zur Schaffung von mehr Lebensräumen soll jede Kommune ein integriertes Programm zum
1282 Schutz und zur Erweiterung von Lebensräumen für bedrohte Arten entwickeln. Dazu gehört
1283 unter anderem:

- 1284 - In Hausgärten, auf öffentlichen Flächen und in Naturschutzgebieten dürfen keine
1285 Pestizide eingesetzt werden.
- 1286 - Die Landwirtschaft muss insekten- und vogelfreundlich werden.
- 1287 - Bestehende Biotop müssen verbunden werden.
- 1288 - Die Verkehrspolitik in Kommunen und Kreisen muss sichere Verkehrswege für
1289 wandernde Arten anbieten.
- 1290 - Die Lichtverschmutzung muss zurückgeführt werden.
- 1291 - Bereits in NRW ausgestorbene Arten, darunter auch Beutegreifer wie der Wolf oder der
1292 Luchs, müssen wieder angesiedelt werden.
- 1293 - Die Ausbreitung invasiver Arten, wie des Goldschakals, der Asiatischen Hornisse etc.
1294 muss in ihren Auswirkungen auf die Lebensräume einheimischer, bedrohter Arten
1295 beobachtet und bewertet werden.

1296 **Tierschutzpolitik**

- 1297 Seitdem 2013 durch die Novellierung des Tierschutzgesetzes der Tierschutz zum Staatsziel
1298 erklärt wurde, hat sich für die Tierwelt nicht wirklich viel verbessert. Die Tierwelt insgesamt –
1299 insbesondere die sogenannten Nutztiere – werden bisher weiterhin der Vermarktung und dem
1300 Profitstreben unterworfen.
- 1301 Linke Politik kann mit geeigneten Maßnahmen auf kommunaler Ebene gegensteuern. Der
1302 Schutzauftrag des Staates beschränkt sich nicht nur auf den Menschen. Wir wollen natürliche
1303 Lebensgrundlagen erhalten und Landschaften renaturieren. Wir wollen Schinderei und
1304 quälereisiche Haltungsformen beenden und wissen doch, dass keine Gefangenschaft jemals zu 100
1305 Prozent artgerecht sein kann. Wir wollen, dass der respektvolle Umgang mit Tieren erlernt und
1306 praktiziert wird. Statt weiter zunehmender Konzentration von Nahrungsmittelproduktion
1307 müssen regionale Kreisläufe für agrarwirtschaftliche Güter gefördert werden.
- 1308 Wir sprechen Tieren das Recht auf eine natürliche, artgerechte Existenz zu, unabhängig von
1309 ihrem Nutzwert. Im Einzelnen heißt Tierschutz für Linke Kommunalpolitik:
- 1310 - keine Genehmigung von Zirkusgastspielen mit Tieren inkl. Ponykarussells auf
 - 1311 Volksfesten
 - 1312 - Stärkung von Tierschutzorganisationen in den Kommunen
 - 1313 - Ausbau der Kontrollen durch die Veterinärmedizin
 - 1314 - soziale Staffelung der Hundesteuer
 - 1315 - kommunale Kastrationspflicht für freilaufende Katzen
 - 1316 - Ausweitung der Finanzmittel für örtliche Tierheime durch Übernahme der realen Kosten
 - 1317 - Erstellung eines Stadtaubenkonzeptes
 - 1318 - keine Erweiterungsgenehmigungen von Mastanlagen und Schlachtfabriken
 - 1319 - Reptilienbörsen verbieten
 - 1320 - Zoos müssen verpflichtet werden, Tiere artgerecht unterzubringen, anderenfalls ist die
 - 1321 Haltung nicht zu genehmigen.
 - 1322 - Delphinarien sind zu schließen.
 - 1323 - Silvesterböllerei dem Tier- und Umweltschutz unterordnen

1324 **Thema: Kulturpolitik**

1325 **Kunst und Kultur für Alle**

1326 Die Zusammensetzung unserer Gesellschaft ist im Wandel begriffen und bietet uns einen
1327 breiten Zugang zur Vielfalt der Menschen und ihren Kulturen, die es zu entdecken gilt. Die
1328 Vielfalt von Kunst und Kultur, die wir persönlich und unsere Mitbürger:innen mit
1329 internationaler Familiengeschichte mitbringen, prägen unser Zusammenleben und
1330 verändern es. Diese Vielfalt ist für Die Linke im Rahmen ihrer Kommunalpolitik ein
1331 bedeutender Bestandteil. Wir nutzen hierbei, dass der Kulturauftrag des Landes NRW und
1332 seiner Kommunen nach Art.18 der Landesverfassung NRW-Verfassungsrang genießt.

1333 **Bedeutung von Kultureinrichtungen und Orte der Erinnerungskultur in Städten und**
1334 **Gemeinden**

1335 Öffentliche Kulturförderung wird wie viele Leistungen der allgemeinen Daseinsvorsorge in
1336 den Städten und auch in ländlichen Gemeinden zusammengestrichen, obwohl Kultur sich
1337 besonders und unmittelbar auf die Lebensqualität auswirkt. Bibliotheken, Musikschulen,
1338 Theater, Konzerthäuser, Tanzbühnen und Museen müssen mit immer knapper werdenden
1339 finanziellen Mitteln auskommen. Daran ändert auch das vom Land verabschiedete
1340 Kulturfördergesetz wenig. Daher ist es eine wichtige Aufgabe linker Kommunalpolitik, in den
1341 Stadt- und Gemeinderäten auf die Bedeutung von Kunst und Kultur für den Zusammenhalt
1342 der Gesellschaft zu verweisen und die erforderlichen finanziellen Mittel zu fordern.

1343 Kultur bestimmt die Art, wie wir leben, unseren privaten Alltag bis zum sozialen Miteinander
1344 im öffentlichen Raum, bestimmt die Gestalt unserer Städte und unsere Vorstellung von
1345 menschlichem Leben, bestimmt, was wir hören, sehen, fühlen und schmecken. Kunst
1346 bedeutet Schönheit, Wahrheit, den Erhalt und die Verwirklichung menschlichen Daseins.
1347 Kunst ist frei und darf nicht politisch instrumentalisiert werden.

1348 Die Aufgabe von Kulturpolitik geht aber darüber hinaus. Sie ist eine Querschnittsaufgabe, die
1349 Stadtplanungs- und Integrationspolitik, Bildungs- und Jugendpolitik, Sozial- und
1350 Wirtschaftspolitik gleichermaßen betrifft. Sie ist dem Erhalt der schöpferischen Leistungen,
1351 aber auch dem Erhalt des Gedächtnisses der Menschheit, den Archiven, Zentren der
1352 Erinnerungskultur und Gedenkstätten verpflichtet. Kulturpolitik muss darauf ausgerichtet
1353 sein, die Menschen von heute zu ermächtigen, ihre Leben, ihre Gewohnheiten und ihre
1354 Zukunft selbst zu gestalten. Der Förderung von Soziokultur, selbstverwalteten Bürger:innen-
1355 und Jugendzentren, der eigenen kulturellen Betätigung von Laien, von der Herstellung von
1356 Kleidung über Malen und Singen sowie Erzählen der eigenen Geschichte bis zur
1357 Theaterarbeit muss ein breiter Raum und eine große finanzielle Unterstützung gewährt
1358 werden.

1359 **Finanzierung von Kunst und Kultur im öffentlichen Raum**

1360 Die Kommunen erhalten über eine Schlüsselzuweisung Steuermittel für die kulturellen
1361 Aufgaben. Diese Zuweisungen sind zumeist unzureichend, um die vielfältigen kulturellen
1362 Aufgaben zu finanzieren. Die Mittel, die unsere Städte und Gemeinden für Kultur aufwenden,
1363 sind zudem höchst unterschiedlich. Insbesondere die Kommunen, die dem sogenannten
1364 Stärkungspaktgesetz unterliegen, können leider nur wenig Geld für Kultur ausgeben, weil die
1365 zur Verfügung stehenden Finanzmittel in den Schuldenabbau geleitet werden. So kann
1366 kreative Vielfalt nur begrenzt gelebt werden und der kulturelle Verfassungsauftrag des

1367 Landes NRW wird unterlaufen. Auch hier zeigt sich besonders die Wichtigkeit der von uns
1368 seit Jahren geforderte Altschuldenentlastung der Kommunen im Land.

1369 **Die Linke fordert:**

- 1370 - Sichere Finanzierung von Kultureinrichtungen generell.
- 1371 - Ausbau von Kulturangeboten in den Stadtteilen, auf dem Land und besonders an Orten
- 1372 wo der Zugang zu Theater, Konzerten und Ausstellungen nicht selbstverständlich ist.
- 1373 - Institutionelle und somit planbare Förderung von Künstler*innen und
- 1374 Kultureinrichtungen, statt der aufwendigen und unsicheren Projektförderung.
- 1375 - Kommunale Beratungsangebote zur Weiterentwicklung von Kulturprojekten und ihrer
- 1376 Finanzierung.
- 1377 - Sicherung und Erhalt öffentlicher Bibliotheken, Theater, Archive, Museen und städtischer
- 1378 Musikschulen
- 1379 - Bereitstellung von Ausstellungs- und Proberäumen für die freie Szene (Nutzung von
- 1380 Leerständen)
- 1381 - Schaffung von Ausstellungsflächen für die freien Künstler*innen
- 1382 - Sicherung der kommunalen Zuschüsse, für örtliche Kunst- und Kulturvereine
- 1383 - Förderung und Pflege der Orte der Erinnerungskultur und Unterstützung von Initiativen,
- 1384 die sich aktiv mit Erinnerungskultur auseinandersetzen.
- 1385 - Bereitstellung von Freiflächen für Graffiti
- 1386 - Wir regen die Lenkung von Spenden für den Kulturbetrieb in den Kommunen an und
- 1387 fordern sie auf entsprechende Sponsorenmodelle anzubieten und zu bewerben.

1388 **Kulturschaffende absichern**

1389 Der überwiegende Teil der Menschen, die beruflich im Kulturbetrieb tätig sind und keine
1390 Festanstellung in einem der öffentlichen Kulturbetriebe haben, arbeitet unter prekären
1391 Bedingungen. Ihre Kulturbegeisterung geht zumeist mit Selbstaussbeutung und einer breiten
1392 Palette von Nebentätigkeiten einher, um ihren Lebensunterhalt annähernd zu sichern.

1393 Achtzig Prozent der Tätigen im Kultursektor sind weiblich, wobei auch in diesem Arbeitsfeld
1394 die leitenden Positionen überwiegend von Männern besetzt sind. Menschen mit einem
1395 internationalen Familienhintergrund sind auch in den Führungspositionen der
1396 Kultureinrichtungen weit unterrepräsentiert, obwohl gerade sie besonders zur kulturellen
1397 Vielfalt und kulturellen Entwicklung beitragen könnten.

1398 **Die Linke setzt sich ein für:**

- 1399 - Die Sicherung und Tarifbindung der Arbeitsverhältnisse in Kulturbetrieben.
- 1400 - Die Festanstellung von Künstler*innen an Schulen, Musikschulen und Volkshochschulen,
- 1401 zumal die Rechtslage Honorarverträge nur noch sehr begrenzt zulässt.
- 1402 - Die geschlechtergerechte Besetzung von Stellen im Kultursektor und auch in diesem
- 1403 Arbeitsfeld fordern wir gleichen Lohn für gleiche Arbeit für Frauen und Männern.

1404 **Kulturelle Teilhabe ist mehr!**

1405 Teilhaben an Kultur heißt nicht nur preiswerte Theater- oder Konzertkarten, ermäßigte
1406 Gebühren für Volkshochschulkurse oder die kostenfreie Nutzung der öffentlichen Bibliothek.
1407 Teilhabe an Kultur beinhaltet auch, selbst aktiv werden zu können, sein eigenes kreatives
1408 Potential zu entdecken und entwickeln zu können, unabhängig von Bildung und Einkommen.

1409 Der Zugang zu Kunst und Kultur ist individuell unterschiedlich. Finanzielle Hindernisse
1410 sowie soziale und bildungsmäßige Unterschiede existieren weiterhin.

1411 Kulturelle Bildung beginnt in den Kindertagesstätten, findet im Schulalltag statt und
1412 begleitet uns in der Erwachsenenbildung und erweitert unseren Blickwinkel im Besonderen
1413 mit vielfältigen Kulturangeboten. Sie bietet einen wesentlichen Beitrag zur Persönlichkeits-
1414 entwicklung. Kulturelle Angebote müssen für Menschen aller Altersgruppen zugänglich sein
1415 – unabhängig von ihrer sozialen Lage, einer Beeinträchtigung oder ihrer ethnischen
1416 Herkunft.

1417 **LINKE Kommunalpolitik fordert:**

- 1418 - freie Zugänglichkeit zu Museen und Ausstellungen als Träger öffentlichen Kulturgutes
- 1419 - freien Eintritt in öffentlichen Kultureinrichtungen wie Theater und Konzerthallen für
1420 Leistungsbezieher:innen (SGB II, SGB XII, Schüler:innen, Student:innen und
1421 Rentner:innen)
- 1422 - Ausbau der öffentlichen und freien musische Förderung von Kindern von
1423 Leistungsbezieher*innen über das Bildungs- und Teilhabepaket.

1424 **Kultur ist und bleibt ein lebendiger und politischer Bestandteil unsers Lebens!**

1425 Die Linke wird im Rahmen der öffentlichen Finanzpolitik in den Gemeinden, den Städten und
1426 im Land, neben der zentralen sozialen Frage immer auch die Förderung kultureller Vielfalt
1427 und ihre Teilhabe zum Wohle aller Menschen im Focus behalten.

1428 **Thema: Ländlicher Raum**

1429 **Für einen lebenswerten ländlichen Raum**

1430 In den Kleinstädten und Dörfern in Nordrhein-Westfalen fehlt eine gute Anbindung an das
1431 öffentliche Verkehrsnetz, Gesundheitsversorgung, Einkaufsmöglichkeiten, Schulen und Kitas,
1432 Kultur- und Sportstätten. Dezentrale Ortsteile und Dörfer werden so zu reinen Schlafstätten, die
1433 man fast nur verlässt, um zur Arbeit, zur Schule, zur Ärzt:in, zum Einkaufen, Kino, Theater oder
1434 zum Sport zu fahren.

1435 Die Linke setzt sich für gleichwertige Lebensverhältnisse in der Stadt und auf dem Land ein. Die
1436 öffentliche Hand muss in die Infrastruktur der Kommunen massiv und nachhaltig investieren.
1437 NRW braucht einen Masterplan für einen lebenswerten ländlichen Raum, welcher sich lokal
1438 angepasst an den Bedürfnissen der Menschen orientiert, für ausreichende Versorgung und eine
1439 gesunde Natur sorgt.

1440 Wir wollen, dass Menschen in jeder Gemeinde gut und bezahlbar wohnen können. Menschen
1441 werden ins Umland vertrieben, weil sie in den Kleinstädten keine bezahlbaren Wohnungen
1442 finden.

1443 Entsprechend ist das Recht auf Mobilität hier von besonderer Bedeutung. Auf dem Land fehlt
1444 eine gute Anbindung an den ÖPNV. Alle Dörfer und Ortsteile müssen gut getaktete Buslinien
1445 bekommen. Mit mehr Linienbussen, Bedarfs- und Bürger:innenbussen ergänzt durch
1446 Sammeltaxi-Angebote in der Nacht soll auf ein vollumfängliches Mobilitätsangebot hingearbeitet
1447 werden. Stillgelegte Bahnstrecken wollen wir reaktivieren und das Regionalzugsystem
1448 erweitern, um das Leben auf dem Land mit dem Arbeiten in der Stadt besser vereinbaren zu
1449 können. Wir fordern den Ausbau sicherer Radwege und Abstellplätze. Der Ausbau der Radwege
1450 scheitert oft am Landerwerb, hier sind Enteignungen zu prüfen. Mobilitätshubs sollen Bahnhöfe,
1451 Haltestellen, Carsharing und Fahrradvermietung vernetzen.

1452 Im ländlichen Raum in NRW ist die verarbeitende Industrie stark. Damit das so bleibt, treten wir
1453 für einen ökologisch-sozialen Umbau, öffentliche Beteiligung und mehr Mitbestimmung ein. Wir
1454 treten ein für die Sicherung lokaler Arbeitsplätze, die Unterstützung nachhaltiger Industrien, des
1455 Handwerks, ökologisch nachhaltiger Landwirtschaft und regionaler Wirtschaftskreisläufe.

1456 Monokultur, Gülle und Pestizide gefährden Mensch und Natur. Agrarkonzerne zerstören
1457 bäuerliche Strukturen. Es sollen kreiseigene Stellen zur Kontrolle der anfallenden Gülle
1458 geschaffen werden, damit eine Grundwasserverseuchung mit Nitrat verhindert wird. Zur Pflege
1459 und ökologisch nachhaltigen Aufforstung der strapazierten Wälder benötigen wir doppelt so viel
1460 Personal in den Forstämtern, die in der Fläche erhalten werden müssen.

1461 Für alle Menschen müssen Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf fußläufig in der Nähe
1462 zur Verfügung stehen. Der Einzelhandel muss wieder angesiedelt werden. Solidarische Dorfläden
1463 müssen gefördert werden.

1464 Ein flächendeckendes schnelles Mobilfunknetz und Internetanschluss müssen für alle Haushalte
1465 und Unternehmen zur Verfügung stehen. Der Ausbau muss vorangetrieben werden.

1466 Die gesundheitliche Versorgung in der Fläche ist mangelhaft und wird durch die aktuelle
1467 Krankenhausreform noch mehr gefährdet. Die Versorgung mit Hausärzt:innen wird immer
1468 dünner und die Wege zu Fachärzt:innen und ins Krankenhaus immer weiter. Die Menschen
1469 brauchen allerorten gute Versorgung mit Gesundheit, Pflege, Therapeut:innen, Ärzt:innen und
1470 Krankenhäusern. Dies muss durch die öffentliche Hand sichergestellt sein. Im Notfall ist der

1471 Rettungsdienst ist in NRW oft zu spät - besonders auf dem Land. Notärzt:innen, Feuerwehr und
1472 Polizei müssen schneller vor Ort sein.

1473 Wir wollen öffentliche Grundschulen, Kitas und Jugendzentren in jedem Ort erhalten oder
1474 schaffen. Es gibt kaum Gesamtschulen auf dem Land und viele Kinder bekommen keinen Platz.
1475 Die Linke fordert den Rechtsanspruch auf einen Gesamtschulplatz.

1476 Freizeit-, Kultur-, Sport- und gastronomische Angebote müssen erhalten, ausgebaut und
1477 gefördert werden. Die Linke tritt für die öffentliche Unterstützung von lokalen Kulturzentren,
1478 Jugendzentren, kleiner Kinos und Theater sowie Räumen für Veranstaltungen und Konzerte ein.
1479 Kommunikationszentren in allen Ortsteilen und Dörfern sind sicherzustellen.

1480 **Wir wollen:**

- 1481 - eine flächendeckende Versorgung mit Gesundheit, Pflege, Therapeut:innen, Ärzt:innen
- 1482 und Krankenhäusern
- 1483 - von den Landkreisen betriebene Gesundheitszentren mit fest angestellten Ärzt:innen
- 1484 - dass, Feuerwehr und Rettungsdienst schneller am Einsatzort sind
- 1485 - massiver Ausbau des ÖPNV auf dem Land
- 1486 - ausreichend bezahlbaren Wohnraum
- 1487 - Grundschulen und ausreichend Gesamtschulplätze vor Ort

1488

1489 **Thema Migrationspolitik**

1490 **Migration und Flucht: Integration sozial und menschlich angehen**

1491 Das Rheinland und Westfalen sind seit über 100 Jahren Einwanderungsregionen für arbeits- und
1492 schutzsuchende Menschen. Sie alle sind uns willkommen, und es ist unsere Pflicht, ein sicherer
1493 Hafen für diese Menschen zu sein und ihnen die Chance auf vollständige Integration zu bieten.

1494 Als Linke stehen wir für eine solidarische Integrationspolitik, die Menschenrechte achtet und
1495 Diskriminierung entgegentritt.

1496 Die Linke ist inzwischen die einzige Partei im Bundestag, die das Recht auf Asyl konsequent
1497 verteidigt. Wir bleiben dem Grundsatz treu: Kein Mensch ist illegal!

1498 Statt auf Ausgrenzung und Abschottung setzen wir auf Investitionen in Integration durch
1499 inklusive Bildung und gute Arbeitsplätze. In unseren Kommunen gibt es nicht zu viele
1500 Eingewanderte, sondern zu wenig bezahlbaren Wohnraum, zu schlecht ausgestattete Schulen
1501 und Kitas, zu wenig Ärzt:innen und Pfleger:innen. Mehrsprachigkeit von Menschen sehen wir als
1502 Chance statt als Problem. Die Rechte von Geflüchteten stellen wir nicht gegen die Rechte der
1503 schon lange hier lebenden Menschen.

1504 Wir wollen Migrant:innen-Selbsthilfeorganisationen und Integrationsräte in die politischen
1505 Entscheidungen auf kommunaler Ebene einbeziehen.

1506 **Wir fordern für eine gelungene Integration:**

- 1507 - Kommunen müssen dem Bündnis „Städte sicherer Häfen“ beitreten. Kommunen müssen
1508 Geflüchtete dezentral und menschenwürdig unterbringen. Kommunal angebundene
1509 Antidiskriminierungsstellen müssen geschaffen werden. Geflüchteten und
1510 Einwander:innen aus anderen EU-Staaten muss sofort nach ihrer Ankunft ermöglicht
1511 werden, Sprach- und Integrationskurse zu absolvieren
1512 - Willkommens- und Intensivklassen müssen ausgebaut werden. Ausländische Bildungs-
1513 und Berufsabschlüsse müssen schneller anerkannt werden.

1514 **Gleiche soziale und politische Rechte für alle**

1515 Mehr als zwei Millionen Menschen in NRW verfügen nicht über einen deutschen Pass. Um für
1516 langjährig hier lebende Migrant:innen gleiche Rechte und Aufenthaltssicherheit zu schaffen,
1517 bedarf es deshalb deutlicher Einbürgerungserleichterungen. Statt Sonderregelungen und Erlasse
1518 gegen Migrant:innen fordern wir die volle rechtliche Gleichstellung durch erleichterte
1519 Einbürgerung und das Wahlrecht für alle Menschen, die hier dauerhaft leben. Ergänzt werden
1520 muss eine solche Politik durch einen konsequenten Ausbau des Diskriminierungsschutzes auf
1521 allen Ebenen.

1522 **Wir wollen**

- 1523 - kommunale Unterstützung bei der Beantragung von Doppel- und
1524 Mehrfachstaatsangehörigkeiten erleichtern
1525 - sozialräumliche Integrationsarbeit als ein zentraler Bestandteil der Stadtentwicklung
1526 - Beratungsstellen zur Heranführung von Neuzugewanderten an die sozialen
1527 Regelsysteme und zur Arbeitsmarktintegration: mit herkunftssprachlichen Berater:innen
1528 - Bleiberechtsregelung für geduldete und illegalisierte Menschen
1529 - Schaffung von kommunal angebotenen Antidiskriminierungsstellen
1530 - Förderung der Selbstorganisationen von Migrant:innen

- 1531 - Gleichstellung der Integrationsräte mit anderen Ausschüssen
- 1532 - kommunale Finanzierung von Dolmetscher:innen für alle Behördengänge
- 1533 - Einbeziehung von Migranten:innen-Selbsthilfeorganisationen in die Entscheidungen und
- 1534 die Politik der Kommunen

1535 **Für menschenwürdige Unterbringung**

1536 Die Unterbringung von zugewiesenen Asylsuchenden und Geduldeten auf kommunaler Ebene
 1537 liegt in der Zuständigkeit der Kommunen. Obwohl die Unterbringung in Wohnungen nicht nur
 1538 menschenwürdiger, sondern fast immer auch günstiger ist als in Sammelunterkünften, sieht das
 1539 Asylgesetz aktuell vor, dass Asylsuchende in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften
 1540 untergebracht werden sollen. Häufig bedeutet das: Leben in Mehrbettzimmern ohne
 1541 Rückzugsmöglichkeiten, mit Gemeinschaftsbädern und Gemeinschaftsküchen. Das erzwungene
 1542 Zusammenleben mit vielen fremden Menschen auf engstem Raum ohne Privatsphäre stellt für
 1543 die Betroffenen eine hohe Belastung dar. Solche Wohnverhältnisse erschweren die
 1544 gesellschaftliche Teilhabe und Integration und widersprechen auch den Empfehlungen des
 1545 Sachverständigenrates der Bundesregierung. Daher tritt Die Linke für die dezentrale
 1546 Unterbringung in Wohnungen ein. Wo kommunale Sammelunterkünfte existieren, müssen sie
 1547 möglichst menschenwürdig gestaltet sein.

1548 **Wir wollen**

- 1549 - verbindliche Mindeststandards für die Unterbringung, um den teilweise eklatanten
- 1550 Missständen entgegenzuwirken und Beschwerdestellen, bei denen Verstöße gegen die
- 1551 Standards gemeldet werden können
- 1552 - Ersatz großer Gemeinschaftsunterkünfte durch kleinere Einrichtungen mit abgetrennten
- 1553 Wohneinheiten, die sich in die Wohnumgebung einfügen und nicht als Fremdkörper
- 1554 wirken
- 1555 - menschenrechtskonforme Gestaltung der Hausordnungen, um das Recht auf
- 1556 Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 GG) auch in Gemeinschaftsunterkünften
- 1557 abzusichern
- 1558 - Nutzung aller kommunalen Spielräume für die Unterbringung in Wohnungen, nicht nur
- 1559 bei traumatisierten und besonders schutzbedürftigen Geflüchteten
- 1560 - Abschaffung überhöhter Nutzungsgebühren, die von Bewohner*innen der
- 1561 Gemeinschaftsunterkünfte verlangt werden, sobald sie ein eigenes Einkommen haben
- 1562 - Erstellung von Gewaltschutzkonzepten für kommunale Gemeinschaftsunterkünfte
- 1563 - Bekämpfung von Immobilienhaien, die vor allem mit Schrottimmobilien auf die
- 1564 Ausbeutung von Neuzugewanderten abzielen

1565 **Integration durch Bildung**

1566 Das Erlernen der deutschen Sprache ist eine wichtige Voraussetzung für eine gleichberechtigte
 1567 Teilhabe am Berufsleben, an Bildung und Kultur sowie an gesellschaftlichen und politischen
 1568 Entscheidungsprozessen.

1569 **Wir wollen**

- 1570 - ein Sofortprogramm zur Aus- und Weiterbildung von zusätzlichen Lehrkräften, die
- 1571 Deutsch als Zweitsprache unterrichten, um dem gestiegenen aktuellen Bedarf gerecht
- 1572 werden zu können,
- 1573 - eine bedarfsgerechte Erstausrüstung an Schulen für alle Kinder; Willkommens- bzw.
- 1574 Intensivklassen sind in allen Schularten auszubauen; dies muss mit der Einstellung

- 1575 zusätzlicher Lehrkräfte, die Deutsch als Zweit- oder Fremdsprache unterrichten, sowie
1576 von Schulsozialarbeiter:innen und psychologischen Beratungskräften einhergehen;
1577 geflüchtete Schüler:innen müssen schnellstmöglich in das Regelschulsystem integriert
1578 werden,
1579 - die Schulpflicht für alle Kinder und Jugendliche frühzeitig und unabhängig vom
1580 Aufenthaltsstatus, gleiches gilt für den Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung; die
1581 bestehenden Kapazitäten sind entsprechend noch stärker auszubauen, damit die
1582 Versorgung quantitativ wie qualitativ für alle Kinder verbessert werden kann,
1583 - vermehrte Angebote zum Nachholen eines Schulabschlusses an einer berufsbildenden
1584 Schule auch für Geflüchtete, die nicht mehr der allgemeinen Schulpflicht unterliegen,
1585 - Quereinstiege in die Schul- und Bildungslaufbahn erleichtern,
1586 - allen eingewanderten und geflüchteten Menschen unmittelbar kostenlose Sprachkurse
1587 zur Verfügung stellen,
1588 - Integrationslehrer:innen fest anstellen und fair bezahlen,
1589 - Integrationskurse für Geflüchtete unabhängig vom Aufenthaltsstatus anbieten,
1590 - die Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen erleichtern.

1591 **Bleiberecht**

1592 Die Linke setzt sich dafür ein, dass die Kommune alle rechtlichen Spielräume nutzt, um
1593 Abschiebungen zu verhindern. Die Kommunen sollen ein von den Ausländerbehörden
1594 unabhängiges Beratungsangebot für von Abschiebung bedrohte Einwohner:innen vorhalten.
1595 Insbesondere Abschiebungen in Kriegsgebiete wie Afghanistan stellen schwere
1596 Menschenrechtsverletzungen dar und müssen unbedingt unterlassen werden.

1597 **Integration durch Arbeitsplätze**

1598 Eine schnelle Eingliederung in Arbeit ist ein zentraler Faktor der gesellschaftlichen Integration.
1599 Dies gilt für alle Menschen. Geflüchtete haben durch Arbeitsverbote, Beschränkungen und
1600 Nachrangigkeitsregelungen mit besonderen Restriktionen beim Zugang zum Arbeitsmarkt zu
1601 kämpfen.

1602 **Wir wollen**

- 1603 - anonyme Bewerbungsverfahren für alle Stellen bei kommunalen Arbeitgebern,
- 1604 - Auftragsvergaben nur an Unternehmen, die ebenfalls anonyme Bewerbungsverfahren
1605 durchführen,
- 1606 - Asylsuchenden und EU-Zuwander:innen sofort nach ihrer Ankunft ermöglichen, Deutsch
1607 zu lernen und an einem Integrationskurs teilzunehmen; diesen Teilnahmeanspruch
1608 müssen auch Geduldete, unabhängig vom Duldungsgrund, erhalten,
- 1609 - das Arbeitsverbot für Asylbewerber:innen in den ersten drei Monaten abschaffen; die
1610 Vorrangprüfung bei der Beschäftigung von Asylsuchenden und Geduldeten muss
1611 abgeschafft werden,
- 1612 - Asylsuchenden und Geduldeten in Ausbildung eine Aufenthaltserlaubnis für die gesamte
1613 Dauer der Berufsausbildung gewähren,
- 1614 - interkulturell kompetente Fachkräfte in Bildung, Gesundheitswesen und Behörden,
1615 - die interkulturelle Öffnung und Kompetenzstärkung der Verwaltung.

1616 **Für eine humane Flüchtlingspolitik**

1617 Die Integration von Geflüchteten muss am Tag ihrer Ankunft beginnen.

1618 Wir stellen die Rechte von Geflüchteten nicht gegen die anderer Menschen. Statt uns
1619 gegeneinander ausspielen zu lassen, müssen wir gemeinsam dafür streiten, dass es ALLEN
1620 bessergeht.

1621 Flucht und Verfolgung sind immer auch individuell. Deshalb wehren wir uns gegen das politische
1622 Kalkül, Geflüchtete pauschal und abhängig vom Herkunftsland in jene mit einer angeblich „guten
1623 Bleibeperspektive“ und solche mit einer angeblich „schlechten Bleibeperspektive“ einzuteilen.

1624 Mit der Begründung der „schlechten Bleibeperspektive“ wird vielen Geflüchteten zum Beispiel
1625 der Zugang zu Sprach- und Integrationskursen verweigert. Auch wird ihnen nicht erlaubt, sich
1626 selbst eine Wohnung zu suchen.

1627 Wir lehnen das Konstrukt der angeblich „sicheren Herkunftsstaaten“ ab. Es widerspricht dem als
1628 Individualrecht konzipierten Grundrecht auf Asyl. Es dient dazu, die Rechte und
1629 Widerspruchsfristen von Geflüchteten zu beschneiden, eine fundierte Einzelfallprüfung zu
1630 vermeiden und Asylanträge schneller abzulehnen, um Menschen schneller abschieben zu
1631 können.

1632 **Wir wollen**

- 1633 - eine dauerhafte Aufenthaltsperspektive für alle hier lebenden Menschen ohne deutschen
- 1634 - geflüchteten Roma gleiche Rechte zugestehen wie allen Geflüchteten,
- 1635 - jegliche Abschiebep Praxis beenden,
- 1636 - verbindliche und einklagbare gute Standards für die Unterbringung und Versorgung
- 1637 schutzsuchender Menschen in den Landesunterkünften und Kommunen einführen,
- 1638 - perspektivisch Unterbringung aller Geflüchteten in Wohnungen statt in
- 1639 Massenunterkünften,
- 1640 - Vorrangigkeitsprüfungen in der Kommune aussetzen,
- 1641 - die Versorgung der Betreuungsarbeit für Geflüchtete aus öffentlicher Hand betreiben
- 1642 und finanzieren,
- 1643 - Entscheidungen der Härtefallkommission und des Petitionsausschusses müssen für die
- 1644 Ausländerbehörden verbindlich sein,
- 1645 - die Strukturen der Geflüchteten-Arbeit ausbauen und verstetigen; dafür mehr Personal
- 1646 sowohl in der Verwaltung als auch im Care-Bereich einstellen,
- 1647 - eine:n vom Landtag bestellte:n Geflüchtetenbeauftragte:n ernennen,
- 1648 - den Zugang zu Sozialberatung und weiteren Beratungseinrichtungen gesetzlich
- 1649 verankern,
- 1650 - Pauschalbetrag für die kommunale Betreuung und Beratung von Asylsuchenden,
- 1651 - vollen Zugang zur Gesundheitsversorgung für Geflüchtete ermöglichen,
- 1652 - Unterbringung in Wohnungen statt in Massenunterkünften,
- 1653 - keine Einschränkung der Freizügigkeit von Geflüchteten innerhalb von Nordrhein-
- 1654 Westfalen
- 1655 - Verordnung zur Wohnsitzauflage zurücknehmen,
- 1656 - Gewährung kostenloser Rechtsberatung für Asylsuchende

1657 **Kommunal Verantwortung übernehmen: Sichere Häfen jetzt!**

1658 Die Linke steht ein für solidarische Städte, die angesichts der humanitären Krise an den EU-
1659 Außengrenzen und des Sterbens im Mittelmeer ihren Teil der Verantwortung übernehmen. Seit
1660 der Gründung der internationalen Seebrücke-Bewegung im Juli 2018 haben sich bereits
1661 zahlreiche Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen zu „sicheren Häfen“ erklärt. Sie stellen

1662 sich damit gegen die menschenrechtswidrige Abschottungspolitik der EU, die tausende Tote
1663 fordert. Die Linke unterstützt diese kommunalen Initiativen, die angesichts der humanitären
1664 Krise von der Bundes- und Landesregierung die Möglichkeit einfordern, Nothilfe leisten zu
1665 dürfen – also aus Seenot Gerettete zusätzlich zu den Verteilquoten aufnehmen zu können. Weiter
1666 setzt sich Die Linke dafür ein, dass den Worten auch Taten folgen und dass die Kommunen ein
1667 sicheres Ankommen organisieren.

1668 **Wir wollen**

- 1669 - kommunale Beschlüsse für sichere Häfen, mit denen die Städte und Gemeinden ihre
1670 Unterstützung für die zivile Seenotrettung erklären und Unterbringung von aus Seenot
1671 geretteten Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote anbieten
 - 1672 - Beitritt der Kommune zum Bündnis „Städte sicherer Häfen“, in dem sich die Städte und
1673 Gemeinden für die Gestaltung einer menschenrechtskonformen europäischen
1674 Migrationspolitik einsetzen
- 1675

1676 **Thema: Mobilität**

1677 **Mobilität für alle - vernetzt, emissionsarm, barrierefrei, unentgeltlich.**

1678 Der Verkehrssektor macht rund 20 Prozent der Treibhausgas-Emissionen in Deutschland aus. Er
1679 hat bislang nichts zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes beigetragen. Statt weniger gibt es immer
1680 mehr Autos auf den Straßen. Die Kapitaleigner:innen der Autoindustrie sind eine mächtige
1681 Lobby und möchten die Verkehrswende zu einer reinen Antriebswende ummodellieren, daran richtet
1682 sich die Verkehrspolitik bisher aus.

1683 Statt Wachstum beim motorisierten Individualverkehr brauchen wir eine sozial-ökologische
1684 Mobilitätswende, die alle Menschen mitnimmt und unser Klima schützt. Die Linke will Mobilität
1685 für alle - vernetzt, emissionsarm, barrierefrei, unentgeltlich.

1686 Wir müssen den öffentlichen Raum vom Auto zurück erobern: für den Fußverkehr und mehr
1687 Aufenthaltsqualität auf Straßen und Plätzen, für den Radverkehr, für Bus und Straßenbahn. Wir
1688 setzen auf Verkehrsvermeidung, kurze Wege und klimafreundliche Verkehrsmittel.

1689 Verkehrsplanung muss dazu vom Kopf auf die Füße gestellt werden, ausgehend von den
1690 schwächsten Verkehrsteilnehmenden: von Zufußgehenden, Kindern, Menschen mit Behinderung,
1691 aufsteigend zu Radfahrenden, zu ÖPNV und Motorisiertem Individualverkehr (MIV).

1692 **Schienegebundener ÖPNV als Rückgrat der Verkehrswende**

1693 Rückgrat der Verkehrswende muss der kollektive öffentliche Verkehr auf der Schiene sein. Die
1694 Linke versteht sich als Partei der Schiene. Wir streiten für einen massiven Ausbau des
1695 Schienennetzes, im Nahverkehr ebenso wie im Regional- und Fernverkehr, in der Stadt und auf
1696 dem Land.

1697 Alle Menschen haben ein Recht auf Mobilität und Teilhabe, dies gehört für uns zur
1698 Daseinsfürsorge, die öffentlich organisiert werden muss.

1699 Wir wollen den Nahverkehr vollständig in öffentliche Hand behalten bzw. zurückführen.
1700 Verkehrsbetriebe sollten demokratisch verwaltet und mitbestimmt werden seitens der
1701 Beschäftigten und ihren Gewerkschaften sowie seitens der Nutzer:innen.

1702 Im ländlichen Raum muss die Anbindung an den ÖPNV massiv ausgebaut werden.

1703 Wir fordern:

- 1704 - den Auf- und Ausbau des Schienennetzes. Dabei bevorzugen wir den oberirdischen Bau,
1705 der aus finanziellen und ökologischen Gründen Tunnel-Lösungen vorzuziehen ist.
- 1706 - den (Wieder-)Aufbau von elektrifizierten Straßenbahnnetzen in den Städten, die
1707 vielerorts seit 1945 auch auf Druck der Autoindustrie durch Busse ersetzt wurden oder
1708 gänzlich entfallen sind. In 26 Kommunen in Frankreich ist dies in den letzten 15 Jahren
1709 mit großem Erfolg geschehen.
- 1710 - die Reaktivierung von Schienenbus-Systemen in ländlichen Regionen
- 1711 - Bus- und Bahnspuren sowie Ampelanlagen, die auf den ÖPNV abgestimmt sind.
- 1712 - Taktverdichtung statt längerer Züge
- 1713 - Mehr Fahrpersonal durch gute Arbeit, deutliche Erhöhung der Entgelte und
1714 Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

1715 Personalmangel führt zu vielen Beeinträchtigungen im Bahnverkehr wie im ÖPNV. Die Linke
1716 steht ohne Wenn und Aber solidarisch an der Seite der Beschäftigten im Nahverkehr. Wir
1717 unterstützen vorbehaltlos ihre Gewerkschaften ihre Arbeitskämpfe und fordern zugleich

1718 angemessen bezahlte Tariflöhne für alle Beschäftigten im Verkehrsbereich. Wir begrüßen,
1719 befördern und unterstützen die Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit der
1720 Klimaschutzbewegung.

1721 Wir fordern klimaneutrale Fahrzeuge, die nicht mehr mit fossilen Brennstoffen betrieben
1722 werden. In Oberleitungs- und Batteriebusen nach dem Solinger Modell mit kleinen Akkus, die
1723 sich an den Hauptstrecken an der Oberleitung aufladen und auf den Nebenstrecken ohne
1724 Oberleitung im Akkubetrieb fahren, sehen wir den Antrieb der Zukunft. Besonders sinnvoll ist
1725 dies für Städte, in denen es bereits Oberleitungen von Straßenbahnen gibt.

1726 Zudem setzen wir auf Wasserstoff-/Brennstoffzellentechnologie, wie sie in Bussen in Köln und
1727 Wuppertal eingesetzt wird. Diese Alternative ermöglicht hohe Reichweiten und ist vor allem im
1728 ländlichen und bergigen Bereich sinnvoll. Hier ist über die kommunalen Spitzenverbände auf
1729 eine Verbesserung der Förderrichtlinien für alternative Antriebe hinzuwirken, um die
1730 Förderquoten für andere Antriebsarten auf die Höhe der Förderquote für Elektromobilität zu
1731 erhöhen.

1732 Im ländlichen Raum, in Stadtrandlagen und in Nebenzeiten wollen wir die Einführung von „On-
1733 Demand-Angeboten“ als Ergänzung zum Linienverkehr. Insbesondere im Zuge der zunehmenden
1734 Digitalisierung können so auch dünn besiedelte Regionen mit öffentlichen Verkehrsmitteln
1735 bedient werden.

1736 Mobilität muss erschwinglich für alle sein. Das Deutschlandticket war ein wichtiger Schritt hin
1737 zur Verbilligung und zur Abschaffung des Tarifschungsels. Unser Ziel ist ein steuerfinanzierter,
1738 kostenloser ÖPNV. Als Übergangsschritte dahin fordern wir:

- 1739 - ein 9-Euro-Sozialticket als Deutschlandticket, zumindest aber in den Kommunen
- 1740 - freie Fahrt für Schüler*innen, Auszubildende und Studierende
- 1741 - statt Erhöhung schrittweises Absenken des Preises für das D-Ticket und im Gebiet der
1742 Verkehrsverbände gleiche Mitnahme-Möglichkeiten wie für Abo-Kunden.

1743 **Schienenpersonennahverkehr (SPNV) ausbauen**

1744 Da ein Großteil der Pendler*innen aus dem Umland der Städte kommt, wollen wir das Umland
1745 mit Stadtbahnlinien, mehr Park/Bike&Ride-Plätzen sowie einem verstärkten Angebot an
1746 Schnellbussen an den Knotenpunkten besser an den Nahverkehr anbinden.

1747 Wo immer es möglich ist, sollten Stadtbahnlinien verlängert werden und auch das Umland mit
1748 erschließen, nach dem Vorbild des „Karlsruher Modells“.

1749 Für zentral halten wir die Reaktivierung von regionalen Bahnstrecken. Für NRW sind das 60
1750 Strecken nach wie vor als Bahntrassen gewidmet, mit denen 30 Mittelzentren wieder
1751 Bahnanschluss bekommen können. Das wäre ein Quantensprung für klimafreundlichen
1752 Pendelverkehr.

1753 **Fußgänger:innen**

1754 Fußgänger:innen sind die Verkehrsteilnehmer:innen, welche am häufigsten bei der
1755 Verkehrsplanung vergessen werden – und zugleich die schwächsten. Dabei ist Fußverkehr die
1756 elementare, gesündeste, preiswerteste und klimafreundlichste Art der Fortbewegung. Sie
1757 ermöglicht Begegnungen, Gespräche und Verweilen im öffentlichen Raum – eine wesentliche
1758 Qualität öffentlichen Lebens.

1759 Fußverkehr ist in hohem Maße divers: Alle Altersgruppen einschließlich
1760 mobilitätseingeschränkter und blinder Menschen mit unterschiedlichem Mobilitätsverhalten
1761 bestimmen gutes Leben im öffentlichen Raum.

1762 Daher fordern wir:

- 1763 - Lebenswerte Gestaltung von Plätzen und Straßen durch Bäume, Brunnen beschattete
1764 Bänke und Spielmöglichkeiten, die zum Flanieren, Spielen oder einfach zum Aufenthalt
1765 einladen, nachdem Vorbild der Supberblocs in Barcelona
- 1766 - Innenstädte konsequent autofrei gestalten, Neubaugebiete autoarm planen
- 1767 - Bündelung des Kfz-Verkehrs auf einigen wenigen Straßen.
- 1768 - Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit in der Kommune.
- 1769 - Gehwegbreiten von mindestens 2,50 Meter an allen Straßen.
- 1770 - Eigene Stellen für Fußverkehrsbeauftragte in den Kommunen mit den Aufgaben:
 - 1771 - Durchführung von Fußverkehrschecks in Vierteln
 - 1772 - Prüfung der Stadtentwicklungs-, Verkehrs- und Freiraumplanungen hinsichtlich
1773 der Belange des Fußverkehrs
 - 1774 - Prüfung der Barrierefreiheit für alle Fußgänger*innen, insbesondere auch für
1775 Menschen mit Mobilitätseinschränkungen und Sehbehinderungen, Kinderwagen
 - 1776 - Konzeption und Entwicklung einer gesamtstädtischen Fußverkehrsstrategie,
1777 von kommunalen Fußverkehrsnetzen; Evaluation, Umsetzungskontrolle und
1778 Weiterentwicklung

1779 **Radverkehr**

1780 Das Fahrrad – egal ob mit oder ohne elektrische Verstärkung – ist im Rahmen einer sozial-
1781 ökologischen Mobilitätswende eine zentrale Säule. Das Radfahren ist eine eigenständige
1782 Mobilitätsform und wichtiges Bindeglied zu den anderen Verkehrsmitteln, insbesondere zum
1783 öffentlichen Personennahverkehr. Radfahren ist gesund, emissionsarm und erzeugt kaum Lärm
1784 bei geringerem Platzbedarf an öffentlichem Raum.

1785 Eine optimale Infrastruktur macht das Radfahren attraktiver und sicherer, bringt mehr
1786 Menschen aus dem Auto aufs Rad. Unser Ziel ist es, Fahrradrouten für den Alltag zu schaffen,
1787 damit so viele Wege wie möglich problemlos per Rad erledigt werden können, nach dem Vorbild
1788 des „Kopenhagener Modells“. Durch hochentwickelte Fahrradtechnik sowie die Nutzung
1789 elektrischer Antriebe sind heute wesentlich längere Wege und höhere Lasten möglich.

1790 Daher fordern wir

- 1791 - Die Sanierung vorhandener Radwege, damit sie gut befahrbar, eindeutig gekennzeichnet
1792 und von allen Verkehrsteilnehmer:innen bei allen Sichtverhältnissen eindeutig
1793 erkennbar sind. Radwege müssen sauber, verkehrssicher, gut beleuchtet, im Winter von
1794 Schnee geräumt sein und dürfen nicht fremdgenutzt werden. An größeren Straßen ist
1795 eine bauliche Abgrenzung vom restlichen Straßenverkehr nötig.
- 1796 - Den Ausbau von Radwegenetzen, Fahrradstraßen und Radschnellwege, die miteinander
1797 über Knotenpunkte verbunden werden. Der Straßenraum dafür soll nicht von
1798 Bürgersteigen, sondern von Autospuren genommen werden.
- 1799 - Eigene Ampeln und eigene Ampelphasen, nach Beispiel der „Oberhausener Radwelle“. So
1800 genannte „Fußtritte“ erleichtern das sichere Stehen mit dem Rad an Haltepunkten wie
1801 roten Ampeln oder Stoppschildern und verbessern den Verkehrsfluss.

- 1802 - Öffentliche Verleihsysteme von Rädern, die durch die kommunalen Verkehrsbetriebe
1803 angeboten werden und eine Kombination von ÖPNV-Tarifen mit Leihradangeboten
1804 ermöglichen.
1805 - Mehr Fahrradparkhäuser und Radstationen an den Bahnhaltstellen, mehr
1806 Mobilitätsstationen, auch am Stadtrand, an denen Räder sowie Leihräder kostenfrei
1807 abgestellt werden können.

1808 **Autoverkehr**

1809 Die sozial-ökologische Mobilitätswende kann nur gelingen, wenn wir den motorisierten
1810 Individualverkehr stark begrenzen. Denn in Zeiten der Klimakrise gerät diese Form der
1811 Fortbewegung an ihre Grenzen, auch mit E-Autos. Die autogerechte Stadt ist ein Konzept von
1812 vorgestern.

1813 Wir fordern innerorts 30 Stundenkilometer als Regelgeschwindigkeit. Höhere
1814 Geschwindigkeiten müssen ausdrücklich angeordnet werden (beispielsweise auf großen Ein-
1815 und Ausfallstraßen einer Stadt). Eine Reduktion der erlaubten Geschwindigkeit auf 30 km/h
1816 reduziert die Unfallwahrscheinlichkeit und Unfallfolgen Lärm- und Abgasemissionen drastisch
1817 und ist ein vernünftiger Schritt hin zu mehr Sicherheit für alle am Verkehr beteiligten Personen.

1818 Viele Straßen und Brücken sind sanierungsbedürftig. Darauf sollten die Finanzmittel in diesem
1819 Sektor konzentriert werden. Den Aus- und Neubau von Straßen für den Autoverkehr lehnen wir
1820 ab. Zudem sollten alle Projekte, welche einen zusätzlichen Autoverkehr durch die Städte zur
1821 Folge haben können, mit Blick auf die sozial-ökologische Verkehrswende hinterfragt werden.

1822 Kommunale Fahrzeugflotten sollen verkleinert und von Verbrennungsmotoren auf
1823 klimafreundliche Antriebe umgerüstet werden. Pkw sollen durch Dienstfahrräder ersetzt
1824 werden, wo dies möglich ist. Kommunale Fahrzeugflotten können auch in ein Carsharing-
1825 Angebot eingebracht werden, um auch in kleineren Städten und Gemeinden ohne große
1826 Anschaffungskosten Carsharing-Angebote aufzubauen.

1827 Wir setzen uns ein für eine Reduzierung der in der Stellplatzsatzung vorgeschriebenen
1828 Stellplätze insbesondere bei sozialem Wohnungsbau und in mit dem ÖPNV gut erreichbarer
1829 Lage. Gerade Menschen mit wenig Einkommen verfügen oft über kein eigenes Auto. Hohe
1830 Stellplatzanforderungen bei Neubauprojekten verteuern diese deutlich und stellen so ein
1831 Hindernis für ausreichend bezahlbaren Wohnraum dar.

1832 **Güter- und Lieferverkehr**

1833 Güter sollen vorrangig auf der Schiene und auf den Wasserwegen transportiert werden. Dafür
1834 müssen größere Gewerbegebiete wieder mit Gleisanschlüssen ausgestattet werden, finanziert
1835 durch nach Größe gestaffelten Abgaben der ansässigen Betriebe. Neue, aufkommensstarke
1836 Gewerbegebiete dürfen nur noch mit Gleisanschluss genehmigt werden.

1837 Der Lieferverkehr in den Städten ist in den vergangenen Jahren geradezu explodiert. Vor allem
1838 durch den Aufschwung des Online-Handels, doch auch durch Lieferdienstangebote von lokalen
1839 Märkten sind Staus und verstopfte Straßen durch Liefer-Lkws zum gewohnten Bild geworden.
1840 Im Sinne einer Mobilitätswende muss dieser Lieferverkehr umgedacht werden und Alternativen
1841 zum Lkw-Chaos gefunden werden.

1842 Wir fordern die Einrichtung von Micro-Hubs als innerstädtische Zwischenlager, eine
1843 Auslieferung zum Kunden per Lastenfahrrad sowie weiteren ökologisch vertretbaren
1844 Verkehrsmitteln.

1845 Wir fordern, dass unsere Kommunen nach „bayrischem Vorbild“ alle wieder einen
1846 zentrumsnahen lärmarmen Güterbahnhof bekommen. In Bayern haben die ersten Kommunen
1847 die innerstädtischen Güterbahnhöfe der Deutschen Bahn AG abgekauft, um die ökologische wie
1848 stauvermeidende Versorgung ihrer Stadt und ihrer ortsansässigen Betriebe bis ins Zentrum
1849 weiterhin zu gewährleisten.

1850 **Finanzierungsvorschläge**

1851 Auf Bundesebene wollen wir die Finanzmittel umwidmen, weg vom Auto hin zum öffentlichen
1852 Verkehr. Der Bundesverkehrswegeplan 2030 ist überwiegend auf autozentrierte Projekte
1853 ausgerichtet. Er hat ein Gesamtvolumen von 270 Milliarden Euro, davon 132 Milliarden für das
1854 Auto. Selbst wenn man davon Sanierung und Unterhalt von Straßen abzieht, gibt es noch viel
1855 Steuermilliarden, die zugunsten öffentlicher Verkehre umgeschichtet werden können und
1856 müssen, zum Beispiel die 30 Milliarden Euro für 850 neuen Autobahnkilometer bis 2030.

1857 Auch in den jährlichen Bundeshaushalten finden sich viele direkte und indirekte
1858 Autosubventionen, die der Verkehrswende fehlen. Das Umweltbundesamt kam für das
1859 Haushaltsjahr 2018 auf laufende Steuersubventionen für den Auto- und Flugverkehr von
1860 insgesamt 30 Milliarden Euro.

1861 Auf Landesebene wollen wir die Umwidmung von Finanzmitteln weg vom Straßenneubau und
1862 der unsinnigen Subventionierung defizitärer Regionalflughäfen hin zum öffentlichen Verkehr.

1863 Den Kommunen soll die Erhebung einer Nahverkehrsabgabe von ortsansässigen Betrieben ab
1864 einer bestimmten Größe zum Ausbau des ÖPNV rechtssicher ermöglicht werden.

1865

1866 **Thema: Planungspolitik**

1867 **Lebenswerte soziale Städte und Regionen mit gleichwertigen Lebensbedingungen**

1868 Die Entwicklung von Stadt und Land verläuft sehr unterschiedlich. Während die Großstädten der
1869 Rheinschiene, Münster und Bielefeld stark wachsen, verlieren ländliche Räume in der Peripherie
1870 massiv an Einwohner:innen. Im Raum Köln und Düsseldorf steigen die Mieten rasant,
1871 preiswerter Wohnraum wird zunehmend knapper und der Bestand an Sozialwohnungen ist
1872 aufgrund einer viele Jahre völlig verfehlten Förderpolitik des Landes drastisch gesunken. Im
1873 Raum Höxter und am Niederrhein hingegen stehen Häuser leer.

1874 Auch zwischen den Ballungszentren gibt es große Unterschiede. Die vom Niedergang der
1875 Kohleindustrie und der Rationalisierung der Stahlindustrie geprägten Großstädte im Ruhrgebiet
1876 und im ebenfalls altindustriell geprägten Bergischen Land schrumpften fast 50 Jahre lang. Erst in
1877 den letzten Jahren gibt es wieder Wachstum, vor allem durch Zuwanderung, Geflüchtete und den
1878 Ausbau der Universitäten. Auch hier wird Wohnraum immer knapper, die Mieten steigen
1879 deutlich.

1880 Linke Kommunalpolitik muss diese Unterschiede berücksichtigen und differenzierte Antworten
1881 und Lösungsansätze bieten. Die Linke tritt für eine solidarische Stadtentwicklung ein, für
1882 lebenswerte und lebendige Städte und Regionen für alle. Die Ansiedlung von Unternehmen, der
1883 Wohnungsbau, Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten, öffentliche Einrichtungen und
1884 Einkaufsmöglichkeiten müssen auf die Bedürfnisse aller Einwohner:innen ausgerichtet sein und
1885 dürfen nicht den Profitinteressen von Konzernen, Banken und Investoren untergeordnet werden.

1886 Die Linke hält an dem im Grundgesetz verankerten Grundsatz der Schaffung gleichwertiger
1887 Lebensbedingungen fest. Bundes- und Landespolitik müssen sich daran messen lassen, und der
1888 Landesentwicklungsplan muss darauf ausgerichtet werden.

1889 **Soziale Verwerfungen und Klimakatastrophe erfordern neue, nachhaltige Antworten der**
1890 **Stadtplanung**

1891 Die gesellschaftliche Entwicklung und Fragen wie die Klimakatastrophe stellen die
1892 Stadtentwicklung vor neue Anforderungen. Die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich hat
1893 in den letzten Jahren zugenommen. Die Armut hat sich verfestigt In Großstädten wie Essen gibt
1894 es inzwischen Stadtteile, in denen mehr als 50 Prozent der Kinder als arm gelten, während der
1895 Bezug von Bürgergeld in anderen Stadtteilen kaum eine Rolle spielt. Die Klimakatastrophe wird
1896 die Großstädte in ihren hochversiegelten Kernbereichen teilweise unbewohnbar machen.

1897 Gleichzeitig hat sich die Zusammensetzung der Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten stark
1898 verändert. 2023 hatten 3,23 Mio. Einwohner:innen in NRW einen ausländischen Pass, das ist ein
1899 Anteil von fast 18 Prozent. Insgesamt hat gut ein Drittel der Bevölkerung in NRW einen
1900 Migrationshintergrund. Gleichzeitig wird die Bevölkerung immer älter. Auch hieraus ergeben
1901 sich Aufgaben für die kommunale Planung. Die besonderen Bedürfnisse von Menschen mit
1902 internationaler Familiengeschichte müssen stärker berücksichtigt werden. Barrierefreies
1903 Wohnen und eine gute Erreichbarkeit von Gesundheits- und Freizeiteinrichtungen werden
1904 immer wichtiger.

1905 Die Linke setzt sich für eine soziale Vielfalt in den Stadtteilen und Wohnbezirken ein. Stadtteile
1906 mit sozialen Problemen müssen durch ein Quartiersmanagement unterstützt werden, das ihnen
1907 hilft, soziale Netzwerke aufzubauen. Diese Quartiersarbeit muss dauerhaft gesichert werden. Die

- 1908 Verbesserung des Wohnumfelds darf nicht zu steigenden Mieten und zur Vertreibung von
1909 Bewohner:innen führen.
- 1910 Als Antwort auf die Erhitzung der Städte Müssen mehr Freiflächen erhalten und geschaffen
1911 werden. Wir brauchen mehr Grün. Der Flächenverbrauch und die Versiegelung neuer Flächen
1912 müssen gestoppt werden. Bei der städtischen Bauleitplanung hat der Umbau im Bestand für Die
1913 Linke Vorrang, ebenso die Verdichtung bereits bebauter Flächen, unter Berücksichtigung des
1914 lokalen Freiraumbedarfs und der stadtklimatischen Anforderungen. Die nicht nur im Ruhrgebiet
1915 großen altindustriellen, zum Teil seit Jahrzehnten brach liegenden Flächen bieten hier auch
1916 Chancen: Ein großer Teil des Flächenbedarfs kann hieraus gedeckt werden, sofern Altlasten
1917 entfernt werden. Sie muss vom Land stärker gefördert werden, ebenso ein Grundstücksfonds,
1918 der die Kommunen beim Erwerb und der Transformation brachliegender Flächen unterstützt.
- 1919 Der Einzelhandel muss vor allem angesichts wachsender Probleme mit dem Individualverkehr
1920 eine quartiersnahe Versorgung gewährleisten. Daher lehnt Die Linke Einkaufszentren auf der
1921 „grünen Wiese“ ab. Das Problem der abends „toten“ Innenstädte kann nur durch eine Belebung
1922 des Wohnens und eines breiten Kulturangebots in den Innenstädten gelöst werden – auch wenn
1923 Kaufhäuser und Bürogebäude mehr Rendite versprechen. Mehr Sonntagsöffnungen helfen hier
1924 nicht. Des Weiteren sind stärkere Eingriffsmöglichkeiten der Städte gegen Spekulation nötig.
- 1925 Eine nachhaltige Politik für die soziale und ökologische Transformation kann dabei durchaus an
1926 breiter akzeptierten Vorgaben anknüpfen. Dazu gehören die „Leipziger Erklärung“, vor allem
1927 aber die Nachhaltigkeitsziele der UNO. Diese Ziele, die Sustainable Development Goals (SDGs)
1928 sind eine gute Grundlage zur Steuerung von Transformationsprozessen und umfassen soziale,
1929 integrative, ökonomische, ökologische und demokratische Ziele. Die Linke ist dafür, dass diese
1930 Ziele viel stärker in der Kommunalpolitik umgesetzt werden.
- 1931 Nicht zuletzt ist Die Linke für mehr Beteiligung der Einwohner:innen gerade auch in Fragen der
1932 Stadtplanung und Stadtentwicklung. Viele Großprojekte führen zu Auseinandersetzungen, viele
1933 Bebauungspläne werden beklagt. Ein Mittel dagegen ist eine bessere, über die Regelungen des
1934 Baugesetzbuches hinausgehende Beteiligung vor der Entscheidung über die Planung von
1935 Vorhaben. Bürger:innen-Workshops, gemeinsame offene Diskussions- und Planungsprozesse
1936 können unter dem Strich manchmal sogar Prozesse beschleunigen und Rechtsstreitigkeiten
1937 vermeiden. Verfahren selbst müssen stärker als bisher auf einen Ausgleich der Interessen
1938 ausgerichtet werden und weniger auf die Durchsetzung der Interessen von Investoren.
- 1939 Die Linke fordert:
- 1940 - Erweiterung der Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten bei Flächennutzungsplan- und
1941 Bebauungsplanverfahren
 - 1942 - Einschränkung des Flächenverbrauchs durch Vorrang für Bauen im Bestand und
1943 Innenverdichtung – Begrenzung von Baumaßnahmen im Außenbereich
 - 1944 - Ausloten von Nachverdichtungsmöglichkeiten, besonders in Wachstumsregionen
 - 1945 - Stärkere Unterstützung bei energetischer Sanierung
 - 1946 - Vielfältige Stadtquartiere mit unterschiedlichen soziale Lebenswelten
 - 1947 - Unterstützung von Programmen wie „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau West“
 - 1948 - Ausweitung des Quartiersmanagements in benachteiligten Stadtteilen

- 1949 - Einrichtung von Gestaltungsbeiräten aus unabhängigen Expert:innen, die bei allen
- 1950 größeren Projekten und nach Bedarf beraten
- 1951 - Förderung von Mehrgenerationen-Wohnprojekten und Wohnprojekten für ältere
- 1952 Menschen
- 1953 - Keine Einkaufszentren auf der „grünen Wiese“
- 1954 - Wiederbelebung von Innenstädten durch Kultur- und Wohnprojekte
- 1955 - Nutzung von kommunalen Flächen grundsätzlich durch Erbpacht statt Verkauf
- 1956 - Kommunalen, vom Land NRW und der EU geförderter Bodenfonds insbesondere für die
- 1957 Umwandlung von altindustriellen Flächen zu neuer Nutzung
- 1958 - Anwendung der Nachhaltigkeitsziele SDGs der UNO bei kommunalen Entscheidungen
- 1959 - Förderung des Denkmalschutzes
- 1960 - Entwicklung von Mindeststandards für Infrastruktur im ländlichen Raum

1961 **Für eine demokratische und soziale Regionalentwicklung**

1962 Die wachsenden Gegensätze zwischen Stadt und Land sowie Arm und Reich führen zu einer

1963 stärkeren Bedeutung der regionalen Entwicklung. Kommunale Aufgaben lassen sich oft

1964 innerhalb einer einzelnen Stadt oder eines Landkreises nicht mehr bewältigen. Für die

1965 Daseinsvorsorge, etwa in der Strom-, Gas- und Wasserbereitstellung oder Abfallentsorgung, ist

1966 oft regionale Kooperation erforderlich.

1967 Die Linke sieht in der weiteren Regionalisierung kommunaler Aufgaben einen Weg zur

1968 Überwindung der wachsenden Gegensätze zwischen Stadt und Land und für die Schaffung

1969 gleichwertiger Lebensbedingungen. Die Voraussetzungen für die Entwicklung regionaler

1970 Zusammenarbeit müssen vom Land gestärkt werden.

1971 Die aktuellen Verwaltungsstrukturen in Nordrhein-Westfalen spiegeln diese Entwicklungen

1972 bisher nur unzureichend wider. Wichtige Änderungen gab es nur durch die Stärkung des

1973 Regionalverbandes Ruhr (RVR) und die Bildung der Städteregion Aachen. Für beides hat sie sich

1974 stark gemacht, nicht zuletzt auch für die Direktwahl des „Ruhrparlaments“.

1975 Die Linke stellt sich gegen eine Politik der Standortkonkurrenz und für die Stärkung der

1976 Zusammenarbeit von Kommunen. Die politischen Strukturen und der Zuschnitt der

1977 Mittelinstanzen müssen überprüft und der Entwicklung einer zunehmend vernetzten Region

1978 angepasst werden.

1979 **Für einen lebenswerten ländlichen Raum**

1980 In den ländlichen Regionen wird das Leben auch in NRW zunehmend schwieriger. Die

1981 Infrastruktur ist oft mangelhaft, Kleinstädte verkommen zu schlichten Schlafstädten ohne

1982 ausreichende Infrastruktur. Viele Dörfer leiden unter fehlendem Anschluss an das öffentliche

1983 Verkehrsnetz, wenig Einkaufsmöglichkeiten und schlechtem Zugang zu Gesundheitsversorgung

1984 und kulturellen Angeboten.

1985 Die Linke setzt sich für eine gleichwertige, an den Bedürfnissen der Menschen orientierte und

1986 nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums ein. Eine ausreichende Versorgung vor Ort muss

1987 gewährleistet werden, auch mit Ärzten, Freizeiteinrichtungen und Internet. Eine solche

1988 Infrastruktur muss von den Kommunen gesichert werden. Dabei können auch von den

- 1989 Einwohner:innen getragene Konzepte oder Genossenschaften helfen. Das beinhaltet den
1990 schnellen Ausbau des Internet-Breitbandes, die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung durch
1991 die öffentliche Hand und die Förderung von Kultur-, Sport-, Freizeit- und gastronomischen
1992 Angeboten im ländlichen Raum.
- 1993

1994 **Thema: Queerpolitik**

1995 Die Linke NRW setzt sich konsequent für die Rechte und die Sichtbarkeit queerer Menschen in
1996 allen Lebensbereichen ein. Queerpolitik ist ein zentraler Bestandteil unserer Vision einer
1997 sozialen und gerechten Gesellschaft. Kommunen sind entscheidend, um vor Ort für
1998 Gleichberechtigung, Schutz vor Diskriminierung und Zugang zu Ressourcen zu sorgen. Unser Ziel
1999 ist eine Kommune, in der alle Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder
2000 Geschlechtsidentität ein sicheres und respektiertes Leben führen können.

2001 Unsere Queerpolitik begrenzt sich dabei nicht auf bloße Fragen von Repräsentation. Wir wollen
2002 die soziale Lage queerer Menschen verbessern.

2003 Trotz Fortschritten in der rechtlichen Gleichstellung, beispielsweise durch das
2004 Selbstbestimmungsgesetz, sind queere Menschen wieder verstärkt Diskriminierung und Gewalt
2005 ausgesetzt. Befeuert durch die rechtsextreme AFD greifen auch Parteien wie CDU und FDP
2006 immer häufiger zu queerfeindlicher Rhetorik.

2007 **Wir setzen uns kommunal ein für:**

- 2008 - Kommunale queere Aktionspläne mit verbindlichen Maßnahmen, sowie finanzieller und
2009 personeller Ausstattung. Diese sollen in Zusammenarbeit mit queeren Organisationen,
2010 Beratungsstellen und der Zivilgesellschaft entwickelt werden. Ziel ist es, Maßnahmen zur
2011 Förderung der Gleichberechtigung, zum Schutz vor Diskriminierung und zur Schaffung
2012 von inklusiven Strukturen systematisch in den Kommunen zu verankern.
- 2013 - Einrichtung und finanzielle, wie personelle Absicherung kommunaler Beratungs- und
2014 Antidiskriminierungsstellen.
- 2015 - Queere Mindeststrukturen gerade im ländlichen Raum aufbauen und sichern. Queere
2016 Beratungsstellen, Aidshilfen und Jugendangebote müssen gerade dort mit dem ÖPNV
2017 erreichbar sein.
- 2018 - Förderung von Bildungsprogrammen zur Sensibilisierung. Aufklärung und
2019 Sensibilisierung sind Grundpfeiler für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft. Wir
2020 fordern Programme zur Schulung von Lehrkräften, Behörden und öffentlichen
2021 Einrichtungen, um diskriminierendes Verhalten und Vorurteile abzubauen. Queer
2022 freundliche Schulprojekte und Veranstaltungen in kommunalen Bildungseinrichtungen
2023 sollen finanziell und organisatorisch unterstützt werden.
- 2024 - Eine qualifizierte Weiterbildung von Kontaktstellen und Vertrauenslehrkräften in
2025 Schulen und Berufsschule

2026

2027 **Thema: Senior:innenpolitik**

2028 **Für lebenswerte Kommunen auch im Alter**

2029 Der demographische Wandel erfordert einen Bewusstseinswechsel im Umgang mit kommunaler
2030 Seniorenpolitik, dem Alter und seinen Potentialen. Kommunale Senior:innenpolitik braucht
2031 einen höheren Stellenwert im politischen Alltag.

2032 Kommunale Senior:innenpolitik ist dabei mehr als Daseinsvorsorge und Besuchung von
2033 Alteneinrichtungen. Es geht darum, den Senior:innen umfassende gesellschaftliche und
2034 kulturelle Teilhabe zu ermöglichen und Voraussetzungen zu schaffen, ihre Potentiale und
2035 Lebenserfahrungen gesellschaftlich einzubringen.

2036 Insbesondere geht es auch darum, der weit verbreiteten Einsamkeit entgegenzutreten.

2037 Senior:innenpolitik ist eine Querschnittsaufgabe. In allen Politikbereichen geht es dabei darum,
2038 folgende Punkte zu beachten:

- 2039 1. **Förderung von Teilhabe und Mitbestimmung:** Schaffung von Plattformen, in denen
2040 Senior:innen aktiv in die Planung und Entscheidungsprozesse kommunaler Projekte
2041 einbezogen werden. Dazu gehören regelmäßige Bürgerforen und Workshops.
- 2042 2. **Stärkung der Netzwerke:** Einrichtung von Netzbüros in jeder Kommune, welche
2043 die Zusammenarbeit zwischen sozialen Einrichtungen, Selbsthilfegruppen und
2044 ehrenamtlichen Helfer:innen fördern. Diese Büros sollten als zentrale Anlaufstellen für
2045 Senior:innen dienen.
- 2046 3. **Zugang zu kulturellen und sozialen Angeboten:** Entwicklung von Programmen, die
2047 älteren Menschen den Zugang zu kulturellen und sozialen Aktivitäten erleichtern, z. B.
2048 durch kostenfreie oder vergünstigte Eintrittspreise und spezielle Veranstaltungen.
- 2049 4. **Barrierefreie Infrastruktur:** Verbesserung der baulichen Infrastruktur, um öffentliche
2050 Plätze, Verkehrsmittel und Gebäude barrierefrei zu gestalten, damit Senior:innen
2051 uneingeschränkten Zugang zu allen Lebensbereichen haben.
- 2052 5. **Gemeinschaftliche Wohnprojekte:** Förderung von gemeinschaftlichen Wohnprojekten
2053 und genossenschaftlichem Wohnen, die auf die Bedürfnisse älterer Menschen
2054 ausgerichtet sind und sozialen Zusammenhalt stärken.
- 2055 6. **Stärkung der häuslichen Pflege:** Ausbau von Unterstützungsangeboten für pflegende
2056 Angehörige sowie finanzielle Hilfen für die häusliche Pflege, um die Lebensqualität von
2057 Senior:innen zu verbessern und ihre Selbstständigkeit zu fördern.
- 2058 7. **Bildungsangebote des lebenslangen Lernens:** Einrichtung von Bildungs- und
2059 Fortbildungsprogrammen, die speziell auf die Interessen und Bedürfnisse älterer
2060 Menschen zugeschnitten sind, um lebenslanges Lernen zu ermöglichen.
- 2061 8. **Ehrenamtsförderung:** Förderung von ehrenamtlichem Engagement durch Schulungen,
2062 finanzielle Anreize und Anerkennungsprogramme, um Senior:innen die Möglichkeit zu
2063 geben, sich aktiv in die Gemeinschaft einzubringen.
- 2064 9. **Intergenerationaler Austausch:** Initiativen zur Förderung des Dialogs und der
2065 Zusammenarbeit zwischen Jung und Alt, z. B. durch gemeinsame Projekte,
2066 Veranstaltungen oder Mentor:innenprogramme.

- 2067 **10. Soziale Beratung und Unterstützung:** Ausbau von Beratungsstellen, die Senior:innen in
2068 Fragen der sozialen Sicherheit, Gesundheitsversorgung und finanziellen Unterstützung
2069 umfassend beraten und begleiten.
- 2070 Diese Maßnahmen sollten auf eine inklusive, gerechte und solidarische Gesellschaft abzielen, die
2071 die Potenziale älterer Menschen anerkennt und fördert.
- 2072

2073 **Thema: Sozialpolitik**

2074 **Für ein soziales Miteinander in den Kommunen**

2075 Die soziale Spaltung zwischen Arm und Reich wird immer tiefer, innerhalb der Städte sowie
2076 zwischen Stadt und Land. Während marginalisierte Stadtviertel sowie viele kleinere und mittlere
2077 Städte in strukturschwachen Gebieten von Vernachlässigung und Mangel an sozialer
2078 Infrastruktur geprägt sind, bilden sich andernorts durch Aufwertung und Verdrängung
2079 abgeschottete Wohlstandsinseln (Gentrifizierung). Strukturschwache Regionen leiden unter dem
2080 ersatzlosen Abbau ihrer Industriearbeitsplätze, enormen Kaufkraftverlusten und der
2081 Abwanderung ihrer Bewohner:innen.

2082 In den wachsenden Städten und ihrem Umland ist der Mangel an bezahlbarem Wohnraum für
2083 viele Menschen zu einer existenziellen Frage geworden. Große Teile der Innenstädte werden
2084 privat bewirtschaftet oder befinden sich sogar komplett in Privatbesitz. Viele öffentliche Räume
2085 werden zu Konsumzonen und Sicherheitszonen, oft umrahmt von gesichtsloser Architektur. Für
2086 all jene, die nicht konsumieren wollen oder können, gibt es immer weniger Platz.

2087 Bund und Länder investieren Milliarden in Prestigeobjekte und vernachlässigen gleichzeitig die
2088 Weiterentwicklung attraktiver und lebenswerter Wohnorte. Die Schwächung der öffentlichen
2089 Finanzen, insbesondere in den Kommunen, führt zu Einsparungen bei sozialen Projekten.
2090 Investitionen in die Daseinsvorsorge fehlen.

2091 Doch mit der einseitigen Ausrichtung auf Wirtschaftsförderung, privaten Wohnungsbau und
2092 Quartiersaufwertung sind die falschen Rahmenbedingungen gesetzt worden: Die Chancen des
2093 Stadtumbaus hin zu einer ökologischen, energieeinsparenden und sozialverträglichen Wende
2094 der Stadtentwicklung unter breiter Beteiligung und Mitbestimmung der Bewohner*innen
2095 werden nur ungenügend genutzt. In einigen Projektgebieten ist die Stimmung besser, das
2096 Wohnumfeld baulich schöner geworden, die sozialen Probleme aber sind weitergewachsen.

2097 **Die Linke fordert und unterstützt:**

- 2098 - Die Stärkung der Mitbestimmungsrechte der Einwohner:innen in allen politischen
- 2099 Fragen
- 2100 - Die Selbstorganisation durch bspw. Mieterinitiativen der Einwohner*innen
- 2101 - Die Gewährleistung einer qualitativ hochwertigen Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand;
- 2102 dies gilt für den Verkehr, die soziale Infrastruktur für Kinder, Familien und Senior*innen,
- 2103 Gesundheitsdienste, Beratungsstellen u. v. m.
- 2104 - Den Bau bezahlbarer kommunaler Wohnungen
- 2105 - Die Grundversorgung aller Einwohner*innen in Bezug auf Strom, Heizung, Gas und
- 2106 Wasser muss gewährleistet sein
- 2107 - Die sozialen Sicherungssysteme müssen weiter ausgeweitet werden, um Lücken der
- 2108 sozialen Infrastruktur zu schließen
- 2109 - Eine sozialraumorientierte Politik, welche etwa mit Quartiersmanagement, ÖPNV-
- 2110 Entwicklung und Vernetzung die Lebensbedingungen in Stadtteilen und Quartieren vor
- 2111 Ort müssen verbessert

2112 **Vor Ort in der Kommune gibt es viele Möglichkeiten, sozialer Benachteiligung**
2113 **entgegenzuwirken:**

- 2114 - Die Schaffung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsverhältnisse mit guten Löhnen, von
- 2115 denen Menschen leben können, ohne auf aufstockende Leistungen angewiesen zu sein.

- 2116 - Der Ausbau und die kostenlose Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs, im ersten Schritt
- 2117 zumindest für alle Personen unter 18 Jahren, Schüler*innen, Auszubildende sowie
- 2118 Rentner:innen , Bürgergeld- und Grundsicherungsbezieher:innen
- 2119 - Die Schaffung neuer Angebote schaffen der kommunalen Daseinsvorsorge, wie z. B.
- 2120 kommunale Sozialpässe für Museen, Schwimmbäder und Sozialtarife für Strom und Gas
- 2121 - Die Lehrmittelfreiheit und kostenloses Mittagessen in Tageseinrichtungen und an allen
- 2122 Schulen
- 2123 - Die regelmäßige Erstellung eines Armutsberichts in den Kreisen und kreisfreien Städten
- 2124 durch die öffentliche Hand
- 2125 - Der Erhalt und Ausbau öffentlich finanzierter sozialer Beratungsstellen, z. B.
- 2126 Erwerbslosenzentren, Schuldnerberatungen, AIDS-Hilfen, ambulante Suchthilfe und
- 2127 Schwangerschaftskonflikt-Beratungsstellen sowie Beratungsstellen für Geflüchtete
- 2128 Menschen
- 2129 - Die Stärkung von Bürgerzentren
- 2130 - Die weitere Förderung von Verbraucherschutzzentralen mit einer ausreichenden
- 2131 personellen Ausstattung
- 2132 - Die Ausweitung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Menschen, die von
- 2133 Wohnungs- oder Obdachlosigkeit betroffen sind
- 2134

2135 **Thema: Sportpolitik**

2136 **Sport als Grundlage für Gesundheit, Inklusion und gesellschaftlichen Zusammenhalt**

2137 Sport ist mehr als nur Bewegung – er fördert Gesundheit, stärkt den Gemeinschaftssinn und ist
2138 ein zentraler Bestandteil kultureller Teilhabe. Von der frühkindlichen Bewegungserziehung über
2139 den Schulsport und das Training während der Berufsjahre bis hin zu Angeboten für SeniorInnen:
2140 Sport schafft Begegnung und Entwicklungsmöglichkeiten über alle Lebensphasen hinweg.

2141 Fast 30 % der Menschen in Deutschland sind Mitglied in einem Sportverein, und viele treiben
2142 darüber hinaus regelmäßig Sport. Sportvereine sind in vielen Kommunen Nordrhein-Westfalens
2143 die mitgliederstärksten Gemeinschaften und erfüllen wichtige Aufgaben – von der Förderung
2144 von Toleranz und sozialem Miteinander bis zur Gewaltprävention. Dies unterstreicht den hohen
2145 gesellschaftlichen Wert des Sports.

2146 Die Linke setzt sich für eine inklusive Sportlandschaft ein, die allen Menschen zugänglich ist und
2147 barrierefreie Angebote bietet. Wir wollen Sportangebote für alle Geschlechter und
2148 Altersgruppen. Alle Menschen müssen die Chance erhalten, schwimmen als wichtige
2149 Überlebenstechnik zu erlernen.

2150 Die Linke setzt sich ein für eine gerechte Sportförderung. Denn die Förderung von
2151 Sportangeboten ist wichtig für:

- 2152 - Die Stärkung der Persönlichkeitsentwicklung und des Gemeinschaftssinns,
- 2153 - Die Förderung von Gesundheit und Prävention,
- 2154 - Den Erhalt und Ausbau des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

2155 **Unsere Forderungen für eine solidarische Sportlandschaft:**

2156 1. Stärkung des Ehrenamts: Ehrenamtliches Engagement muss gesellschaftlich
2157 anerkannt und gefördert werden, da es wesentlicher Bestandteil der Sportvereine ist.

2158 2. Förderrichtlinien gemeinsam erarbeiten: Mit den Sportvereinen und Sportbünden
2159 sollen kommunale Förderrichtlinien gestaltet werden, um bedarfsorientierte Förderung zu
2160 gewährleisten.

2161 3. Kommunale Sport- und Schwimmstätten: Öffentliche Sporteinrichtungen wie Hallen,
2162 Plätze und Schwimmbäder müssen erhalten, modernisiert und bei Bedarf erweitert oder neu
2163 gebaut werden.

2164 4. Gemeinnützige Gesundheitszentren: Kommunen sollten Gesundheitszentren fördern
2165 und finanzieren, die allen Menschen zugänglich sind und besonders auch Menschen mit
2166 körperlichen Beeinträchtigungen unterstützen.

2167 **Unsere Ziele für eine gerechte Sportförderung:**

2168 Die Linke fordert eine kommunale Sportpolitik, die:

- 2169 - den kostenlosen Eintritt in Schwimmbäder und vergünstigte Sozialtarife für
2170 Transferleistungsbeziehende sicherstellt,
- 2171 - Nutzungsgebühren für Sportvereine im Breitensport abschafft,
- 2172 - den barrierefreien Zugang zu wohnortnahen Sportstätten für alle gewährleistet,
- 2173 - die Teilhabe von Frauen und Mädchen durch spezifische Angebote wie
2174 Selbstverteidigungskurse fördert,

- 2175 - kommunale Förderung für gemeinnützige Gesundheitszentren schafft, die Menschen jeden
2176 Alters, insbesondere Berufstätige, Senior:innen, Migrantinnen und Menschen mit
2177 Behinderungen erreichen,
2178 - transparente Sportentwicklungs- und Investitionspläne gemeinsam mit Sportvereinen und
2179 -bünden aufstellt,
2180 - Projekte und Vereine mit hohem Anteil an Kindern, Jugendlichen, Migrant:innen und
2181 einkommensschwachen Menschen besonders fördert,
2182 - kommunale Unterstützung bei Förderanträgen an Land und Bund bereitstellt,
2183 - eine „Initiative Vereinssport“ auflegt, um Kindern bei Schuleintritt ein Jahr Mitgliedschaft
2184 im Sportverein zu finanzieren,
2185 - das Ehrenamt wertschätzt und als gesellschaftlich wichtige Arbeit im Rahmen öffentlicher
2186 Maßnahmen fördert; steuerliche Entlastungen für ehrenamtlich Tätige, wie eine
2187 Kilometerpauschale, werden dabei angestrebt,
2188 - den Erhalt und Ausbau von Anlagen für Trendsportarten wie Skaten und Parcours
2189 unterstützt,
2190 - die Förderung von Fanprojekten zur Gewaltprävention sicherstellt und eng mit
2191 Sportvereinen zusammenarbeitet.
2192

2193 **Thema: Wirtschafts- und Finanzpolitik**

2194 **Für eine kommunale Wirtschafts- und Finanzpolitik, die den Menschen dient**

2195 Seit Jahren ist zu beobachten, wie die neoliberale Wirtschaftspolitik auch auf kommunaler Ebene
2196 zunehmend negative Auswirkungen zeigt. Öffentliche Einrichtungen werden geschlossen, die
2197 Infrastruktur verfällt und die Städte und Gemeinden sind mit immer höheren Schulden belastet.

2198 Die Verantwortung für diese Situation liegt bei einer Politik, die den Interessen von Konzernen
2199 und Großinvestor:innen folgt, anstatt die Bedürfnisse der Menschen vor Ort in den Mittelpunkt
2200 zu stellen. Nachdem viele Kommunen jahrelang auf Privatisierung gesetzt haben, ist zwar längst
2201 erwiesen, dass die Privatisierung kommunaler Aufgaben keineswegs bessere Leistungen bringt
2202 und sich in der Regel nur auf dem Rücken der Beschäftigten „rechnet“. Trotzdem nimmt der
2203 Druck zur Privatisierung wieder zu, da die finanziellen Spielräume der Kommunen schrumpfen.

2204 Schon 2023 schätzten 348 der 396 Städte und Gemeinden in NRW ihre finanzielle Lage für 2024
2205 sehr schlecht oder eher schlecht ein und erwarten sogar eine weitere Verschlechterung ihrer
2206 Finanzsituation in den kommenden fünf Jahren. Bereits 2023 konnten nur noch 73 Kommunen
2207 ihren Haushalt strukturell ausgleichen und 2028 werden 240 Kommunen in NRW ihre
2208 finanziellen Reserven völlig aufgebraucht haben, wenn es so weitergeht. Die seit Jahrzehnten
2209 bestehende Praxis der Unterfinanzierung der Kommunen durch das Land und nicht
2210 kompensierter Aufgabenzuweisungen des Bundes muss endlich beendet werden.

2211 Es zeichnet sich zudem ab, dass auf die Städte und Gemeinden durch massive Aufrüstung noch
2212 weitere Einschnitte der öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur zukommen. In dieser
2213 Auseinandersetzung wird die Linke eine starke Gegenstimme sein, die den Zusammenhang von
2214 Aufrüstung und dem Abbau sozialer Infrastruktur benennt.

2215 Solange diese grundlegenden Reformen der kommunalen Finanzierung nicht umgesetzt sind,
2216 beteiligt sich Die Linke nicht an durch angebliche Sachzwänge diktierten Kürzungshaushalten,
2217 auch nicht, um ein Abrutschen in den Nothaushalt zu verhindern. Durch derartige
2218 Anstrengungen der Kommunen wird letztlich nur der Druck auf Land und Bund, endlich zu einer
2219 durchgreifenden Reform der Kommunal Finanzen zu kommen und das Konnexitätsprinzip
2220 einzuhalten, erheblich vermindert

2221 Die Linke fordert einen grundsätzlichen Wandel in der kommunalen Wirtschafts- und
2222 Finanzpolitik. Unser Ziel ist eine Wirtschaft, die den Menschen dient,
2223 sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sichert, den sozialen Zusammenhalt stärkt und
2224 ökologische Nachhaltigkeit gewährleistet. Wir setzen auf solidarische und demokratische
2225 Lösungen, die den öffentlichen Sektor stärken und zugleich eine gerechte Finanzierung
2226 ermöglichen.

2227 **Forderungen der Linken für eine gerechte und nachhaltige kommunale Wirtschafts- und**
2228 **Finanzpolitik:**

2229 1. Soziale und demokratische Wirtschaft

2230 • Die Kommunen sollen eine aktive Rolle in der wirtschaftlichen Entwicklung
2231 übernehmen, wobei der Fokus auf sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit
2232 und demokratischer Mitbestimmung liegt.

2233 • Öffentliche Betriebe, die dem Gemeinwohl dienen, sollen ausgebaut werden,
2234 insbesondere in den Bereichen Energieversorgung, Wohnen und Daseinsvorsorge.

2235 • Die Einschränkungen der Zulässigkeit von wirtschaftlicher Betätigung der Kommunen in
2236 Art. 107 Gemeindeordnung NRW müssen aufgehoben werden.

2237 2. Stärkung der kommunalen Finanzen

2238 • Die Linke fordert eine deutliche Erhöhung des kommunalen Anteils am
2239 Steueraufkommen des Landes NRW von derzeit 23 Prozent auf 28 Prozent, die zu Beginn
2240 der 80er Jahre erreicht wurden.

2241 • Eine Reform der Gewerbesteuer hin zu einer Gemeindegewerbesteuer soll private
2242 Einkünfte in den Kommunen erfassen und zu einer jährlichen Mehreinnahme von 25
2243 Milliarden Euro führen.

2244 • Die Grundsteuer ist neben der Gewerbesteuer die einzige bundeseinheitlich geregelte,
2245 originäre Kommunalsteuer, bei der Städte und Gemeinden über ein eigenständiges
2246 Hebesatzrecht verfügen. Die durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 10.
2247 April 2018 erzwungene Reform der Grundsteuer muss drei Funktionen erfüllen: Erstens
2248 ist die Steuerlast sozial gerecht zu verteilen. Da unter den heutigen Umständen die Frage
2249 des ausreichenden und bezahlbaren Wohnraums eine der wichtigsten sozialen Fragen in
2250 Ballungsgebieten ist, darf eine Reform der Grundsteuer Mieterinnen und Mieter nicht
2251 zusätzlich belasten. Nichtprofitorientierte Wohnungsunternehmen sollen von der
2252 Grundsteuer befreit werden. Zweitens sind Kommunen vor Steuerausfällen zu schützen,
2253 indem die Grundsteuer verfassungsfest ausgestaltet wird. Dabei ist die Souveränität der
2254 Kommunen derart zu gewährleisten, dass sie durch ein kommunales Hebesatzrecht für
2255 eine Aufkommensneutralität der Grundsteuerreform auf Gemeindeebene sorgen können.
2256 Um einen Impuls zur Bekämpfung von Grundstücksspekulation zu setzen, müssen
2257 unbebaute aber baureife Grundstücke bei Bedarf stärker belastet werden. Die
2258 Regelungen in NRW belasten die Wohngrundstücke deutlich stärker als
2259 Geschäftsgrundstücke. Um diese stärkere Belastung von Wohngrundstücke zu
2260 vermeiden, hat das Land NRW per Gesetz den Städten die Möglichkeit gegeben, die
2261 Hebesätze der Grundsteuer B für Wohn- und Geschäftsgrundstücke zu differenzieren.
2262 Für den Fall, dass das Landesmodell mit dem differenzierten Grundsteuerhebesatz vor
2263 Gericht für verfassungswidrig erklärt werden sollte, fordern wir, dass das Land die
2264 möglichen Steuerausfälle der Städte ausgleicht. Darüber hinaus wollen wir die
2265 Umlagefähigkeit der Grundsteuer B im Rahmen der Betriebskostenverordnung aufheben.
2266 Die Grundsteuer B ist bislang voll umlagefähig und wird den Mieter:innen bei den
2267 Mietnebenkosten damit auch voll umfänglich in Rechnung gestellt. Das trifft viele
2268 Menschen, die mit immer weiter erhöhten Mieten zu kämpfen haben und zurecht Sorge
2269 haben vor einem Nebenkosten-Hammer im Zuge der Grundsteueränderungen. Wir
2270 setzen uns dafür ein, dass die Grundsteuer B ausschließlich von den Eigentümer:innen
2271 entrichtet wird.

2272 • Ferner wurde mit der Grundsteuerreform die Grundsteuer C wieder eingeführt. Hierbei
2273 handelt es sich um eine Grundsteueroption der Kommunen für baureife aber noch nicht
2274 bebaute Grundstücke. Die Kommunen haben also die Möglichkeit diesen gesonderten
2275 Hebesatz zu erheben, sind allerdings nicht verpflichtet. Wir unterstützen die Einführung
2276 Grundsteuer C, wird den Kommunen damit doch ermöglicht, im Falle des Mangels an
2277 Bauland dessen spekulativ motivierter Zurückhaltung entgegenzuwirken.

2278 • Steuerpolitik muss gerechter werden: Wir fordern die Einführung einer Millionärssteuer,
2279 die Reform der Erbschaftsteuer sowie eine gerechte Besteuerung von Unternehmen, um
2280 die Kommunen nachhaltig zu finanzieren.

2281 • Das Konnexitätsprinzip einhalten: Bundes- und Landesregierung haben den Kommunen
2282 Aufgaben übertragen, ohne für einen entsprechenden finanziellen Ausgleich zu sorgen.
2283 Das muss sich ändern. Wir fordern: Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen.

2284 • Die Förderprogramme von Land, Bund und EU müssen zumindest für Kommunen in der
2285 Haushaltssicherung zu 100 % ohne Eigenanteil abrufbar sein, leichter zugänglich
2286 gemacht und besser abgestimmt werden. Viele Fördertöpfe können nicht abgerufen
2287 werden, weil die Kommunen mit dem Eigenanteil finanziell und den Formalitäten
2288 personell überfordert sind.

2289 3. Abbau der kommunalen Altschulden

2290 • Die Linke fordert die Einrichtung eines Altschuldenfonds, um die Schulden der
2291 Kommunen zu übernehmen. Dies betrifft insbesondere Regionen, die von
2292 Strukturwandel und Arbeitslosigkeit betroffen sind. Dazu gehören auch die Belastungen,
2293 die den Kommunen durch die Aufnahme von Geflüchteten und Corona-Maßnahmen
2294 entstanden sind, und die bisher in einem Nebenhaushalt ausgelagert wurden.

2295 • Der Bund und das Land müssen Verantwortung übernehmen und gemeinsam mit
2296 den Kommunen die notwendige finanzielle Entlastung leisten, um zukünftige
2297 Investitionen zu ermöglichen.

2298 4. Investitionen in Infrastruktur und Daseinsvorsorge

2299 • Es müssen endlich ausreichende Mittel für Investitionen in Schulen, Kitas, Straßen,
2300 öffentlichem Nahverkehr und Wohnraum bereitgestellt werden. Bund und Land NRW
2301 dürfen die Kommunen nicht allein lassen. Dabei tritt Die Linke für eine Ausweitung
2302 allgemeiner, nicht zweckgebundener Zuweisungen an die Kommunen ein.

2303 • Rekommunalisierungen privatisierter öffentlicher Einrichtungen wie Stadtwerke und
2304 Wohnungsbaugesellschaften müssen erfolgen, um sie wieder dem Gemeinwohl
2305 zugänglich zu machen.

2306 • Städte und Kreise haben wichtige Funktionen im Bereich der Wirtschaftsförderung, sei
2307 es bei der Ansiedlung von Unternehmen oder der Bereitstellung von Grundstücken und
2308 Infrastruktur. Mit diesen Strukturen, die die Privatwirtschaft selber nicht schaffen kann,
2309 müssen sie sorgsam umgehen. Eine konsequente Bodenpolitik soll verhindern, dass
2310 öffentlicher Grund und Boden in private Hände gelangt. Nutzungsrechte für
2311 Gewerbeflächen sollen grundsätzlich im Erbbaurecht vergeben werden.

2312 5. Stärkung der kommunalen Wirtschaft und des Gemeinwohls

2313 • Die Förderung von genossenschaftlichen Betrieben und die Schaffung kommunaler
2314 Eigenbetriebe sollen den Städten und Gemeinden wirtschaftliche Autonomie und soziale
2315 Verantwortung ermöglichen.

2316 • Kommunale Unternehmen sollen nicht nur wirtschaftlich erfolgreich sein, sondern auch
2317 soziale Verantwortung übernehmen, etwa durch die Bereitstellung von bezahlbarem
2318 Wohnraum und ökologisch nachhaltigen Produkten.

2319 6. Verantwortung für den sozialen Zusammenhalt

2320 • Gute Arbeit in der öffentlichen Verwaltung: Kommunale Betriebe sollen als Vorbilder für
2321 faire Bezahlung, Mitbestimmung und eine integrative Arbeitskultur dienen.

2322 7. Öffentliche Daseinsvorsorge als gesellschaftliche Aufgabe

2323 • Privatisierungen müssen rückgängig gemacht werden, da eine öffentliche
2324 Daseinsvorsorge im besten Interesse der Bevölkerung liegt.

2325 • Kommunale Unternehmen sollen demokratisch kontrolliert werden, indem die
2326 relevanten gesellschaftlichen Gruppen in die Entscheidungsprozesse eingebunden
2327 werden.

2328 **Für eine gerechte Zukunft in den Kommunen**

2329 Die von der Linken vorgeschlagene Wirtschafts- und Finanzpolitik für die Kommunen zielt
2330 darauf ab, die soziale, wirtschaftliche und ökologische Zukunft vor Ort aktiv zu gestalten. Es geht
2331 um den Aufbau einer gerechten Gesellschaft, in der die Kommunen als starke Akteure in einer
2332 solidarischen und nachhaltigen Wirtschaft wirken. Dies erfordert nicht nur Investitionen und
2333 eine gerechte Steuerpolitik, sondern auch eine konsequente Neuausrichtung hin zu einer
2334 kommunalen Wirtschaft, die den Bedürfnissen aller Menschen dient.

2335

2336 **Thema: Wohnen**

2337 Wir wollen eine Wohnpolitik, die allen das Recht auf Wohnen garantiert und die sich nicht am
2338 Markt orientiert, sondern an den Bedürfnissen der Menschen. Die nicht auf Profite aus ist,
2339 sondern auf das Gemeinwohl.

2340 Das Recht auf Wohnen bedeutet mehr als ein Dach über dem Kopf. Wir wollen Städte, Dörfer und
2341 Stadtteile, die lebenswert sind und wo sich jede:r das Wohnen leisten kann. Wir wollen, dass
2342 niemand Angst haben muss um seine Wohnung.

2343 **Wohnen ist ein Menschenrecht**

2344 Auch in NRW wird Wohnen immer teurer. Gerade in den großen Städten steigen die Mieten
2345 weiter und weiter, ohne dass sich Löhne und Sozialleistungen diesem anpassen. Aber auch in den
2346 umliegenden Landkreisen gibt es kaum noch bezahlbare Wohnungen oder Baugrundstücke. Es
2347 wird immer schwieriger, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Besonders Familien müssen
2348 dadurch mit viel zu wenig Platz auskommen.

2349 Über Mieten wird Reichtum von unten nach oben verteilt wird. Ärmere Menschen müssen ihre
2350 Miete zahlen, sonst droht ihnen die Obdachlosigkeit, während Reiche leistungslos und nur durch
2351 Eigentum ihr Vermögen weiter und weiter vergrößern können.

2352 Durch die Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit und die Privatisierung großer
2353 Wohnungsbestände sind bundes- und landespolitisch viele Entscheidungen getroffen worden,
2354 die sich nun negativ in den Kommunen auswirken. Ganze Viertel gehören gewinnorientierten
2355 und börsennotierten Wohnungskonzernen, welche die Mieten weiter und weiter anheben, aber
2356 anstatt die Häuser zu sanieren das Geld an ihre Aktionär:innen ausschütten.
2357 Nebenkostenabrechnungen sind oft falsch und völlig überteuert.

2358 **Die Häuser denen, die drin wohnen**

2359 Als Linke stehen wir an der Seite der Mieter:innen. Wir unterstützen Initiativen wie „Deutsche
2360 Wohnen & Co enteignen“. Nur durch die Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne und
2361 einen großen Bestand in öffentlicher Hand können wir langfristig günstige Mieten und gute
2362 Wohnbedingungen garantieren und dabei auch Mieter:innen Mitbestimmung ermöglichen.

2363 Auch wenn dies nicht in kommunaler Verantwortung liegt, können wir in den Kommunen an
2364 vielen Stellen die Situation für die Mieter:innen verbessern.

2365 **Mieter:innen stärken**

2366 Immer mehr Mieter:innen setzen sich gegen Mietenwahnsinn und Verdrängung zur Wehr, immer
2367 mehr organisieren sich in Mieterinitiativen, um gemeinsam gegen die Wohnungsnot zu kämpfen.
2368 Wir als die Linke solidarisieren uns mit ihnen und unterstützen sie, wo wir nur können.

2369 Wir wollen einen wirksamen Mietendeckel in allen Kommunen. Der Preis für Wohnen darf sich
2370 nicht an völlig überdrehten Marktpreisen orientieren, sondern muss an die tatsächlichen Kosten
2371 angepasst sein. Das Land muss in viel mehr Kommunen den Wohnungsmarkt als angespannt
2372 anerkennen.

2373 Der Mietspiegel führt dazu, dass Mieten weiter und weiter steigen. Durch eine Anpassung an den
2374 Mietspiegel können Mieterhöhungen durchgeführt werden, die wiederum dafür sorgen, dass der
2375 Mietspiegel steigt. Eine Spirale nach oben. Trotzdem wollen wir als Linke auf kommunaler Ebene
2376 einen qualifizierten Mietspiegel, um Mieter:innen vor Willkür zu schützen. Er muss sich dafür an
2377 den Bestandsmieten orientieren und nicht an den neu abgeschlossen Mietverträgen.

2378

2379 **Die Linke fordert:**

2380 - Mietendeckel

2381 - Mietspiegel, die sich an den Bestandsmieten orientieren

2382 - Ausweitung und Unterstützung von Beratungsangeboten

2383 - Zahlung von Mitgliedsbeiträgen von Mietvereinen durch die Jobcenter und Sozialämter

2384 **Grundsteuer**

2385 Die Grundsteuer ist neben der Gewerbesteuer die einzige bundeseinheitlich geregelte, originäre
2386 Kommunalsteuer, bei der Städte und Gemeinden über ein eigenständiges Hebesatzrecht
2387 verfügen. Die durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 10. April 2018 gebotene
2388 Reform der Grundsteuer muss drei Funktionen erfüllen: Erstens ist die Steuerlast sozial gerecht
2389 zu verteilen. Da unter den heutigen Umständen die Frage des ausreichenden und bezahlbaren
2390 Wohnraums eine der wichtigsten sozialen Fragen in Ballungsgebieten ist, darf eine Reform der
2391 Grundsteuer Mieterinnen und Mieter nicht zusätzlich belasten. Nichtprofitorientierte
2392 Wohnungsunternehmen sollen von der Grundsteuer befreit werden. Zweitens sind Kommunen
2393 vor Steuerausfällen zu schützen, indem die Grundsteuer verfassungsfest ausgestaltet wird. Dabei
2394 ist die Souveränität der Kommunen derart zu gewährleisten, dass sie durch ein kommunales
2395 Hebesatzrecht für eine Aufkommensneutralität der Grundsteuerreform auf Gemeindeebene
2396 sorgen können. Um einen Impuls zur Bekämpfung von Grundstücksspekulation zu setzen,
2397 müssen unbebaute aber baureife Grundstücke bei Bedarf stärker belastet werden.

2398 Die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Grundsteuerreform, die ab 2025 erstmals zum
2399 Tragen kommt, belastet in NRW die Wohngrundstücke deutlich stärker als
2400 Geschäftsgrundstücke. Um diese stärkere Belastung von Wohngrundstücken zu vermeiden, hat
2401 das Land NRW per Gesetz den Städten die Möglichkeit gegeben, die Hebesätze der Grundsteuer
2402 B für Wohn- und Geschäftsgrundstücke zu differenzieren. Damit können Kommunen nun
2403 Kostenexplosionen bei den Wohngebäuden vermeiden und stattdessen die Entlastung bei den
2404 Gewerbeimmobilien reduzieren. Wir unterstützen dieses Vorgehen.

2405 Für den Fall, dass das Landesmodell mit dem differenzierten Hebesatz bei der Grundsteuer B vor
2406 Gericht für verfassungswidrig erklärt werden sollte, fordern wir, dass das Land die möglichen
2407 Steuerausfälle der Städte ausgleicht.

2408 Darüber hinaus wollen wir die Umlagefähigkeit der Grundsteuer B im Rahmen der
2409 Betriebskostenverordnung aufheben. Die Grundsteuer B ist bislang voll umlagefähig und wird
2410 den Mieter:innen bei den Mietnebenkosten damit auch voll umfänglich in Rechnung gestellt. Das
2411 trifft viele Menschen, die mit immer weiter erhöhten Mieten zu kämpfen haben und zurecht
2412 Sorge haben vor einem Nebenkosten-Hammer im Zuge der Grundsteueränderungen. Wir
2413 setzen uns dafür ein, dass die Grundsteuer B ausschließlich von den Eigentümerinnen und
2414 Eigentümern entrichtet wird.

2415 Ferner wurde mit der Grundsteuerreform die Grundsteuer C wieder eingeführt. Hierbei handelt
2416 es sich um eine Grundsteueroption der Kommunen für baureife aber noch nicht bebaute
2417 Grundstücke. Die Kommunen haben also die Möglichkeit diesen gesonderten Hebesatz zu
2418 erheben, sind allerdings nicht verpflichtet. Wir unterstützen die Einführung der Grundsteuer C,

2419 wird den Kommunen damit doch ermöglicht, im Falle des Mangels an Bauland dessen spekulativ
2420 motivierter Zurückhaltung entgegenzuwirken.

2421 **Das Recht auf Wohnen kennt keine Ausnahmen**

2422 Wohngeld ist für viele Menschen eine Erleichterung und hilft ihnen, die Miete zu bezahlen. Die
2423 Linke setzt sich dafür ein, dass die Wohnungsämter gut ausgestattet sind und alle Anträge
2424 schnell bearbeitet werden können.

2425 Die Bezieher:innen von Bürgergeld erhalten zwar die als angemessen geltende Miete bezahlt,
2426 aber bei Mietsteigerungen fallen ihre Wohnungen schnell aus der Angemessenheit heraus.
2427 Zwangsumzüge sind die Folge. Daher fordern wir flächendeckend die aktuell auf dem
2428 Wohnungsmarkt verfügbaren Angebotsmieten zum Maßstab für die Angemessenheit der
2429 Wohnkosten zu machen. Steigen dann die Mieten, steigen die Angemessenheitsgrenzen mit.
2430 Niemand darf zu einem Umzug gezwungen werden, weil die Wohnung zu teuer wird.

2431 Die Zahl der Wohnungslosen in den Städten steigt. Wir fordern, dass mit dem Konzept „Housing
2432 First“ Menschen wieder in Wohnungen gebracht werden. Auch die Notübernachtungsstellen
2433 müssen verbessert werden. Aktuell sind die Zustände dort so schlimm, dass Menschen lieber auf
2434 der Straße übernachten, auch wenn dies Lebensgefahr bedeutet. Dies liegt an einer
2435 privatwirtschaftlichen Betreuung, die rein gewinnorientiert arbeitet. Wir fordern gute
2436 Notübernachtungsstellen, die kostenlos sind und für alle Wohnungslosen zugänglich,
2437 unabhängig ihrer Staatsangehörigkeit. Für Frauen, queere Menschen, Menschen mit
2438 Behinderung und Jugendliche braucht es Angebote, die ihren Bedürfnissen entsprechen.
2439 Außerdem muss dort auch die Unterbringung mit Hund möglich sein.

2440 **Die Linke fordert:**

- 2441 - Genügend Mitarbeitende für die Bearbeitung von Wohngeldanträgen
- 2442 - Einführung eines schlüssigen Konzeptes zur Ermittlung von Angemessenheitsgrenzen
2443 mit jährlicher Evaluierung in allen Kommunen des Landes
- 2444 - Housing First
- 2445 - Gute, kostenlose Notübernachtungsstellen für alle Wohnungslosen
- 2446 - Aufenthaltsmöglichkeiten tagsüber mit Heizung, sanitären Anlagen und sozialen
2447 Angeboten

2448 **Für eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik**

2449 Das Argument der fehlenden Wohnungen wird dazu benutzt, um den Verkauf von Grundstücken
2450 in guten Lagen an Investorinnen und Spekulant:innen zu legitimieren. „Aufwertungs-“ und
2451 „Leuchtturmprojekte“ fungieren als Preistreiber in den Stadtteilen und verdrängen die dort
2452 lebenden Menschen. Boden ist aufgrund der begrenzten Verfügbarkeit keine Ware wie jede
2453 andere, und die Eindämmung von Bodenspekulation ist zentrale Aufgabe linker Politik. Durch
2454 die Vergabe von Grundstücken in Erbpacht kann eine Kommune dauerhaft Einfluss auf deren
2455 Gestaltung nehmen und Bodenspekulationen verhindern. Durch eine wirkungsvolle
2456 Bodenvorratspolitik können strategisch wichtige Grundstücke frühzeitig erworben werden und
2457 die Möglichkeiten der Kommunen erweitert werden. Erbpachtgrundstücke in städtischer Hand
2458 erleichtern auch den Erwerb von Wohneigentum durch junge Familien.

2459 **Die Linke fordert:**

2460 - Keine Leuchtturmprojekte, sondern langfristige Verbesserungen

2461 - Vergabe von Grundstücken in Erbpacht

2462 - Wirkungsvolle Bodenvorratspolitik

2463 - Ausweitung von Vorkaufsrechten

2464 **Sozialen Wohnungsbau ausweiten**

2465 In vielen Städten herrscht Wohnungsnot. Daher muss im Vordergrund kommunaler
2466 Wohnungspolitik der Neubau von dauerhaft belegungs- und preisgebundenen Mietwohnungen
2467 stehen. Wir fordern, dass die Sozialbindung von Wohnungen nicht mehr auslaufen kann, sondern
2468 dauerhaft ist. Bei allen Neubauvorhaben streben wir eine Quote von mindestens 40% der
2469 Wohnflächen als öffentlich geförderter Wohnraum an.

2470 Kommunen müssen guten und bezahlbaren Wohnraum durch eigene Bautätigkeit schaffen. Sie
2471 müssen dafür sorgen, dass Wohnungsbestände saniert und barrierefrei ausgebaut sowie
2472 energetisch modernisiert werden. Diese Maßnahmen dürfen nicht zur Verdrängung von
2473 Mieter:innen führen. Auf Bundesebene muss die Modernisierungsumlage abgeschafft werden.
2474 Durch die Einführung eines Baulückenkatasters können Flächen effektiv genutzt werden und
2475 willkürlicher Flächenfraß verhindert werden.

2476 Als Linke sind wir grundsätzlich gegen die weitere Ausweisung von Einfamilienhaussiedlungen,
2477 da diese im Vergleich zum Geschosswohnungsbau überproportional viel Fläche verbrauchen.
2478 Stattdessen wollen wir gute Konzepte für gemeinsames Wohnen fördern wie z.B.
2479 Mehrgenerationenhäuser.

2480 Bei der Planung von Neubaugebieten legen wir Wert auf eine soziale Infrastruktur wie Kitas,
2481 Schulen, Einkaufs- und Begegnungsmöglichkeiten und eine gute Anbindung an den öffentlichen
2482 Nahverkehr. Insbesondere im städtischen Raum müssen Grünflächen und Parks,
2483 Kinderspielflächen und Jugendtreffs zwingend mitgedacht werden. Wir unterstützen die
2484 Schaffung von Quartieren, in denen Menschen ohne eigenes Auto leben wollen.

2485 Insbesondere in den ländlichen Regionen wollen wir dafür sorgen, dass Senior:innen ihre
2486 Häuser zugunsten junger Familien gegen altersgerechte, barrierefreie Wohnungen tauschen
2487 können, ohne dabei finanzielle Nachteile zu erleiden. Wir setzen uns für energetische
2488 Sanierungen im Altbaubestand ein, um Wohnraum zu erhalten und die Energiekosten bezahlbar
2489 zu halten.

2490 **Die Linke fordert:**

2491 - Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus und eine festgelegte Quote von mindestens
2492 40% der Bruttogeschossfläche in den Bebauungsplänen und städtebaulichen Verträgen

2493 - Ausweitung kommunaler Bautätigkeit

2494 - Baulückenkataster

2495 - Kein Bau von Einfamiliensiedlungen

2496 - Tauschprogramme „alt zu jung“

2497 - Energetische Sanierung im Altbaubestand

2498 - Projekte „Wohnen ohne eigenes Auto“

2499 **Kommunale Möglichkeiten nutzen**

2500 Durch die Einführung einer Zweckentfremdungssatzung können Kommunen effektiv sowohl
2501 gegen Leerstand als auch gegen Kurzvermietungsmodelle wie AirBnBs vorgehen. Abbruch,
2502 Leerstand und Nutzungsänderung sind anzeige- und genehmigungspflichtig und können
2503 untersagt werden. Die Einführung eines Leerstandskatasters macht ihn nicht nur sichtbar,
2504 sondern vereinfacht Eingreifen bis hin zu Enteignungen.

2505 Außerdem stehen mit der Einführung einer sozialen Erhaltungssatzung (Milieuschutzsatzung)
2506 weitere Instrumente zur Verfügung. So sind dort auch Modernisierungen und bestimmte
2507 Bautätigkeiten genehmigungspflichtig, sodass die Verdrängung von Bewohner:innen erschwert
2508 wird.

2509 Wir brauchen eine kommunale Wohnaufsicht, die gegen Mietwucher, Zweckentfremdung und
2510 Verwahrlosung von Wohnraum vorgeht. Sie muss immer an der Seite der Bewohner:innen
2511 stehen und für sie Lösungen finden.

2512 **Die Linke fordert:**

- 2513 - Zweckentfremdungssatzung in allen Kommunen
- 2514 - Leerstandskataster
- 2515 - Soziale Erhaltungssatzungen insbesondere in ärmeren Quartieren
- 2516 - Stärkung der kommunalen Wohnaufsicht

2517 **Kommunale Wohnungsbaugesellschaften stärken**

2518 Wir wollen kommunale Wohnungsgesellschaften stärken. Sie sollen wirksame Instrumente für
2519 eine soziale Wohnungspolitik werden und keine Gewinne für ihre Gesellschafter ausschütten
2520 müssen. Sie müssen finanziell gestärkt werden, um ihrer Aufgabe bezahlbaren Wohnraum zu
2521 schaffen gerecht zu werden. Auch Möglichkeiten von Mitbestimmung der Mieter:innen wollen
2522 wir schaffen.

2523 **Die Linke fordert:**

- 2524 - Kommunale Wohnungsgesellschaften müssen ihre Mieterhöhungen unter dem
2525 Kostendeckungsprinzips begrenzen
- 2526 - Keine Gewinnausschüttungen, sondern Reinvestition
- 2527 - Mittel der Gesellschaft sind dauerhaft zweckgebunden, der Verkauf von Wohnungen an
2528 renditeorientierte Träger:innen ist verbindlich ausgeschlossen.
- 2529 - Die kommunalen Wohnungsgesellschaften müssen Strukturen einführen, die
2530 Mieter:innen beteiligen und mitbestimmen lassen – denkbar ist z.B. eine Drittelparität
2531 (Kommune, Beschäftigte, Mieter:innen).
- 2532 - Dort, wo Kleinstädte nicht die Kapazitäten haben, eigene Wohnungsgesellschaften
2533 aufzubauen, streben wir die Gründung von kreiseigenen Wohnungsgesellschaften an

2534 **Kommunale Wärmeplanung sozial gestalten**

2535 Im Wärmeplanungsgesetz des Bundes ist geregelt, dass in Kommunen mit mehr als 100.000
2536 Einwohner:innen bis zum Juni 2026 ein Wärmeplan erstellt werden muss. Für Gemeindegebiete
2537 mit bis zu 100.000 Einwohnern ist dafür Zeit bis zum 30. Juni 2028.

2538 Als Linke setzen wir uns dafür ein, dass diese sozial verträglich gestaltet ist. Der Anschluss an ein
2539 Fernwärmenetz darf nicht dazu führen, dass die Kosten für die Mieter:innen explodieren. Die

2540 Bezahlbarkeit muss auch in einem frühen Stadium der Planung eine Rolle spielen. Planungen
2541 dürfen sich nicht an Eigentümer:innen orientieren, sondern müssen die Belange von
2542 Mieter:innen in den Mittelpunkt stellen. Wir stellen uns gegen klimatisch sinnlose Pläne wie die
2543 Nutzung von Wasserstoff zum reinen Heizen und die Verbrennung von Holz, die
2544 gesundheitsschädlichen Feinstaub freisetzt. Die energetische Modernisierung von Häusern muss
2545 Pflicht werden, deren Kosten dürfen aber auf die Mieter:innen nur soweit umgelegt werden, dass
2546 sie nicht die Einsparungen bei den Energiekosten übersteigen.

2547 **Die Linke fordert:**

- 2548 - Kommunale Wärmeplanung muss sozial verträglich gestaltet werden
- 2549 - Keine Nutzung von Wasserstoff und Holz in der Heizplanung